

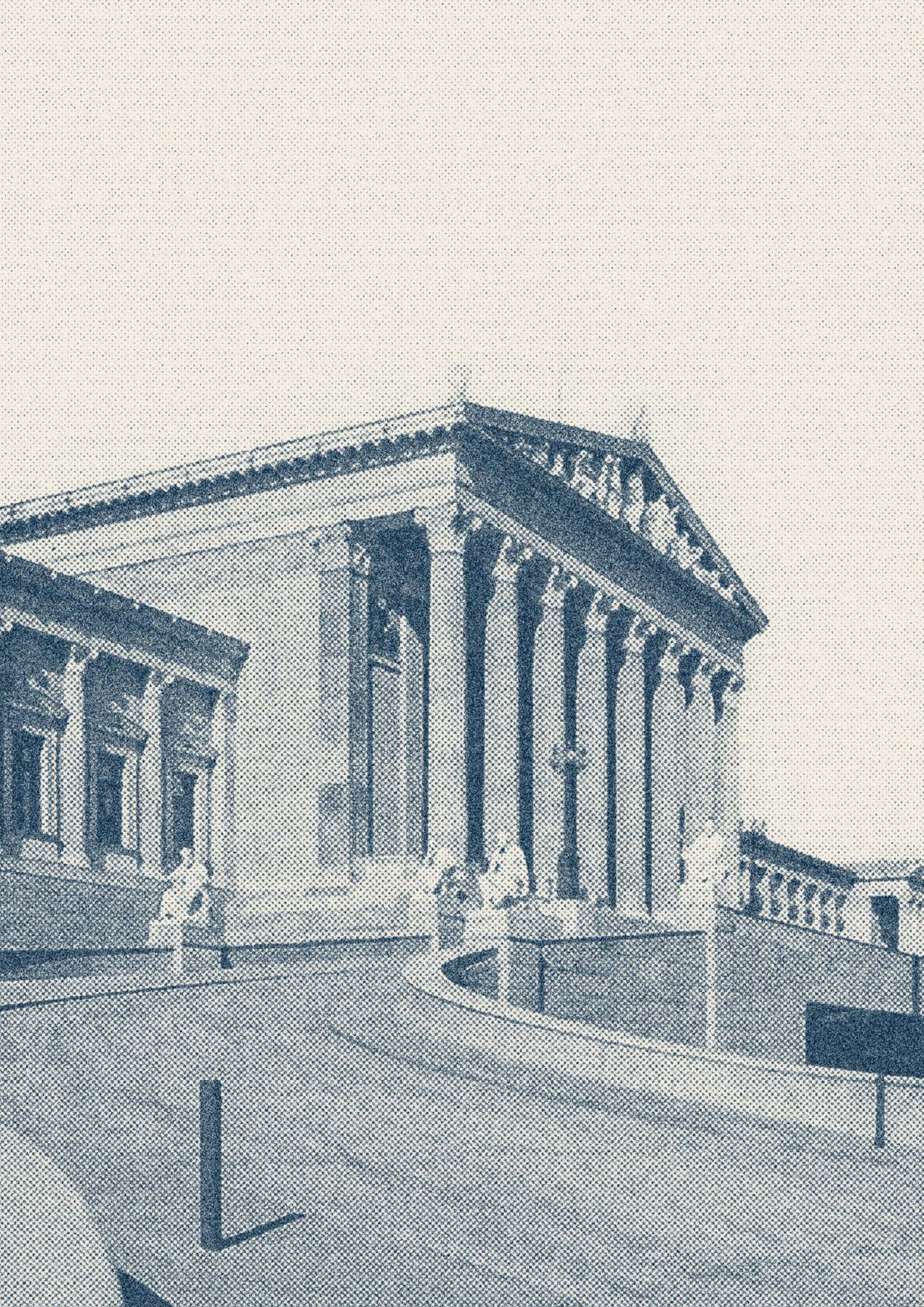


Parlament
Österreich

AND REAS KHOL

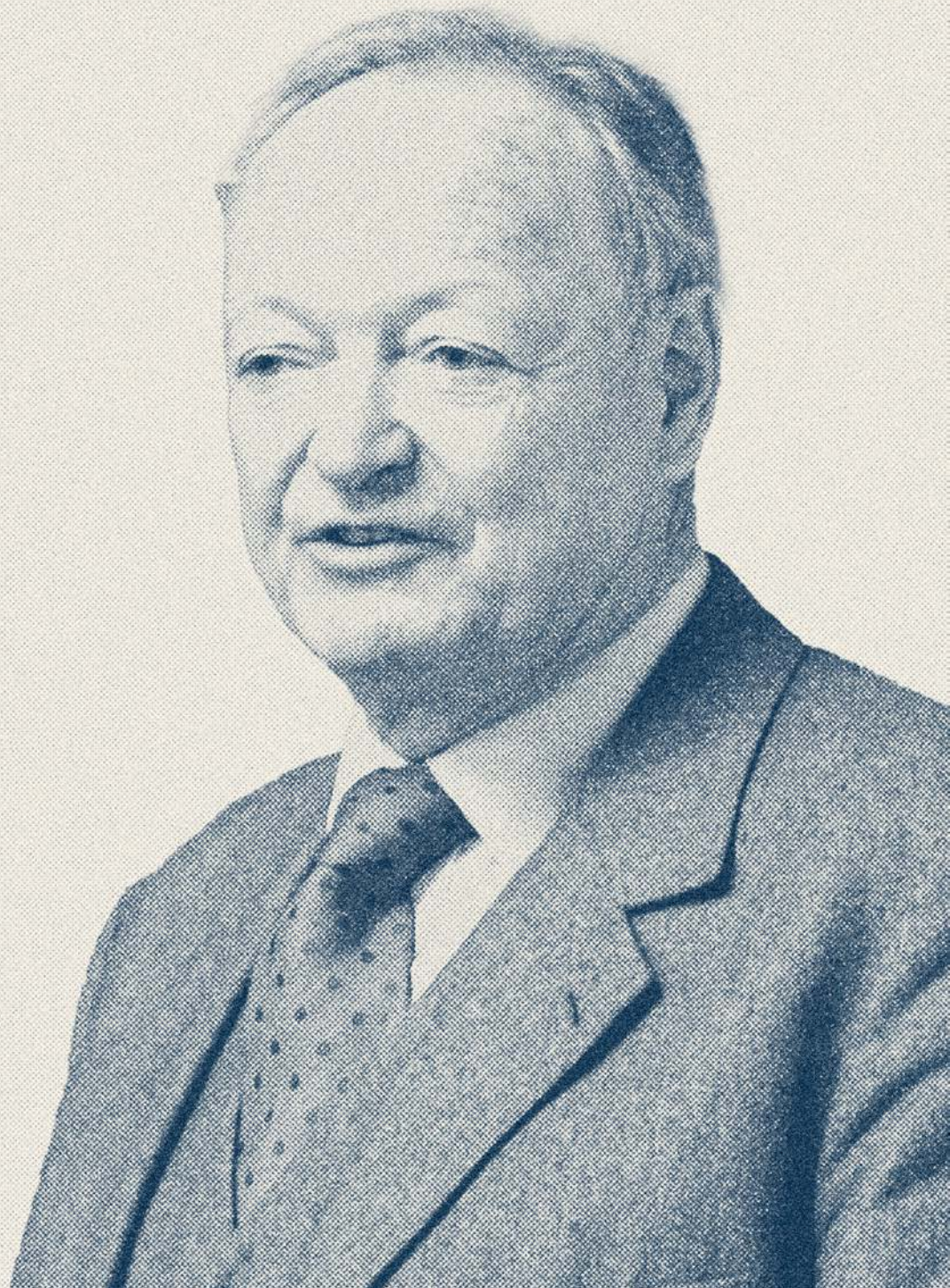
ANDREAS KHOL
im Gespräch mit Günther Schefbeck

Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen | Band 2



Parlamentsdirektion (Hg.)

„Erstens, die Mehrheit
entscheidet, zweitens,
die Mehrheit kann
man bilden.“

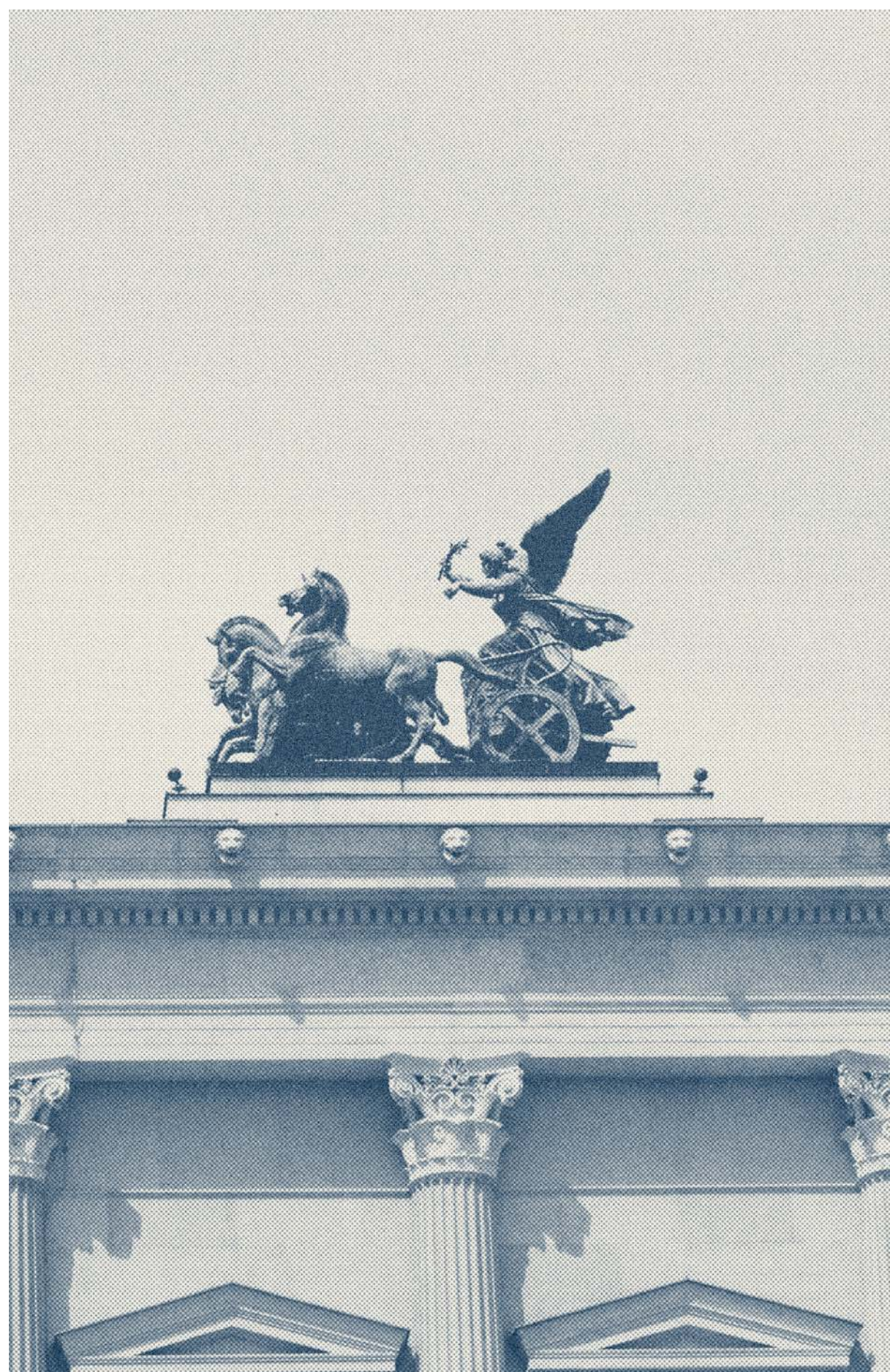


Andreas Khol

im Gespräch mit Günther Schefbeck

**Das österreichische Parlament
in persönlichen Erinnerungen**

Band 2



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ wurde vom Historiker und langjährigen Leiter des Parlamentsarchivs Günther Schebeck ins Leben gerufen. Seine Gespräche mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates spiegeln die Geschichte von Demokratie und Parlamentarismus in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten wider. Gleichzeitig erlauben sie vertiefte Einblicke und beleuchten Zeitgeschichte aus völlig neuen und besonders spannenden Blickwinkeln – jenen der Gestaltenden selbst. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach. Zugleich zeichnen sie ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament und deren Veränderung durch Prozesse der Digitalisierung.

Die Interviewpartnerinnen und -partner von Schebeck bilden das gesamte Spektrum ab: Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates, Klubobleute, Abgeordnete zum Nationalrat, Präsidentinnen und Präsidenten des Bundesrates sowie Mitglieder des Bundesrates. Sie alle erleben Parlamentarismus in verschiedenen, einander teilweise überschneidenden Rollen. Die Analyse von Wendepunkten und die rückblickende Betrachtung ist dabei nicht nur eine für Interessierte spannende Lektüre – sie erlaubt in ihrer Bezugsetzung zur Gegenwart auch Lehren für die Zukunft.

Einleitung

Im Februar des Jahres 2000 erlebt Österreich eine politische Mobilisierung zuvor kaum gekannten Ausmaßes: Tausende Menschen gehen insbesondere in Wien auf die Straßen, um gegen die Bildung der neuen Bundesregierung zu protestieren. Die Bundesparteibömbner der dritt- und der zweitstärksten Partei im Nationalrat, Wolfgang Schüssel und Jörg Haider, haben sich in einem überraschenden Coup auf die Regierungsbildung geeinigt. Wolfgang Schüssel, der vor der Nationalratswahl 1999 angekündigt hat, wenn die ÖVP Dritte würde, ginge sie in Opposition, wird Bundeskanzler, Jörg Haider zieht sich auf seine Funktion als Landeshauptmann von Kärnten zurück und überlässt den Parteivorsitz der FPÖ sowie das Vizekanzleramt Susanne Riess-Passer. Die Proteste richten sich vor allem gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ, welcher die Demonstranten rechtspopulistische Politik vorwerfen.

Ziel vieler Demonstrationen ist das Parlamentsgebäude, das an Plenarsitzungen, ungeachtet der geltenden „Bannmeile“, regelrecht belagert wird. Auch im Parlament herrscht ein scharfer Umgangston zwischen den neuen Regierungsfractionen und der Opposition, die von der bisherigen Regierungspartei SPÖ, welche weiterhin die stärkste Partei im Nationalrat ist, und den Grünen gebildet wird. In der Sitzung des Nationalrates am 8. Februar 2000 wird, noch ehe die neue Bundesregierung ihre Regierungserklärung abgegeben hat, schon ein Misstrauensantrag gegen sie eingebracht, der natürlich an der Regierungsmehrheit scheitert. Die Debatte, in der insbesondere auf die von den anderen EU-Mitgliedstaaten verhängten Sanktionen Bezug genommen wird, findet in aufgeheizter Atmosphäre statt, und so richtet beispielsweise die SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Pittermann an die Regierung die Worte: „Ich habe Angst, daß Sie weitermarschieren, bis alles in Scherben zerfällt!“

In dieser Situation steht an der Spitze des Parlamentsklubs der ÖVP Andreas Khol. Gern wäre er in der neuen Bundesregierung Innenminister geworden, aber Wolfgang Schüssel antwortet ihm (wie Khol selbst später in einem Buch berichtet): „Du mußt Klubobmann bleiben. Jetzt haben wir die Sanktionen, das Match wird sehr schwer werden, da brauche ich einen erfahrenen Klubobmann, der auch ein gutes Verhältnis zu den Freiheitlichen hat und die anderen im Parlament kennt wie seine Westentasche.“

In der Tat ist Andreas Khol zu diesem Zeitpunkt einer der erfahrensten Parlamentarier der ÖVP, und er wird in den folgenden Jahren die dominierende Persönlichkeit im Parlament sein, so wie Wolfgang Schüssel die dominierende Persönlichkeit in der Bundesregierung ist. Welcher Lebensweg hat Andreas Khol hierher geführt?

Geboren wurde Andreas Khol am 14. Juli 1941 in Bergen auf der Insel Rügen. Dieser Geburtsort ist dem Schicksal der Südtiroler in der NS-Zeit geschuldet – Andreas Khol entstammte einer alten Südtiroler Familie, die bereits im Frühmittelalter, genau im Jahr 875, in Unterinn am Ritten bei Bozen erstmals urkundlich erwähnt worden war. Nachdem er Kindheitsjahre in Gossensaß und Sterzing verbracht hatte, zog die Familie aufgrund der Ausweisung des Vaters aus Italien 1946 nach Innsbruck. Dort besuchte Andreas Khol das Akademische Gymnasium und studierte anschließend Rechtswissenschaften an der Universität. 1963 schloss er sein Studium mit der Promotion ab. Bei seinem akademischen Lehrer Felix Ermacora, der ihn an der Universität als seinen Assistenten angenommen hatte und 1964 von Innsbruck nach Wien gegangen war, habilitierte er sich 1969 in Wien; seine Habilitationsschrift befasste sich mit dem Thema der Menschenrechte, das auch Ermacora besonders am Herzen lag, und stand unter dem Titel „Zwischen Staat und Weltstaat – die internationalen Sicherungsverfahren zum Schutz der Menschenrechte“.

Schon 1965 hatte Andreas Khol geheiratet. Seine Frau hatte er während des Studiums im gemeinsamen Ferienjob kennengelernt: sie war Reiseleiterin, er koordinierte die Reiseleiter. Die beiden haben sechs Kinder, mittlerweile sind 16 Enkelkinder zu der so entstandenen Großfamilie hinzugekommen.

Beruflich war Andreas Khol 1966 in den Dienst des österreichischen Verfassungsgerichtshofes getreten, gleichzeitig war er als Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik tätig gewesen. Der internationale Menschenrechtsschutz, über welchen er sich habilitiert hatte, beschäftigte ihn auch beruflich, in der Zeit von 1969 bis 1973, in welcher er als Beamter im Sekretariat des Europarates in Straßburg in diesem Bereich arbeitete.

Mehr und mehr aber zog es ihn in Richtung Politik. 1974 wurde er zum Direktor der Politischen Akademie der ÖVP ernannt, die er bis 1992 leiten sollte. Hier leistete er wichtige politische Hintergrundarbeit, einerseits in der Ausbildung der Funktionäre und Mandatsträger der ÖVP, andererseits aber auch in der politischen Programm-entwicklung. Schon seit dem „Salzburger Programm“ 1972 arbeitete er an allen Programmdokumenten der ÖVP mit.

Seine internationale Erfahrung prädestinierte ihn dafür, auch die inhaltliche Arbeit in der Europäischen Demokratischen Union (EDU) zu übernehmen, die als Zusammenschluss christdemokratischer und konservativer Parteien 1978 in Schloss Klessheim bei Salzburg gegründet wurde. Die ÖVP übernahm den Vorsitz dieses europäischen Parteienbündnisses zunächst mit ihrem damaligen Parteiobmann Josef Taus und im Folgejahr mit dessen Nachfolger Alois Mock; das Sekretariat der EDU wurde dementsprechend in Wien angesiedelt und Andreas Khol zum Exekutivsekretär der EDU bestellt. In dieser Funktion bereitete Andreas Khol nicht nur die in den Ausschüssen der EDU geleistete Sacharbeit vor, sondern er unternahm, oftmals gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Europaausschusses der EDU, dem CDU-Politiker Bernhard



Josef Taus (li.) und Andreas Khol (re.) in Schloss Klessheim anlässlich der Gründungsversammlung der Europäischen Demokratischen Union (EDU) am 24. April 1978

Vogel, zahlreiche Fact-Finding Missions, insbesondere in den ab 1989 neu entstehenden Demokratien Ostmitteleuropas. So hatte Andreas Khol als Netzwerkarbeiter auch seinen Anteil an der damals eintretenden säkularen „Wende“ in den politischen Systemen Europas und im europäischen politischen System.

Auch wenn Andreas Khol 1980 von der Universität Wien der Titel eines Außerordentlichen Universitätsprofessors verliehen worden war und er weiterhin regelmäßig wissenschaftliche Arbeiten publizierte, insbesondere in dem von ihm mitherausgegebenen Österreichischen Jahrbuch für Politik, ließ ihm sein politisches Engagement wenig Zeit, seine wissenschaftliche Karriere weiterzuentwickeln. Nach der Nationalratswahl 1983 zog er erstmals in den Nationalrat ein, dem er mehr als 23 Jahre lang, bis 2006, durchgehend angehören sollte. Für seine Partei, die ÖVP, trat er unter anderem als Verfassungssprecher und – nach dem Ausscheiden von Ludwig Steiner im Jahr 1990 – als außenpolitischer Sprecher in Erscheinung. Ein besonderes Anliegen war ihm naturgemäß die Südtirolpolitik, und so war er viele Jahre hindurch Obmann des Südtirol-Unterausschusses des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates.

Innerhalb des Parlamentsklubs der ÖVP wuchs sein Einfluss, und daher überraschte es nicht, dass er 1994 als Nachfolger von Heinrich Neisser, welcher als Zweiter Präsident in das Präsidium des Nationalrates wechselte, zum Klubobmann gewählt wurde. Seine Funktion als Vizepräsident der Politischen Akademie der ÖVP, die er mit dem besonderen Geschäftsbereich Internationale Arbeit seit 1992 bekleidet hatte, gab er in diesem Zusammenhang auf. Als Klubobmann bemühte er sich in besonderem Maße um die Verhaltensdisziplin seiner Klubmitglieder, und das bedeutete insbesondere ihre Anwesenheitsdisziplin im Plenum. Gleichzeitig hatte er als Klubobmann – gemeinsam mit seinem Pendant, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion Peter Kostelka – eine wichtige Koordinationsfunktion innerhalb der damaligen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP auszuüben; die Klubvorsitzenden waren für die Koordination zwischen Regierungs- und Parlamentsarbeit und die Umsetzung der Regierungsbeschlüsse im Parlament verantwortlich.

Während das gemeinsame Bemühen der Koalitionsparteien um den österreichischen Beitritt zur Europäischen Union manche zwischen den Koalitionsparteien bestehende Gegensätze für eine gewisse Zeit zugedeckt hatte, traten sie nach erfolgreichen Beitrittsverhandlungen und mit Zweidrittelmehrheit zugunsten des Beitritts ausgefallener Volksabstimmung offener zutage. Nachdem die ÖVP bei der Nationalratswahl 1994 Stimmen insbesondere an die FPÖ verloren hatte, mehrte sich die parteiinterne Kritik am damaligen Bundesparteiobmann Erhard Busek. Als sein Nachfolger war auch der dynamische Klubobmann Andreas Khol im Gespräch, der als Kandidat des konservativen Parteiflügels galt. Durchsetzen sollte sich jedoch der eher dem wirtschaftsliberalen Parteiflügel zugerechnete Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Wolfgang Schüssel, der vom ÖVP-Bundesparteitag im April 1995 entsprechend dem Vorschlag der Wahlvorschlagskommission zum Bundesparteiobmann gewählt wurde. Schüssel übernahm das Amt des Vizekanzlers und des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten. Zwischen Khol und Schüssel sollte sich trotz zum Teil unterschiedlicher inhaltlicher Positionen in den folgenden Jahren eine gute und intensive Zusammenarbeit entwickeln.

Nachdem die ÖVP bei den vorgezogenen Neuwahlen des Jahres 1995, die durch die Beendigung der Koalition mit der SPÖ durch Wolfgang Schüssel notwendig geworden waren, ihren Mandatsstand nicht hatte verbessern können, erneuerte sie noch einmal die Koalition mit der SPÖ. Das Arbeitsklima innerhalb der Koalition verschlechterte sich freilich weiter. Die Nationalratswahl im Oktober 1999 veränderte die Mehrheitsverhältnisse zwar nicht stark, aber dennoch entscheidend: Die ÖVP fiel in ihrem Stimmenanteil knapp hinter die FPÖ zurück und war nur noch drittstärkste Partei – für diesen Fall hatte Wolfgang Schüssel den Gang in die Opposition angekündigt. Angesichts der ungewiss erscheinenden politischen Zukunft übernahm Wolfgang Schüssel selbst die Funktion des Klubobmanns der ÖVP, und Andreas Khol wurde – als Vertreter der drittstärksten Fraktion – zum Dritten Präsidenten des Nationalrates gewählt.

Schwierig gestaltete sich die Regierungsbildung: auf längere „Sondierungsgespräche“ folgte ein Auftrag des Bundespräsidenten Thomas Klestil an den Vorsitzenden der

stimmenstärksten Partei, der SPÖ, Viktor Klima, zur Regierungsbildung. Die Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP gediehen weit, scheiterten aber letztlich. Ohne vom Bundespräsidenten einen Auftrag zur Regierungsbildung erhalten zu haben, verhandelten die Parteiböcher von FPÖ und ÖVP, Jörg Haider und Wolfgang Schüssel, über die Bildung einer Koalition und brachten dieses Vorhaben in kurzer Frist zum Abschluss, was angesichts des sich formierenden öffentlichen Widerstandes gegen eine solche Regierung auch geboten schien. Haider überließ der ÖVP das Amt des Bundeskanzlers, welches Wolfgang Schüssel einnahm, und entsandte Susanne Riess-Passer, an die er auch den Parteivorsitz der FPÖ abtrat, als Vizekanzlerin in die Bundesregierung.

Widerstrebend gelobte Bundespräsident Klestil die neue Bundesregierung an, nachdem er auf der Aufnahme einer Präambel in das Regierungsprogramm bestanden und einige von der FPÖ vorgeschlagene Regierungsmitglieder abgelehnt hatte. Während in Österreich der Widerstand gegen die Bundesregierung auf den Straßen sichtbar wurde, verhängten die übrigen EU-Mitgliedstaaten Sanktionen, indem sie insbesondere die diplomatischen Kontakte auf eine „technische“ Ebene beschränkten. Erst sieben Monate später, im September 2000, wurden diese Sanktionen – entsprechend der Empfehlung eines zu diesem Zweck eingesetzten Weisenrates – wieder aufgehoben. In Österreich dauerten die sogenannten Donnerstagsdemonstrationen gegen die Bundesregierung noch länger an, verloren aber an Zulauf. Die Vermutung, dass gerade die Sanktionen bei vielen Menschen zu einer Art von Solidarisierung mit der Bundesregierung geführt haben könnten, schien nicht von der Hand zu weisen.

In dieser innen- wie außenpolitisch schwierigen Situation war es die Aufgabe Andreas Khol, der nach Zurücklegung des Amtes des Dritten Präsidenten des Nationalrates vom ÖVP-Parlamentsklub wieder zum Klubobmann gewählt worden war, gemeinsam mit dem Klubobmann der FPÖ, Peter Westenthaler, die parlamentarische Arbeit zu koordinieren und effektiv zu gestalten. Westenthaler war neu im Amt, und die Hauptlast dieser Arbeit hatte daher zunächst der erfahrene Andreas Khol zu tragen. In der Tat trug der effektive Arbeitsstil Khol wesentlich



Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus (2000, v. li.):
Bundeskanzler Wolfgang Schäuble, Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, Klubobmann Peter Westenthaler und Andreas Khol



Bundesratspräsident Gottfried Kneifel und Andreas Khol beim Einholen der EU-Fahne (2006)



Andreas Khol bei einer Veranstaltung
im Parlament (2011)

dazu bei, die von der neuen Bundesregierung eingeleiteten Reformen, die nicht zuletzt dem Ziel der Budgetsanierung dienten, voranzutreiben. Bekannt war Khol immer schon für seine prägnanten Formulierungen gewesen, und hier fiel sein Motto „Speed kills“, das er bald in „Speed wins“ revidierte, womit er zum Ausdruck bringen wollte, dass durch schnelle legislative Arbeit allfälliger Widerstand aus Opposition und gesellschaftlichen Interessengruppen leichter überwunden werden könne.

Die Koalition aus FPÖ und ÖVP scheiterte an den inneren Widersprüchen, mit denen sich die FPÖ konfrontiert sah. Nicht zuletzt der ehemalige Parteiboss Jörg Haider war es, der aus Kärnten immer hörbarer die Arbeit der Koalitionsregierung kritisierte, und so kam es im September 2002 zur Knittelfelder Delegiertenversammlung der FPÖ, in deren Verlauf die Anhänger Jörg Haiders die eigene Regierungsspitze zu Fall brachten. Vorgezogene Neuwahlen waren die Folge, die im November 2002 einen Erdrutschsieg für Wolfgang Schüssels ÖVP und schwere Verluste für die FPÖ brachten. Schüssel konnte sich den Koalitionspartner nunmehr aussuchen, führte Verhandlungen mit den Grünen, entschloss sich aber letztlich dafür, die Koalition mit der schwächer gewordenen FPÖ zu erneuern. Im Verlauf der Gesetzgebungsperiode sollte es zur Spaltung der FPÖ kommen, als Jörg Haider mit dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) eine neue politische Partei gründete, mit welcher die Koalition freilich weiterbestand.

Als der nunmehr mandatsstärksten Fraktion kam der ÖVP gemäß parlamentarischer Usance erstmals seit 1966 wieder das Recht zu, den Präsidenten des Nationalrates zu nominieren, und die Wahl fiel auf Andreas Khol. In der konstituierenden Sitzung des Nationalrates der XXII. Gesetzgebungsperiode am 20. Dezember 2002 wurde Andreas Khol zum Präsidenten des Nationalrates gewählt. Im Laufe seiner fast vierjährigen Amtszeit setzte er das Werk seines Amtsvorgängers Heinz Fischer in der Öffnung des Parlaments und in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten fort.

Im Mittelpunkt seiner Amtszeit standen zwei große Bauprojekte: Die bautechnisch notwendig gewordene Sanierung der Parlamentsrampe wurde dazu benützt, um

einen neuen, frontal der Ringstraße zugewandten Haupteingang zum Parlamentsgebäude zu öffnen und in der Rampe – anstelle der bis dahin dort untergebrachten technischen Infrastruktur – einen öffentlich, ohne Sicherheitskontrolle zugänglichen Publikumsbereich einzurichten, in dessen Rahmen mittels Medienstationen den Besucherinnen und Besuchern des Parlamentsgebäudes umfassende Informationen über das Parlament, seine Arbeitsweise und seine Geschichte angeboten wurden. Das neben dem Parlamentsgebäude gelegene und wie dieses vom Architekten Theophil Hansen entworfene Palais Epstein, dessen Verwendung für Parlamentszwecke noch in der Amtszeit von Heinz Fischer mit der Bundesregierung akkordiert worden war, wurde unter Präsident Khol aufwändig und geschmackvoll restauriert und für die Neunutzung adaptiert. Der historischen Bedeutung dieses von einem kunstsinnigen und philanthropisch orientierten jüdischen Bankier in Auftrag gegebenen Gebäudes eingedenk, ließ Präsident Khol im Erdgeschoß einen öffentlich zugänglichen Ausstellungsbereich einrichten, der einen Überblick nicht nur über die Gebäudegeschichte, sondern auch über die Bedeutung des Wiener Judentums bot. In den Obergeschoßen wurden überwiegend dringend benötigte Arbeitsräume geschaffen.

Schon bald nach Antritt seiner Präsidentschaft ergriff Andreas Khol eine Initiative zur Reform der österreichischen Bundesverfassung. Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Bundesrates Herwig Hösele legte er ein Konzept vor, das als Grundlage für die Einrichtung des sogenannten Österreich-Konvents dienen sollte, welcher, dem Vorbild des Europäischen Verfassungskonvents folgend, Vorschläge für eine umfassende Staats- und Verfassungsreform erarbeiten sollte. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedler beriet der Konvent von Mitte 2003 bis Anfang 2005 und erarbeitete einen Bericht, der vom Bundeskanzler an den Nationalrat übermittelt wurde. Dieser nahm in einem Sonderausschuss die Beratungen darüber auf. Nur wenige der vom Konvent gemachten Vorschläge wurden umgesetzt.

Die politische Alltagsarbeit im ÖVP-Parlamentsklub hatte der neue Klubobmann Wilhelm Molterer übernommen. An politischen Grundsatzentscheidungen wirkte



Andreas Khol mit Karl Blecha bei der Vollversammlung des Seniorenrates (2013)

Andreas Khol freilich auch als Präsident des Nationalrates mit; er gehörte weiterhin dem Bundesparteivorstand und dem Bundesparteipräsidium der ÖVP an.

2005 wurde er überdies zum Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, der die älteren Menschen vertretenden Teilorganisation der ÖVP, gewählt.

Anders als erwartet, fiel die ÖVP bei der Nationalratswahl im Oktober 2006 stimmen- und mandatsmäßig hinter die SPÖ zurück, und Andreas Khol stellte am Abend des Wahl- tages enttäuscht Journalistinnen und Journalisten gegenüber fest: „Mein Amt ist weg!“ Er entschloss sich, auch sein Nationalratsmandat nicht anzunehmen und sich fortan der Seniorenpolitik zu widmen. In der letzten Sitzung des Bundesparteipräsidiums der ÖVP, an welcher er teilnahm, warf er noch einmal sein politisches Gewicht in die Waagschale, um zu verhindern, dass die ÖVP, wie von Wolfgang Schüssel angeregt, den bisherigen Finanzminister Karl-Heinz Grassler als Vizekanzler in die Bundesregierung entsandte. So wurde Wilhelm Molterer Vizekanzler in der nunmehr wieder mit der SPÖ gebildeten Bundesregierung und übernahm auch den Bundesparteivorsitz der ÖVP.

Als Obmann des ÖVP-Seniorenbundes stand Andreas Khol in den folgenden Jahren alternierend mit dem Präsidenten des SPÖ-Pensionistenverbandes Karl Blecha dem Österreichischen Seniorenrat vor, und in erfolgreicher Zusammenarbeit vertraten die beiden erfahrenen Politiker gemeinsam – beispielsweise in der jährlich wiederkehrenden Frage der Erhöhung der Alterspensionen – die Interessen der älteren Menschen. 2016 legte er, im Zusammenhang mit einem neuen, seinem letzten politischen Projekt, die Funktion als Obmann des Seniorenbundes zurück.

Niemand hätte erwartet, dass sich Andreas Khol noch einmal um ein politisches Spitzenamt bewerben würde. Als jedoch zu Beginn des Jahres 2016 der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, der bis dahin als wahrscheinlicher Kandidat der ÖVP für das Amt des Bundespräsidenten bei der am Ende der Amtszeit von Heinz Fischer anstehenden Neuwahl gegolten hatte, erklärte, für eine solche Kandidatur nicht zur Verfügung zu stehen, kürte die ÖVP Andreas Khol zu ihrem Kandidaten. Die Stimmung im Land war freilich ungünstig für die Kandidaten der Regierungsparteien, und so musste sich Andreas Khol im ersten Wahlgang im April 2016 mit dem fünften Platz in der Wählergunst und einem Stimmenanteil von 11,12 Prozent begnügen. Daraufhin zog sich Andreas Khol aus der aktiven Politik zurück.

In den rund 40 Jahren seiner politischen Tätigkeit, von denen er 23 Jahre hindurch dem Nationalrat angehörte, hat sich Andreas Khol nicht nur mit den jeweils aktuellen tagespolitischen Fragen, sondern stets auch mit politischen Grundsatzfragen – und das hieß für ihn: mit politischen und gesellschaftlichen Grundwerten – auseinandergesetzt. In seinen Büchern hat er sein „politisches Credo“ dargelegt, in dem Sinne, dass die Werte des Konservatismus, des Liberalismus und des christlichen Solidarismus in Anbetracht der Herausforderungen der Gegenwart neu gedacht werden müssen. Seine persönliche politische Vision war die der „Bürgergesellschaft“ mit dem Ziel eines Zusammenwirkens der Vereinigungen leistungsbereiter Bürgerinnen und Bürger mit den Parteien und staatlichen Institutionen, und so schrieb er: „Ich glaube, daß nur eine neue Bürgersolidarität die Vision sein kann, die das 21. Jahrhundert prägen kann.“

Gespräch

am 26. Mai 2015

Interviewer: Herr Präsident, danke zunächst, dass Sie sich bereit erklären, uns über Ihre Erfahrungen in Ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu berichten, die ja 23 Jahre umfassen, in vielen Funktionen, Abgeordneter zum Nationalrat, Klubobmann, Dritter Präsident, Präsident. Sie sind angelobt worden im Jahr 1983. Das ist eine Zeit, die schon eine Weile zurückliegt, eine andere politische Situation, ein Dreiparteienparlament. Wie haben Sie diese Situation damals, Ihre Angelobung als Abgeordneter einer Oppositionspartei, erlebt?

Dr. Andreas Khol: Natürlich war ich glücklich, gewählt worden zu sein. Das war ja keine Selbstverständlichkeit. Ich war damals – eine sogenannte Bundesnotwendigkeit – auf der Reststimmenliste der Österreichischen Volkspartei für Gesamtösterreich. Ich bin sozusagen auf den Rockschoßen des Parteiobmanns Alois Mock¹ ins Parlament gekommen, mit Unterstützung des Landeshauptmanns von Tirol, Eduard Wallnöfer², wo ich auf der Liste war. Ich habe dann im späteren Verlauf ein – sozusagen – Grundmandat³ in Tirol erobert, und ich bin zum Schluss mehrere

1 | Alois Mock (1934–2017), Ministerialbeamter und Kabinettschef von Bundeskanzler Josef Klaus, wurde von diesem schon sehr jung zum Bundesminister für Unterricht berufen und übte dieses Amt von 1969 bis 1970 aus. Von 1970 bis 1987, späterhin kurz in den Jahren 1990 und 1994 sowie von 1995 bis 1999 gehörte er dem Nationalrat an. Von 1978 bis 1987 war er Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs, von 1979 bis 1989 Bundesparteiobmann der ÖVP. Nach der Nationalratswahl 1986 trat er als Vizekanzler in die mit Franz Vranitzky als Bundeskanzler gebildete Koalitionsregierung aus SPÖ und ÖVP ein; in dieser Funktion war er zugleich mit der Leitung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten betraut. Nach seiner Ablösung als Bundesparteiobmann blieb er von 1989 bis 1995 Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten; er konnte in dieser Zeit verantwortlich die Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften bzw. zur Europäischen Union führen und erfolgreich abschließen.

2 | Eduard Wallnöfer (1913–1989), Bauer und Landwirtschaftskammerfunktionär, seit 1949 Abgeordneter zum Tiroler Landtag, in der Tiroler Landesregierung Agrarreferent, wurde 1963 als Nachfolger des überraschend verstorbenen Hans Tschiggfrey Landeshauptmann von Tirol und übte dieses Amt bis 1987 aus.

3 | Die Nationalrats-Wahlordnung 1971, BGBl. Nr. 391/1970, unterschied zwischen Grundmandaten, die in einem der neun Landeswahlkreise, und Restmandaten, die in einem der beiden Wahlkreisverbände zugewiesen wurden. In den Wahlkreisverbänden Ost und West wurden die sogenannten Reststimmen, welche in einem der dem jeweiligen Wahlkreisverband zugehörigen Landeswahlkreise für eine wahlwerbende Partei abgegeben worden waren, aber nicht zur Zuweisung eines Grund-

Male auf diesem Grundmandat als Listenführer gewählt worden; also nur einmal war ich auf der Bundesliste.

Es war natürlich ein unglaublicher, ein schöner Tag für mich, aber, die Ernüchterung war unglaublich groß, nämlich schon die Angelobung war ein wenig spektakulärer Akt. Präsident Benya⁴, der mich angelobt hat, hat das heruntergespult eben mit der Routine eines Croquis-Verlesers⁵. Und es war also auch, wie das österreichische Parlament überhaupt, ein unglaublich intellektueller Akt, ohne jede Emotion, von wegen Bundeshymne oder, ich meine ... als wir viel, viel später den EU-Beitritt im Parlament ratifiziert haben, haben wir Abgeordneten spontan die Bundeshymne angestimmt. Das war bewegend. Und ich kenne auch andere Parlamente, wo man nicht nur den Prozess als solchen, sondern auch die emotionale Seite besser berücksichtigt. Es war dieser trockene formalistische Akt, der hat aber eigentlich auch der Bedeutung des Parlaments entsprochen.

Interviewer: Sie haben vor Ihrer Tätigkeit als Abgeordneter – und auch parallel dazu – in der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei gewirkt. Sie haben dort politische Bildungsarbeit, insbesondere auch für die Mandatäre der Österreichischen Volkspartei, geleistet. Wie haben Sie sich selbst vorbereitet auf die Ausübung des parlamentarischen Mandats?

mandats geführt hatten, zusammengefasst und bei der Verteilung der im ersten Ermittlungsverfahren nicht vergebenen Mandate berücksichtigt.

4 | Anton Benya (1912–2001), gelernter Elektromechaniker, wurde 1948 Leitender Sekretär des ÖGB; er war Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft und ab 1959 Vizepräsident, von 1963 bis 1987 Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Von 1956 bis 1986 war er Abgeordneter zum Nationalrat, von 1971 bis 1986 Präsident des Nationalrates und damit der bisher längstdienende Inhaber dieser Funktion. In der Zeit der SPÖ-Alleinregierungen galt er als der neben Bundeskanzler Kreisky einflussreichste SPÖ-Politiker und gleichzeitig gemeinsam mit dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, Rudolf Sallinger, als Garant der Sozialpartnerschaft.

5 | Als Croquis (frz. für Skizze) wird im österreichischen Parlament ein von der Parlamentsdirektion vorbereiteter und dem vorsitzführenden Präsidenten vorliegender Leitfaden bezeichnet, anhand dessen die parlamentarischen Verhandlungen und Abstimmungen korrekt geleitet werden können.



Andreas Khol bei der Konstituierenden Sitzung des Nationalrates (2006, li.),
im Rahmen einer Veranstaltung im Parlament (2006, re.)



(v. li.) Bundespräsident Heinz Fischer, Andreas Khol, Präsident der Wirtschaftskammer Christoph Leitl und
Gouverneur der Nationalbank Ewald Nowotny auf der Galerie des Nationalratssitzungssaales (2009)

Dr. Andreas Khol: Indem ich einfach das konkretisiert habe, was ich in meiner Vor-Abgeordneten-Tätigkeit als Spezialität hatte: Ich bin habilitierter Verfassungsrechtler, habe daher den parlamentarischen Prozessen im Verfassungsbereich immer große Aufmerksamkeit geschenkt. Ich war einmal Generalsekretär der Gesellschaft für Außenpolitik und war damals, als ich in den Nationalrat kam, bereits fünf Jahre Generalsekretär der Europäischen Demokratischen Union⁶, Zielpunkt: EU-Beitritt Österreichs, und habe mich daher auch außenpolitisch mit vielen Dingen befasst. Und als Universitätsprofessor ohne Dienststellung, aber damals doch mit relativ vielen Lehrverpflichtungen und Prüfverpflichtungen, war ich auch im Wissenschaftsbereich, glaube ich, firm, wo ich ja als Assistent von Professor Ermacora⁷ immer wieder an hochschulrechtlichen Fragen gearbeitet habe.

Und damit war auch meine Ausschusstätigkeit klar: Verfassungsausschuss, Wissenschaftsausschuss, Außenpolitischer Ausschuss. Natürlich liest man als Jurist einen Gesetzestext, die Geschäftsordnung, nur: Das Recht lebt in seiner Anwendung. Das heißt also, die Geschäftsordnung ist mir dann immer wieder erst in Konfliktsituationen in ihrer Tragweite bewusst geworden, so wie gute Juristen auch Gesetzestexte, die sie auswendig kennen – Artikel 18 B-VG oder ähnliche Fundamentalnormen ... und wenn man einen konkreten Rechtsfall zu lösen hat, schaut man sich den Text noch einmal an, weil die Bedeutung im Konfliktfall plastisch wird. Also bei der Geschäftsordnung habe ich viele Jahre gebraucht, um mich darin dann wirklich so auskennen zu können, dass ich als Klubobmann mit dem Geschäftsordnungsfuchs

6 | Die Europäische Demokratische Union (EDU) wurde 1978 als Arbeitsgemeinschaft von christdemokratischen und konservativen Parteien gegründet. Ihr erster Präsident war bis 1979 der ÖVP-Bundesparteibobmann Josef Taus. Nach dessen Rücktritt bekleidete von 1979 bis 1998 Alois Mock diese Funktion. Mit dem Bedeutungsgewinn der Europäischen Volkspartei stellte die EDU 2002 ihre eigenständigen Aktivitäten ein, bestand jedoch als regionaler Verband innerhalb der Internationalen Demokratischen Union (IDU) weiter.

7 | Felix Ermacora (1923–1995) war, nachdem er zuvor eine Professur an der Universität Innsbruck bekleidet hatte, von 1964 an Universitätsprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien. International anerkannt war er als Menschenrechtsexperte; u. a. wirkte er als Mitglied der Europäischen Menschenrechtskommission und als österreichischer Delegierter zur Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Er gehörte von 1971 bis 1990 für die ÖVP dem Nationalrat an, wo er u. a. als Südtirol-Sprecher seiner Partei und Obmann des Südtirol-Unterausschusses auftrat.

Peter Kostelka⁸ halbwegs auf einen grünen Zweig gekommen bin.

Interviewer: Sie haben gleich in den ersten Jahren Ihrer Tätigkeit als Klubobmann eine große Geschäftsordnungsnovelle verhandelt. Viele der Forderungen, die Sie in Ihrem Programm für die Geschäftsordnungsreform 1994 aufgestellt haben, sind dann in der GOG-Novelle 1996 verwirklicht worden, die eigentlich die letzte große zusammenhängende Geschäftsordnungsnovelle war. Welches waren aus Ihrer Sicht die wichtigen Entwicklungen der Geschäftsordnung in Ihrer Amtszeit?

Dr. Andreas Khol: Ich muss hinzufügen oder vorausschicken, dass ich ja nicht der Kandidat der Parteispitze für die Klubführung war, sondern dass ich mich einfach beworben habe, ein Zehnpunkteprogramm entwickelt habe, das den Abgeordneten vorgeschlagen habe, und dann wirklich im Canvassing⁹ – von Abgeordneten zu Abgeordneten meiner Partei – schließlich die Kandidaten für die Klubführung von der Parteispitze ausgehebelt habe, und in einer Kampfabstimmung ... ich war zwar der einzige Kandidat, aber ich habe nur 80 Prozent der Stimmen bekommen.

Was war mein Programm? Das Programm ist aus der Frustration über parlamentarische Praktiken erwachsen, wobei ich sagen muss, dass manches gelungen ist, manches aber heute nur noch schlimmer geworden ist.

Was ist damals gelungen? Damals war für mich wichtig, planbare Abläufe zu erzielen. Das Parlament vorher war nicht planbar. Daher war es ganz wichtig, das Redezeitregime zu entwickeln, das bis heute gilt und das sich bewährt hat, die „Wiener Stun-

8 | Peter Kostelka (1946–2025) trat 1974 als Sekretär in den SPÖ-Parlamentsklub ein, wurde 1989 Landespartei sekretär der SPÖ Wien, 1990 Mitglied des Bundesrates und noch im selben Jahr Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Diese Funktion übte er bis 1994 aus, als er zum Abgeordneten zum Nationalrat und zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion gewählt wurde; nach dem Übertritt der SPÖ in die Opposition war er 2000 bis 2001 als geschäftsführender Fraktionsvorsitzender tätig und übte dann von 2001 bis 2013 das Amt des Volksanwaltes aus.

9 | Als Canvassing wird die systematische Kontaktabbauung zu einer bestimmten Personengruppe mit dem Ziel verstanden, das Abstimmungsverhalten der Mitglieder dieser Gruppe bei einer Wahl zu beeinflussen oder zumindest vorab zu erheben.

de“¹⁰ und die Aufteilung auf die Fraktionen. Das war eine Errungenschaft. Es ist auch de facto die Neuordnung der Abläufe der Präsidialkonferenz¹¹ gelungen. Denn bis zu dieser Geschäftsordnungsreform ist ja die Tagesordnung in der Präsidialkonferenz im Wege des Feilschens der Klubobleute zustande gekommen. Und erst im Zusammenwirken mit Präsident Fischer¹², der damit einverstanden war, haben wir das Verfahren so objektiviert, dass die Klubobleute der Regierungsparteien einen Plan entwickelten, den wir in der Präsidiale dann eigentlich nur mehr abgenickt haben. Das hat die Präsidialkonferenz fruchtbarer gemacht, und die Prozesse wurden transparenter.

Was nicht gelungen ist, ist – und das ist in Wahrheit immer schlechter geworden –, die Präsenz der Abgeordneten und das Erscheinungsbild im Nationalrat zu verbessern. Es ist also nicht gelungen, verbale Exzesse hintanzuhalten, das Regime des Ordnungsrufs ist einfach zu schwach. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Geldstrafen notwendig sind. Es ist auch so viel los an den Plenarsitzungstagen. Wir haben damals, Kostelka und ich, schon darauf Wert gelegt, dass keine Sitzungen während der Plenarsitzungen stattfinden, keine Vorbesprechungen. Es hat auch eine Zeit

10 | Seit der Geschäftsordnungsgesetznovelle 1996 wird die Redezeit der Fraktionen im Plenum des Nationalrates (ähnlich der im Deutschen Bundestag etablierten „Bonner Stunde“, heute „Berliner Stunde“) anhand der „Wiener Stunde“ kontingentiert. Dabei wird den Fraktionen eine sogenannte Blockredezeit zugeordnet, deren Dauer sich grundsätzlich an der Fraktionsstärke orientiert, aber kleinere Fraktionen begünstigt. Je nach dem sich aus dem Berechnungsschlüssel ergebenden Verhältnis der Blockredezeiten dauert die Wiener Stunde nicht genau 60, sondern beispielsweise in der XXVIII. Gesetzgebungsperiode 62,5 Minuten.

11 | Der Präsidialkonferenz des Nationalrates gehören gemäß § 8 des Geschäftsordnungsgesetzes „die Präsidenten und die Obmänner der Klubs“ an. Sie ist ein beratendes Organ, das als eine Art Lenkungsausschuss in der Gestaltung des parlamentarischen Verfahrens fungiert und beispielsweise Vorschläge zur Durchführung der Arbeitspläne und zur Festlegung der Tagesordnungen und der Sitzungszeiten des Nationalrates erstattet.

12 | Heinz Fischer (*1938) trat 1962 als Jurist in den Dienst des SPÖ-Parlamentsklubs und war von 1964 bis 1975 Klubsekretär. Von 1971 bis 1983 und 1987 bis 2004 gehörte er als Abgeordneter dem Nationalrat an. Von 1975 bis 1983 war er geschäftsführender Klubobmann, von 1987 bis 1990 Klubobmann des SPÖ-Parlamentsklubs. Von 1983 bis 1987 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung. Von 1990 bis 2002 war er Präsident, von 2002 bis 2004 Zweiter Präsident des Nationalrates. 2004 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt, und er bekleidete dieses Amt auch nach seiner Wiederwahl im Jahr 2010 bis 2016.

gegeben, da durften während der Plenarsitzungen keine Besuchergruppen kommen, herunter ins Plenum, weil natürlich ganz klar ist, wenn es Vorbesprechungen gibt, müssen Abgeordnete teilnehmen, die da dazugehören, wenn es Besuchergruppen gibt, muss der Abgeordnete aus dem Wahlkreis dabei sein, wenn es andere Sitzungen gibt, Parteivorstände und ähnliche Dinge, dann ist der Abgeordnete nicht im Plenum. Das haben wir damals abgeschafft. Ich habe dann noch auf Klubobmannebene ... war ich sehr streng und habe also gezählt, und es ist mir doch gelungen, die Präsenz etwas zu verbessern. Und ich habe auch, damals sind ja die Mobiltelefone aufkommen, fürs Telefonieren Ordnungsrufe erteilt; der Erste, der einen bekommen hat, war Präsident Fritz Neugebauer¹³. Und es ist damals ein bisschen gelungen, das Erscheinungsbild etwas zu verbessern.

Seitdem wir allerdings die PCs haben, also die Tabletcomputer, die wir alle auf den Bänken stehen haben, ist die Aufmerksamkeit, dem Redner zu folgen, noch geringer geworden. Telefonieren ist gang und gäbe, also das machen alle. Das kann man auch so machen ... also die Abgeordnete Mikl-Leitner¹⁴ war Meisterin darin und sie ist den ganzen Tag im Plenum gesessen – sie war Landesgeschäftsführerin in Niederösterreich –, sie hatte immer einen Knopf im Ohr und ein kleines Mikrofon – ihr Körper war hier, aber ihr Geist war ganz woanders, und sie war immer da, ja. Und das ist natürlich jetzt schon zum System geworden. Schon zu meiner Zeit, bei dieser Geschäftsordnungsreform, war ich als Präsident sehr beeindruckt von den spontanen

13 | Fritz Neugebauer (*1944), Lehrer und Lehrgewerkschafter, war von 1997 bis 2016 Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und von 2003 bis 2009 Bundesobmann des ÖAAB. Nachdem er bereits in den Jahren 1996 und 1999 jeweils kurzzeitig für die ÖVP dem Nationalrat angehört hatte, übte er von 2002 bis 2013 ein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat aus und bekleidete von 2008 bis 2013 die Funktion des Zweiten Präsidenten des Nationalrates.

14 | Johanna Mikl-Leitner (*1964), gelernte Wirtschaftspädagogin, wurde als Landesgeschäftsführerin der ÖVP-Niederösterreich 1999 erstmals in den Nationalrat gewählt, dem sie mit einer kurzen Unterbrechung bis 2003 angehörte. Von 2003 bis 2011 war sie Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung, von 2011 bis 2016 Bundesministerin für Inneres. Im Jahr 2013 übte sie kurzfristig nochmals ein Nationalratsmandat aus. Von 2011 bis 2016 war sie auch Bundesobfrau des ÖAAB. 2016 kehrte sie in die niederösterreichische Landespolitik als Landeshauptmann-Stellvertreterin zurück, seit 2017 ist sie Landeshauptfrau von Niederösterreich.

Anrufen der Bürger während der Fragestunden¹⁵, die sehr verärgert waren über: Der Abgeordnete X telefoniert, der Abgeordnete Y liest Zeitung, der Dritte legt Patience, der Vierte schwätzt et cetera. Und ich habe mich immer wieder bemüht als Klubobmann, später als Präsident, dem entgegen zu wirken. Es ist nicht dauerhaft gelungen. Und das, was ich den Klubobleuten, den Kollegen und auch meinen Abgeordneten immer wieder gesagt habe, ist, dass das Ansehen des Parlaments nicht so sehr von der Gesetzgebungstätigkeit und den sonstigen wichtigen Aufgaben bestimmt wird, sondern vom Eindruck, den die Bürgerinnen und Bürger in den Fernsehaufzeichnungen von den Abgeordneten haben, von denen sie wissen, sie sind gewählt, sie haben einen – für die Verhältnisse der Durchschnittsbürger – astronomischen Bezug, und ihre Arbeit ist es, im Plenum zu sitzen und zuzuhören und zu diskutieren – und sie tun es nicht.

Und um gleich die aktuelle Entwicklung vorwegzunehmen, das ist noch viel, viel schlimmer geworden. Und der Achtungsverlust, den die Abgeordneten erlitten haben, über die Jahre hinweg, drückt sich am besten dadurch aus, dass qualifizierte Leute nur mehr sehr schwer dafür zu gewinnen sind, ein Abgeordnetenmandat anzunehmen. Also die Zeiten, wo Universitätsprofessoren, Freiberufler, Mediziner, Rechtsanwälte, Unternehmer ins Parlament gegangen sind, sind vorbei. Ja, das hängt ursächlich damit zusammen, dass der Ansehensverlust durch die Liveübertragungen im Parlament immer stärker geworden ist. Das haben wir also damals in der Geschäftsordnungsreform versucht, sind aber dauerhaft gescheitert.

Was wir auch versucht haben, wo wir aber an den Abgeordneten und an den Regierungen gescheitert sind, ist: Das österreichische Parlament hat im Vergleich zu

15 | Die Fragestunde ist im Nationalrat mit der Geschäftsordnungsreform 1961 eingeführt worden. Nach dem Vorbild des britischen Parlaments, wo dieses Instrument als Question Time bezeichnet wird, sollte damit der Parlamentarismus belebt werden. Grundsätzlich sollte am Beginn jeder Plenarsitzung eine Fragestunde stattfinden, in welcher kurze mündliche Anfragen an ein Mitglied der Bundesregierung gerichtet werden können. Da diese mündlichen Anfragen zuvor schriftlich einzureichen sind, entsteht der Effekt eines lebendigen Diskurses eher durch die anschließenden mündlichen Zusatzfragen. Seit 1961 ist die Fragestunde wiederholt geschäftsordnungsrechtlich verändert worden, um sie für die Medien attraktiver zu gestalten.

anderen Parlamenten eine überraschend niedrige Anzahl von Sitzungstagen. Wir haben nicht weniger Geschäfte, aber ich meine, das Europäische Parlament hat drei Wochen im Monat Sitzung. Erste Woche Fraktion, zweite Woche Ausschüsse, dritte Woche Plenum. Der Deutsche Bundestag tagt eigentlich immer. Da gibt es wenige sitzungsfreie Tage. Wir haben, wenn es hochkommt, drei bis vier Tage Plenum im Monat, und wir haben regelmäßig freie Montage, freie Freitage. Und das erkaufen wir mit dem Preis von gigantischen Tagesordnungen, also bis Mitternacht, wenn wir drei Tage Plenum haben, dann gehen die Tage eins und zwei bis Mitternacht und weiter, und das ist eigentlich niemandem wirklich zuzumuten. Und dass da dann auch die Präsenz im Plenum schlecht wird, ist natürlich auch eine ... der Mensch muss essen, der Mensch muss auch andere Dinge tun. Das englische Unterhaus tagt ab 11 Uhr und tagt viel, viel öfter, und daher kann man sich das besser einteilen. Der Deutsche Bundestag tagt sehr, sehr viel öfter. Der Deutsche Bundestag hat allerdings die Eigenart, so wie das englische Unterhaus, dass nur die Spitzenfunktionäre der parlamentarischen Hierarchie feste Plätze im Parlament haben, die anderen können in den ihnen zugewiesenen Sektoren so weit vorne sitzen, wie immer sie wollen, sodass der Ausschnitt, der vom Deutschen Bundestag im Fernsehen gebracht wird, volle Bänke zeigt. Wenn aber dann die Kamera über das Plenum fährt, sieht man, es sind die ersten vier Bänke besetzt, und alles andere ist auch leer – bei 650 Abgeordneten. Also, das Problem besteht überall, bei uns ist es verschärft durch die wenigen Sitzungstage.

Wir haben auch eine überdimensionierte Kontrolltätigkeit im Vergleich zu anderen Parlamenten, also ich kenne kein Parlament, das ähnlich ausgebaute Kontrollrechte hat wie das unsere. Das wird viele erstaunen, weil die Opposition immer sagt, es ist immer alles viel zu wenig. Aber es wird de facto die halbe Sitzungszeit durch Aktionen der Opposition bestimmt: durch die Dringlichen Anfragen¹⁶, da sind

16 | Die Dringliche Anfrage ist eine schriftliche Anfrage, die auf entsprechendes Verlangen noch in jener Sitzung, in welcher sie eingebracht worden ist, beantwortet werden muss, worauf eine Debatte folgt. Die Dringliche Anfrage genießt daher in der Regel große öffentliche Aufmerksamkeit und gilt als scharfe Waffe der Opposition. Seit 1988 sieht das Geschäftsordnungsgesetz eine Begrenzung der Zahl Dringlicher Anfragen vor, die im Laufe eines Jahres eingebracht werden können.

Anfragebesprechungen¹⁷, das sind die sonstigen sogenannten Spompanadeln, Fristsetzungsdebatten¹⁸ und ähnliche Sachen, und durch die Fragestunden. Die Fragestunde ist im englischen Unterhaus ähnlich konstruiert wie unsere, im Deutschen Bundestag eine Schimäre, hat keine große Bedeutung, weil dort nie die Regierungsmitglieder hingehen, sondern immer ein Parlamentarischer Staatssekretär. Also das Instrument der Dringlichen Anfrage kenne ich überhaupt in keinem anderen Parlament. Dass an jedem Plenartag eine Dringliche Anfrage ist ... das sind ausgebaute Oppositionsrechte, so wie der kleine Untersuchungsausschuss¹⁹, der große Untersuchungsausschuss **jetzt**²⁰. Und das bedeutet, dass für die gesetzgebende Arbeit an großen Gesetzen wenig Beratungszeit zur Verfügung steht und dass hier Debatten auch nicht sehr inhaltsreich sind. Aber das hat sich nicht verändern lassen. Auch durch die Beschränkung der Anzahl, wie lange eine Debatte dauern darf – maximal neun „Wiener Stunden“ und ähnliche Dinge –, ist es nicht gelungen; es sind immer noch Mammut-Tagesordnungen. Damit sind wir gescheitert.

Allerdings haben wir in dieser Geschäftsordnungsreform auch viele Rechte der Opposition ausgebaut. Das war der Kaufpreis für die Beschlussfassung – es ist nicht anders zu sehen –, und das hat die Opposition weidlich nützen können. Die Beratungsqualität in den Ausschüssen ist dadurch besser geworden, aber es ist nicht sehr viel

17 | Auf Verlangen von fünf Abgeordneten findet über die schriftliche Beantwortung einer an die Bundesregierung oder eines ihrer Mitglieder gerichteten schriftlichen Anfrage eine Kurze Debatte statt. Das Instrument der Besprechung einer Anfragebeantwortung ist kontingentiert: Abgeordnete, die demselben Klub angehören, können ein solches Verlangen nur einmal pro Sitzungswoche stellen.

18 | Der Nationalrat kann einem Ausschuss eine Frist zur Berichterstattung über einen ihm zugewiesenen Verhandlungsgegenstand setzen. Über einen Antrag auf Fristsetzung findet auf Verlangen von fünf Abgeordneten eine Kurze Debatte statt.

19 | Als kleiner Untersuchungsausschuss wird im parlamentarischen Alltagssprachgebrauch der Ständige Unterausschuss des Rechnungshofausschusses bezeichnet, dem der Nationalrat oder ein Viertel seiner Mitglieder einen Auftrag zur Prüfung eines bestimmten Vorganges aus dem Bereich der Bundesgebarung erteilen kann.

20 | Während bis 2014 ein Untersuchungsausschuss nur durch einen Beschluss des Nationalrates eingesetzt werden konnte, kann seither gemäß § 33 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 idF BGBl. I Nr. 99/2014 ein Viertel der Abgeordneten die Einsetzung verlangen.



Buchpräsentation „Vorarlberger in Parlament und Regierung (1848–2000)“ im Parlament, (2004, ganz links) Bundesratsvizepräsident Jürgen Weiss, am Podium Andreas Khol



(v. li.) Andreas Khol, Präsident der Wirtschaftskammer Christoph Leitl und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

gelingen. Was voll danebengegangen ist, ist die sogenannte Europastunde²¹, die wir dann später eingeführt haben. Der Wolfgang Schüssel²² hat zu mir gesagt: „Bist du eigentlich von allen guten Geistern verlassen? Diese Europastunden, das sind ja nur dringliche Anfragen!“ Und so ähnlich hat es sich dann auch entwickelt, da war meine Naivität zu groß. Also für mich ist die Geschäftsordnung nach wie vor ein weites Feld, und wir sind in Bezug auf Vorbereitung und Beratung von Gesetzen immer noch recht unterentwickelt.

Interviewer: Worauf führen Sie zurück, dass es nicht gelungen ist, die Zahl der Plenarsitzungstage zu erweitern?

Dr. Andreas Khol: Das führe ich darauf zurück, dass die Interessen der Regierung in die Richtung gehen, möglichst wenig Plenartage zu haben, das Parlament ist eine lästige Zuspeis zum Regieren, denn das ist nur ein Verhinderungsinstrument, und da muss man hingehen, um Gesetze, die man eigentlich koalitionär bereits abgemacht hat, beschließen zu lassen. Also, viele Parlamentstage heißt für die Minister, das in die Zeitplanung einzubauen, dass es Dringliche gibt. Wenn es Parlamentstage gibt, kann man nicht fortfahren. Und da decken sich die Interessen mit denen der Abgeordneten.

21 | Die Aktuelle Europastunde dient der Erörterung von EU-Themen. Sie findet viermal im Jahr statt, die Themenvorschläge werden abwechselnd von den Fraktionen eingebracht.

22 | Wolfgang Schüssel (*1945) trat nach Abschluss seines juristischen Studiums 1968 als Sekretär in den Dienst des Parlamentsklubs der ÖVP und war von 1975 bis 1991 als Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes tätig. Von 1979 bis 1989 war er Abgeordneter zum Nationalrat, dem er in weiterer Folge jeweils kurzzeitig zu Beginn der Gesetzgebungsperiode angehörte, ehe er ein Amt in der jeweiligen Bundesregierung übernahm. Von 1989 bis 1995 war er Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, nach seiner Wahl zum Bundesparteiobermann der ÖVP von 1995 bis 2000 Vizekanzler und Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten. Nach der Nationalratswahl 1999 bildete er, ungeachtet der vorherigen Ankündigung, in die Opposition zu gehen, wenn die ÖVP an die dritte Stelle nach der Mandatsstärke zurückfallen sollte, mit der FPÖ als zweitstärkster Parlamentsfraktion eine Koalition und übernahm selbst das Amt des Bundeskanzlers, das er nach dem Wahlsieg bei den vorgezogenen Neuwahlen 2002 bis zum Jahr 2006 weiter ausübte. Von 2006 bis 2011 war er neuerlich Abgeordneter zum Nationalrat, von 2006 bis 2008 auch Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs.

Die Abgeordneten sagen, ja bitte, ich bin ja als Abgeordneter nicht fürs Gesetzmachen gewählt und auch nicht für die Kontrolle, sondern die Leute wollen von mir Informationen, da sind Parteiveranstaltungen, die Leute wollen von mir Interventionen. Das heißt, dass ich mich darum kümmere, dass der Sohn nicht zur Tragtierkompanie kommt, sondern zu den Pionieren, und dass von den ERP-Förderungsmitteln²³ ... also das Abgeordnetengeschäft ist Intervention. Und dann muss man ja auch im Heimatwahlkreis gesellschaftlich, et cetera, präsent sein – bei jedem Feuerwehrfest, bei der Fronleichnamsprozession und so weiter und so weiter. Und die Abgeordneten sagen, am Montag haben sie Sprechtag, am Freitag sind sehr viele Feste, und am Wochenende darf die Familie auch nicht zu kurz kommen. Also die Abgeordneten haben in Wahrheit auch kein großes Interesse – viele Abgeordnete –, viele Plenartage zu haben. Das hängt auch damit zusammen, dass wir keine Tagesdiäten kennen. Die meisten Parlamente bezahlen ja nicht, so wie wir, eine All-In-Entschädigung für das ganze Monat, mit einem Betrag, sondern ein wesentlicher Einkommensbestandteil sind die Sitzungsgelder, die Diäten – und die sind recht beträchtlich. Und dieser materielle Anreiz auf viele Ausschusssitzungen und viele Plenartage – ein menschlicher, nicht sehr edler Anreiz, von der hehren Funktion des Gesetzgebers her gesehen – hat aber auch seine Bedeutung.

Interviewer: Sie haben, und das zeigen ja viele Interventionen von Bürgerinnen und Bürgern, darauf hingewiesen, dass das Erscheinungsbild der Plenarsitzungen ganz wesentlich verantwortlich ist für das Erscheinungsbild des Parlaments, und daher die mangelnde Präsenz in den Plenarsitzungen immer wieder kritisiert. Auf der anderen Seite haben Sie auch einmal sehr heftig die, zunächst von der „Wochenpresse“, dann von „News“ veröffentlichte Statistik kritisiert, die die Tätigkeit der Abgeordneten im Wesentlichen mit der Zahl der von ihnen im Plenum gehaltenen Reden assoziiert. Ist da nicht vielleicht auch ein Blickwinkel der Öffentlichkeit zurechtzurücken auf die Funktion des Plenums im Verhältnis zur Funktion anderer parlamentarischer Gremien?

23 | Das European Recovery Programme (ERP), oft als Marshallplan bezeichnet, war ab 1948 ein vom damaligen US-Außenminister George C. Marshall initiiertes Wirtschaftsförderungsprogramm der USA zur Unterstützung des Wiederaufbaus in den europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, an welchem auch Österreich teilnahm. Die verbliebenen Förderungsmittel wurden 1962 an die Republik Österreich übergeben; der so entstandene ERP-Fonds, der seit 2002 von der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft verwaltet wird, vergibt weiterhin Förderungen.

Dr. Andreas Khol: Diese Statistiken sind extrem ungerecht. Ich sage das nach wie vor, weil jeder ... es heißt immer, „die faulsten Abgeordneten“ –, das sind nicht die faulsten Abgeordneten, sondern jeder Abgeordnete möchte reden, so viel er kann ... also die Drei-Minuten-Reden ... Reden können sie alle, die Abgeordneten, und sie haben auch Ideen, aber es gibt eben wenige Sitzungstage. Dann gibt's neun „Wiener Stunden“, dann gibt es für eine Fraktion vielleicht 70 Minuten Redezeit. Und da kommen dann eben nur die zu Wort, die in der Klubhierarchie ganz oben stehen, weil sie für Bevölkerungsteile sprechen, und die, die im Ausschuss mitgearbeitet haben.

Und wenn man in Ausschüssen sitzt, die wenig gesetzgeberische Vorhaben haben ... und wir haben ja auch etwas gemacht, Kostelka und ich, damals bei der Geschäftsordnungsreform, nämlich dass wir durch eine Abmachung ausgeschlossen haben, dass Berichte in Plenarsitzungen diskutiert werden²⁴, das hat ja dann zur Inflation ... zu noch mehr, also dann hatten wir noch mehr Punkte in den wenigen Tagen. Und es hat sich an sich bewährt, dass die in den Ausschüssen beraten werden, aber: Im Kulturausschuss, wo man viel Arbeit hat, beschränkt sich dann der Abgeordnete auf die Ausschussarbeit, Plenardebatten gibt es dazu keine. Das heißt, wenn man wirklich die Qualität der Abgeordneten beurteilen wollte, an messbaren Größen, und das also quantifiziert – und nicht nach Qualitätsmerkmalen, weil wer könnte Qualitätsmerkmale festlegen und überprüfen –, dann müsste man die Anzahl der schriftlichen Anfragen, die Anzahl der Ausschussfrequenz, die Wortmeldungen in Ausschüssen – das ist ja alles dokumentiert –, dann müsste man das alles zusammenzählen. Dann käme ein etwas gerechteres Bild zustande.

Nur muss ich sagen, es gibt natürlich Abgeordnete, die nicht das Gesetz der großen Zahl haben, die vielleicht in zwei Ausschüssen arbeiten und dort spezifisch qualifizierte Wortmeldungen und auch Anregungen vorbringen, die für ein Parlament unglaublich wichtig sind, die kann man mit Quantifizierungen nicht ... Ich erinnere

24 | Gemäß § 28b des Geschäftsordnungsgesetzes idF der Geschäftsordnungsgesetz-Novelle 1996 hat der Präsident des Nationalrates Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder einem Ausschuss zur Enderledigung zuzuweisen. Diese Regelung dient der Entlastung der Plenarsitzungen von zeitaufwändigen Debatten über solche Berichte.

mich zum Beispiel an den Botschafter Steiner²⁵, der ein sehr verdienter und ein toller Abgeordneter war, oder an den Rupert Gmoser²⁶ oder an den Helfried Pfeifer²⁷ – um aus allen drei damaligen Parteien Vertreter zu zitieren. Das waren Leute, die natürlich schon etwas beizutragen hatten, und die nicht nach Anzahl von Reden beurteilt werden konnten.

Interviewer: Sie haben im Verhältnis von Ausschüssen und Plenum darauf hingewiesen, dass durch die Geschäftsordnungsnovelle '96 die Enderledigung von Berichten in den Ausschüssen möglich geworden ist und seither auch regelmäßig erfolgt. Inwieweit hat das die Aufgaben der Ausschüsse verändert? Hat das den Fokus der Ausschüsse von der Gesetzgebungsarbeit mehr auf die Kontrollarbeit verlagert?

Dr. Andreas Khol: Nicht nur, nicht nur. Zwei Maßnahmen haben die Ausschussarbeit belebt: die aktuelle Aussprache, die wir eingeführt hatten – das heißt, dass aus dem Wirkungsbereich des Ministers einfach Themen angeschnitten wurden und man Fragen stellen konnte –, und das Zweite waren schon die Berichte, denn über die Berichte konnten mit Leuten, die man dazu eingeladen hatte, Experten und ähnliche, schon interessante Diskussionsprozesse entstehen; und man hatte in den Ausschüssen mehr Zeit als an den Plenartagen. [...] ... Und wir sind ein Ausschussparlament, im Gegensatz zum englischen Unterhaus, wo es nur wenige Select Committees gibt, hatten wir schon sehr viele ... 21 wichtige Ausschüsse hatten wir, glaube ich, und da ist schon

25 | Ludwig Steiner (1922–2015) war Diplomat und von 1953 bis 1958 Kabinettschef von Bundeskanzler Julius Raab. Von 1961 bis 1964 fungierte er als Staatssekretär im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Nachdem er seine berufliche Laufbahn in diesem Bundesministerium als dessen Generalsekretär-Stellvertreter in der Zeit von 1972 bis 1979 abgeschlossen hatte, gehörte er von 1979 bis 1990 für die ÖVP dem Nationalrat an und machte sich u. a. durch seine umsichtige und ausgewogene Vorsitzführung in Untersuchungsausschüssen einen Namen.

26 | Rupert Gmoser (1931–2008) gehörte 1978–1979 dem Bundesrat und 1979–1994 dem Nationalrat als Vertreter der SPÖ an. Er leitete die Otto-Möbes-Volkswirtschaftsschule der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark und galt als Vordenker der SPÖ.

27 | Helfried Pfeifer (1896–1970), Verwaltungsjurist und während der NS-Zeit Universitätsprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien, gehörte für den VdU bzw. die FPÖ von 1949 bis 1959 dem Nationalrat an.

sehr viel an Erkenntnissen gewonnen worden. Da konnte man auch über die Fraktionen hinweg diskutieren, da konnte man auch Konsense bei Gesetzen erzielen, die nicht erzielbar waren im Begutachtungsverfahren²⁸ – also die Ausschüsse sind und waren sehr wichtig. Und da merkt man auch sehr genau die Qualität der Abgeordneten, weil keine Fraktion kann es sich leisten, als Vorsitzenden oder Fraktionsführer im Ausschuss jemanden hinzusetzen, der sich nicht auskennt oder sich keine Zeit für die Vorbereitung genommen hat. Die Ausschussarbeit musste immer vorbereitet sein!

Interviewer: Sie haben einmal im Jahr 1994, wenn ich mich richtig erinnere, die allgemeine Öffentlichkeit der Ausschüsse gefordert. Wie stehen Sie heute im Rückblick zu diesem Konzept?

Dr. Andreas Khol: Nach wie vor bin ich dafür. Dass da Kompromisse nicht zustande kämen, das war immer die Furcht, das befürchte ich nach wie vor nicht. Das kann man ja in den Vorbesprechungen zu den Ausschüssen klären, die es ja immer gibt, fraktionelle Vorbesprechungen und dann Verhandlungen. Und ich glaube, dass sehr viel interessante Debatten in den jetzt leicht zur Verfügung stehenden Fernsehkanälen und digitalen Kanälen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten, viel, viel interessanter als Plenardebatten, wo bereits bekannte Standpunkte ... der Präsident ist der Einzige, der alle anhören muss, weil er ja Ordnungsruf, Ruf zur Sache und ähnliche Dinge verwalten muss. Und dann merkt man schon als Präsident, dass im Plenum der Grundsatz gilt, sehr schnell gilt, es ist zwar jetzt schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem. Das heißt, da kommt dann immer wieder das Gleiche heraus. Das ist im Ausschuss anders. Da gibt es eine echte Wechselrede, da gibt es ein Aufeinandereingehen, da gibt es neue Informationen, da zeigt sich auch die wahre Bedeutung des Parlaments im Gestalten mit den Regierungsmitgliedern.

28 | Ministerialentwürfe, also in den Bundesministerien ausgearbeitete Gesetzentwürfe, werden, bevor sie dem Ministerrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, zur Begutachtung an die anderen Bundesministerien, die Ämter der Landesregierungen und zahlreiche Interessenvertretungen ausgesandt.

Das findet ja statt. Daher bin ich nach wie vor der Meinung, das könnte öffentlich sein. Es gibt ja eh in Österreich nichts Geheimes, es kommt ja alles heraus.

Interviewer: Worauf führen Sie es zurück, dass, wie Sie zuvor ausgeführt haben, trotz der zumindest partiellen Ausschussöffentlichkeit, die 1996 eingeführt worden ist, über die Ausschussverhandlungen so wenig berichtet wird?

Dr. Andreas Khol: Das hängt mit der Qualität unserer Medien zusammen. Die Parlamentskorrespondenz²⁹ berichtet zwar verdienstvoll von allem, das ist eh sehr gut, aber für die Parlamentsberichterstatter ist es einfach nicht möglich, die Fülle der Ausschüsse zu beobachten. Das heißt, die müssen sich dann erst auf die Parlamentskorrespondenz verlassen. Und so spannend sind viele Dinge nicht, dass man die Nuggets findet, wo es interessant wäre. Und da haben wir keine Tradition, wir haben keine Tradition der Berichterstattung.

Interviewer: Haben die Abgeordneten, haben die Parlamentsklubs, Initiativen in die Richtung gesetzt, die Öffentlichkeit aktiv in die Ausschüsse zu holen?

Dr. Andreas Khol: Ist mir eigentlich nicht bekannt.

Interviewer: Sie haben zuvor mit Recht darauf hingewiesen, dass jeder Ausschuss von innerfraktionellen und interfraktionellen Vorbesprechungen begleitet wird oder dass sie ihm vorangehen. In der inhaltlichen Auseinandersetzung über die zur Entscheidung anstehenden Fragen, wie hoch würden Sie da die Bedeutung dieser informellen Gremien und informellen Sitzungen bewerten?

Dr. Andreas Khol: Die kann man nicht hoch genug einschätzen, die sind ganz entscheidend. Also, es ist sehr, sehr wichtig, dass man als Kapitelverantwortlicher in

29 | Die Parlamentskorrespondenz ist der Pressedienst des Parlaments, der über alle parlamentarischen Ereignisse berichtet. Exklusiv ist der Zugang der Parlamentskorrespondenz zu den Sitzungen der Ausschüsse, die, soweit sie nicht öffentlich stattfinden, ansonsten der Medienberichterstattung nicht zugänglich sind; diese Berichte der Parlamentskorrespondenz können von anderen Medien übernommen werden.

der Partei mit allen anderen Kollegen, Kapitelverantwortlichen der wichtigen anderen Parteien, eine gute Gesprächsebene hat. Und dass man mit dem und dem zusammen einen Kaffee trinkt und sagt: „Wie siehst du das, wie siehst du das, wie machen wir das?“ „Ja, ich werde versuchen ..., da muss ich mit dem Klubobmann reden.“ Das ist unglaublich wichtig, und da geschieht auch sehr viel – da geschieht sehr viel. Ich muss ja immer schmunzeln, wenn große Gesetzeswerke ins Parlament kommen und die Regierung sagt, das ist jetzt ein festgezurrttes Paket, da gibt es nur mehr kleine Retuschen, und da könnten Fehler berücksichtigt werden, aber an sich: Das Gesetz steht. Meine Erfahrung: Kein Gesetz, kein großes Gesetz, ist unverändert aus dem Parlament herausgekommen – und meistens verbessert, meistens verbessert. Und das sind Absprachen. Und wenn die Opposition in diesen Vorgesprächen darauf hinweist, bitte, bei diesem Paragraphen wäre noch etwas zu regeln, denn das führt zu dieser und jener Unbill, dann kann man das auf dieser Ebene alles gut und schön machen. Und man kann auch auf der parlamentarischen Ebene etwas tun, was die Regierung immer vernachlässigt, nämlich die Empfehlungen des Rechnungshofes und die Empfehlungen der Volksanwaltschaft einzuarbeiten. Das sind auch Fundgruben von möglichen Verbesserungen, mit denen nicht das große politische Geschäft gemacht wird, und deswegen wird man nicht gewählt oder nicht nicht gewählt. Aber die Sorgfalt des ordentlichen Gesetzgebers ist, dass man sich all dieser Instrumente, die man hat, bedient, und dann Dinge verbessert. Und in diesem Minimundus-Parlament, Postleitzahl 1017, mit allen Wucherungen in die Reichsratsstraße, in diesem Minimundus muss man sich bewegen, mit allen Fraktionen reden und die Leute einschätzen können. Und dafür werden die Abgeordneten wirklich gebraucht und bezahlt.

Interviewer: Wie würden Sie da die Rolle der Fraktionsführer in den Ausschüssen einschätzen? Kommt Ihnen da eine Kernrolle zu, sind es mehr die „Kapitelverantwortlichen“, wie Sie sie zuvor genannt haben, oder gibt es da noch eine weitere Arbeitsteilung innerhalb der Ausschussfraktionen?

Dr. Andreas Khol: Beide sind sehr bedeutsam. Wenn nicht der Fraktionsführer auch derjenige ist, der zuständig ist, kapitelverantwortlich, dann müssen beide zusammenarbeiten. Es gibt große Ausschüsse, den Sozialausschuss zum Beispiel, wo die Frak-



tionsführer nicht alle Materien beherrschen können. Da gibt es dann Fachleute in den eigenen Reihen, zu diesem und jenem, die müssen einbezogen werden, eingebunden werden. Und die spielen eine wirklich sehr große Rolle, weil man da über die Parteigrenzen hinweg wirklich Sach- und Bereichskoalitionen für viele Änderungen, die noch in zweiter Lesung im Plenum gemacht werden, bilden kann, und das kann man also in diesem Format miteinander besprechen. Das ist eigentlich das, was den Wert, **einen** wichtigen Wert, des Parlaments ausmacht, dass Leute zwar unterschiedlicher Wertorientierungen, aber mit Fachwissen begabt, sich hinsetzen und versuchen, ein Problem zu lösen.

Interviewer: Wie groß ist der Einfluss der Fraktionsführer und Kapitelverantwortlichen in der fraktionsinternen Willensbildung?

Dr. Andreas Khol: Entscheidend. Also dass der Klubobmann einen Vorschlag macht, der nicht angenommen wird – das wäre ein schlechter Klubobmann. Denn der Klubobmann ist ja auch nicht frei, der kann auch nicht sagen, so oder so, sondern da gibt es ja Beratungen, da gibt es Parteivorstandsberatungen, wo der Klubobmann dabei sitzt. Österreichisches und englisches Spezifikum: Die Klubobleute der Regierungs-

parteien sitzen in der Regierung, als kooptierte Mitglieder protokolliert und mit Anwesenheitsrecht. Und sind da das *Sentire cum Ecclesia*³⁰, das Parteigefühl, was geht, was nicht geht, was man ... – sie gestalten mit und vertreten dann. Aber jede Partei hat Klubobmannstellvertreter, die wiederum so eine Art Klubpräsidium bilden, und gegen den Willen dieses Gremiums kann kein Klubobmann ins Plenum gehen oder in den Klub gehen. Jeder Klubobmann ist auch ein Dolmetscher in die eigene Fraktion hinein.

Und es ist die Aufgabe des Klubobmanns, in möglichst partizipatorischer Weise die Willensbildung im Klub zu organisieren, denn letztlich sind ja die Machtmittel eines Klubobmannes über seine Fraktionsmitglieder null. Der Klubobmann kann sagen, okay, jetzt ist eine Delegationsreise nach Thailand, und du warst so schlimm, du darfst nicht mitfahren. „Power is privilege and penalty“, sagen die Engländer. Macht kommt über die Privilegien, also wenn du Bonifikationen verteilst oder Strafen, und die Strafen sind relativ gering. Bei der Wiederkandidatur, da hat das Wort des Klubobmanns in den Fraktionen ein gewisses, aber kein entscheidendes Gewicht. Also die Strafmöglichkeiten sind sehr, sehr gering. Daher muss der Klubobmann „schwimmen“ auf der Zustimmung seines Klubs; dazu dienen auch die Klubsitzungen.

Ich habe mehrere Male sehr genau erlebt, dramatisch erlebt, wie schwierig es ein Klubobmann hat, der eine andere Meinung hat als sein Klub. Das war bei den 0,5 Promille Alkohol, wo ich der Meinung war, 0,5 Promille ... und es waren von hundert Leuten im Klub sieben meiner Meinung. Und wir haben es trotzdem gemacht, und es ist dazu gekommen – schwierige Geburt gewesen.³¹ Aber das kann man nur in ganz wenigen Einzelfällen machen.

30 | „*Sentire cum Ecclesia*“, wörtlich übersetzt, „Fühlen mit der Kirche“, ist als Begriff von Ignatius von Loyola in seinem Exerzitienbuch geprägt worden und bezeichnet die innere Haltung eines Empfindens oder Gespürs dafür, was die Kirche zur Erfüllung ihrer Sendung benötigt.

31 | Nachdem am 9. Juli 1997 eine Änderung der Straßenverkehrsordnung, welche eine Senkung der Grenze des zulässigen Blutalkoholgehalts für Autofahrer von 0,8 auf 0,5 Promille vorgesehen hätte, im Nationalrat in dritter Lesung mit 92 Nein- gegen 87 Ja-Stimmen abgelehnt worden war, wurde eine solche Änderung am 12. Dezember 1997 mit Stimmenmehrheit angenommen.

Interviewer: Wenn man die Statistik betrachtet, dann hat es gerade in der Zeit, in der Sie als Klubobmann gewirkt haben, und noch in den ersten Jahren dieses Jahrtausends eine höhere Zahl von Fällen gegeben, in denen einzelne Mitglieder eines Klubs im Plenum nicht mit der Linie ihres Klubs gestimmt haben. Vorher war das sehr selten, und in den letzten Jahren ist es auch wieder seltener geworden mit den knapperen Mehrheitsverhältnissen. Wie haben Sie diese Entwicklung erlebt, und wie hat sich das in den klubinternen Auseinandersetzungen widerspiegelt?

Dr. Andreas Khol: Also, das muss man realistisch sehen und nicht heroisierend. Die heroisierende Betrachtungsweise sagt: Großartig, keine Klubdisziplin!, also dieser dumpfe Fraktionszwang. Gott sei Dank gibt es Leute, die ihre eigene Meinung vertreten und sich nicht vom Klubobmann niederbügeln lassen. Das sind ganz, ganz wenige. Die haben einen Namen. Das ist der Franz-Joseph Huainigg³² zum Beispiel, dem die anderen Abgeordneten der ÖVP das auch zugestehen, dass er in seiner persönlichen Behindertensituation starke Meinungen hat, die idealistisch begründet sind. Der Großteil derjenigen, die die Klubdisziplin nicht einhalten, machen das, weil ihnen der Landesparteiobmann gesagt hat, wir Steirer machen etwas anderes, wir Tiroler machen etwas anderes, die Westachse macht etwas anderes. Das heißt, da geht es dann um Machterhalt, da geht es um die eigene Position.

Und ich kann mich sehr, sehr gut erinnern, der jetzige Nationalratspräsident Kopf³³, später mein Nachfolger als Klubobmann, was hat der mir für Schwierigkeiten

32 | Franz-Joseph Huainigg (*1966), Medienpädagoge, gehörte von 2002 bis 2008, von 2010 bis 2013 und nach kurzer Unterbrechung von 2013 bis 2017 dem Nationalrat an. Nach einer Impfung im Kleinkindesalter gelähmt und auf den Rollstuhl angewiesen, war er als Behindertensprecher der ÖVP tätig.

33 | Karlheinz Kopf (*1957), neben seiner beruflichen Tätigkeit in verschiedenen Vorarlberger Unternehmen Funktionär des ÖVP-Wirtschaftsbundes und von 2000 bis 2008 dessen Generalsekretär, gehörte von 1994 bis 2024 dem Nationalrat an, war von 2008 bis 2013 Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs und von 2013 bis 2017 Zweiter Präsident des Nationalrates. 2018 bestellte ihn die Wirtschaftskammer Österreich zu ihrem Generalsekretär.

gemacht, weil sein Landesparteiobmann Sausgruber³⁴ ihm gesagt hat: „Das darfst du nicht!“ Und bei der Krankenkassa: „Wir lassen uns nicht die Reserven der Vorarlberger Krankenkassa in einen gesamtösterreichischen Solidaritätstopf hineingeben. Das ist Enteignung, du darfst nicht dafür stimmen!“

Als er Klubobmann wurde, habe ich gesagt: „Du, ich wünsche dir wenige Klubmitglieder wie du eines warst.“ Ich habe ihn zwar empfohlen als Klubobmann und habe das auch nicht bereut, aber das ist der Normalgrund, warum ein Abgeordneter die Klubdisziplin verletzt, und nicht hehre idealistische Motive, sondern: Abgeordneter ist ein Geschäft auf Zeit. Alle fünf Jahre wird der Vorstandsvertrag sozusagen erneuert, und mit der Wahl denkt jeder Abgeordnete sofort an die Wiederwahl.

Interviewer: Ein anderer Blick auf die Statistik zeigt eine signifikante Abnahme der Zahl der Sitzungen von Unterausschüssen. Wir haben zuvor schon über die Funktion der Ausschüsse und die Bedeutung der Ausschüsse gesprochen. Die Unterausschüsse hatten ursprünglich ja in der Vorbehandlung von Gesetzesvorlagen eine große Rolle gespielt, und mittlerweile hat ihre Zahl so stark abgenommen, dass sie schon aus statistischen Gründen diese Rolle nicht mehr spielen können. Wie haben Sie die Entwicklung der Tätigkeit der Unterausschüsse beobachtet?

Dr. Andreas Khol: Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Interviewer: Sie haben ja selbst einen Unterausschuss langjährig geleitet, den Südtirol-Unterausschuss. Das ist einer jener Unterausschüsse gewesen, die einen etwas anderen Zweck erfüllt haben, nämlich eine bestimmte Materie ständig in der Debatte zu halten. Sie haben sich also auf diese Art von Unterausschüssen konzentriert, die vorbehandelnden Unterausschüsse haben Sie persönlich nicht so intensiv erlebt?

34 | Herbert Sausgruber (*1946), Jurist und Vorarlberger Landesbeamter, wurde 1979 erstmals in den Vorarlberger Landtag gewählt, wo er von 1981 bis 1989 als Klubobmann der ÖVP-Fraktion funktionierte. 1986 zum Landesparteiobmann der ÖVP Vorarlberg gewählt, trat er 1989 als Landesrat in die Vorarlberger Landesregierung ein, wurde 1990 Landesstatthalter (wie in Vorarlberg der Landeshauptmannstellvertreter bezeichnet wird) und 1997 Landeshauptmann. Dieses Amt übte er bis 2011 aus.



Enthüllung des Portraits von Andreas Khol im Empfangssalon des Parlaments
(2007, v. li.) Barbara Prammer, Andreas Khol, Künstler Josef Kern

Dr. Andreas Khol: Ich muss sagen, ich habe keine Wahrnehmung zur Bedeutungsänderung. Für mich war der Unterausschuss das demokratische Hochamt. Ich war immer der Meinung, dass für schwierige Gesetzesvorlagen Unterausschüsse notwendig sind. Es hängt damit zusammen, dass damit natürlich auch der Opposition Raum eingeräumt wird. Die Opposition will immer Unterausschüsse, das ist ja ganz klar, denn da wird einlässlich beraten. Nur, es scheint das niemanden mehr zu interessieren, wenn es jetzt keine Unterausschüsse mehr gibt.

Der Südtirol-Ausschuss war in der Tat ein Sonderfall, weil wir damit auch immer einen Bericht ... also, damit er am Leben bleibt, muss der Außenminister einen Bericht legen, der dann dem Unterausschuss zugewiesen wird: Am 9. Juni ist der nächste Südtirol-Unterausschuss. Da wird berichtet über die Entwicklung der Autonomie, neue Fragen, Vorlagen, et cetera. Das ist ein außenpolitisches Interesse der Republik, dass wir nach außen signalisieren: Südtirol steht immer auf der Tagesordnung. Und da braucht es keine Vorlagen, da braucht es keine Kraftakte, wir sind immer bereit, etwas zu tun. Sonst ist der Unterausschuss ein Qualitätsmerkmal. Da konnte man immer Experten mitnehmen, und das waren dann intensive Beratungen, die meines Erachtens für ein Parlament wichtig sind. Ich weiß aber nicht, warum das jetzt nicht mehr Praxis ist.

Interviewer: In der Vorbereitung von Gesetzesinitiativen werden, soweit Gesetzesinitiativen von der Bundesregierung vorgelegt werden, die Parlamentsklubs über das Begutachtungsverfahren frühzeitig eingebunden. Welche Rolle hat diese frühe Phase von Gesetzesvorbereitung, und welche Funktion haben die Parlamentsfraktionen und die Abgeordneten in dieser frühen Phase?

Dr. Andreas Khol: Also es gibt den Regierungsbeschluss, und dann geht das in die Begutachtung. Sie soll vier Wochen sein, ist nicht immer vier Wochen. In dieser Zeit bereitet man sich natürlich persönlich auf die Gesetze vor, und da spielt die große Anzahl der ja auf der Parlamentshomepage veröffentlichten Begutachtungen eine große Rolle. Die gesamte Opposition lebt von der Begutachtung, denn da kommen alle Fachleute zu Wort. Und nachdem wir jetzt ja auch die Möglichkeit haben, dass jeder Bürger, jede Bürgerin ihre Meinung auf die Parlamentshomepage bringen, ist das

schon ein reiches, ein wichtiges demokratisches Recht, das dem Abgeordneten die Möglichkeit gibt, viele Gesichtspunkte aufzugreifen und viele Gesichtspunkte einzubringen. Also das ist schon sehr wichtig.

Interviewer: Im Weg der Bundesgesetzgebung kann man einerseits manchmal beobachten, dass das Instrument des Initiativantrages genutzt wird, um möglichst rasch eine Vorlage zur Beschlussfassung zu bringen, also auch, um das Begutachtungsverfahren zu umgehen. Andererseits hat man gelegentlich auch den Eindruck, dass Forderungen, die zunächst im Parlament von Abgeordneten erhoben werden, dann auf dem Weg über einen Ministerialentwurf und eine Regierungsvorlage wieder ins Parlament zurückkommen. Wie beurteilen Sie dieses Verhältnis von Initiative und Umsetzung in der Vorbereitung von Bundesgesetzen?

Dr. Andreas Khol: Also, in der Politik gibt es kein Copyright. Und es ist eine Sachgesetzlichkeit der Politik in Österreich, dass man Dinge der Opposition ablehnt und dann selber macht. Das ist immer wieder passiert, das ... und es gibt immer wieder Redebeiträge, die darauf hinweisen, et cetera. Ich glaube, das geschieht auch anderswo, dass man denen einfach keinen Erfolg gönnt, sondern auf diese Weise derartige Initiativen „schändet“, muss ich sagen.

Das gibt es immer wieder, und sonst ist Österreich bei den Initiativanträgen ... Große Gesetzeswerke in komplizierten Materien – ich sag' einmal Sozialversicherung – bringt die Parteienbürokratie und die Klubbürokratie nicht zustande. Das ist ganz, ganz schwierig, also für mich ein Menetekel³⁵ beziehungsweise ein ganz schlechtes Beispiel. Und eine Erklärung, warum es die Regierungsvorlagen braucht, ist der gesamtändernde Abänderungsantrag vom Juni 2014 [Anm. 2013] zur Einführung der direkten Demokratie³⁶ – der wurde dann einer Ausschussbegutachtung unterzogen

35 | Der Begriff Menetekel geht auf das Alte Testament zurück und steht für ein Unheil verkündendes Vorzeichen.

36 | Das sogenannte Demokratiepaket war mit einem Selbständigen Antrag der Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP im Jänner 2013 im Nationalrat eingebracht worden; es sah u. a. eine Aufwertung der Behandlung von Volksbegehren vor. Nach längeren Verhandlungen mit den Oppositionsfractionen beschloss der Verfassungsausschuss im Juni 2013, das Demokratiepaket einem Begutachtungsverfahren

und vernichtet, also österreichweit vernichtet, obwohl da sehr, sehr gute Parlamentsjuristen daran gearbeitet hatten.

Sinowatz³⁷ hat einmal gesagt: „Es ist alles sehr kompliziert!“ Das erste Sinowatz'sche Gesetz wurde viel belächelt, aber inzwischen habe ich festgestellt, er hat recht. Es ist manches sehr, sehr kompliziert. Wenn Sie sich andere Gesetze anschauen, sagen wir, die Bundestheaterprivatisierung, das ist ein Gesetz mit 15 Paragraphen – das kann man schon selber machen, das ist nicht so schwierig. Aber viele, viele der Initiativanträge sind eben einfache Dinge, bei schwierigen Dingen sagt das Parlament, wir erwarten von der Regierung eine Vorlage, damit das alles von diesen hauptamtlich spezialisiert tätigen Bürokratieapparaten gemacht wird. Natürlich gibt es auch die Initiativanträge, die man macht, um schnell zu machen. Und die gefährlichste Waffe des Parlaments sind die Abänderungsanträge in zweiter Lesung, wo immer wieder Dinge in die Gesetze hineingebracht werden, die man sich nicht getraut, in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Interviewer: Sie haben auf das rein quantitative, vielleicht auch qualitative Missverhältnis zwischen der legistischen Infrastruktur des Parlaments und der Parlamentsklubs einerseits und der Bundesregierung andererseits hingewiesen. Wie haben Sie die Unterstützung durch die Parlamentsinfrastruktur, auch natürlich die Klub-Infrastruktur, in legistischer Hinsicht erfahren?

zu unterziehen, in dessen Verlauf u. a. auch der Verfassungsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof kritische Stellungnahmen abgaben. Die Regierungsfractionen verzichteten daher auf Beschlussfassung vor den Nationalratswahlen, die am 29. September 2013 stattfanden, griffen das Paket aber auch in der folgenden Gesetzgebungsperiode nicht wieder auf.

Stattdessen wurde eine Enquete-Kommission zur Demokratiereform eingesetzt.

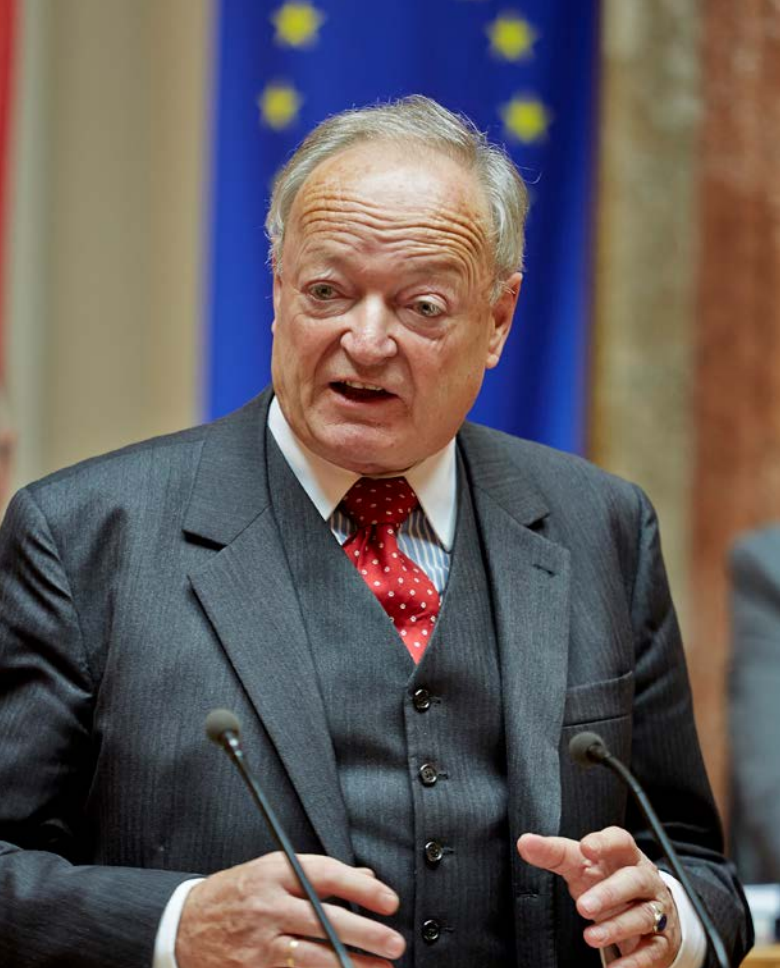
37 | Fred Sinowatz (1929–2008), burgenländischer Landesbeamter, bekleidete, nachdem er zuvor dem Burgenländischen Landtag und dann der Burgenländischen Landesregierung angehört hatte, von 1971 bis 1981 die Funktion des Bundesministers für Unterricht und Kunst und von 1981 bis 1983 jene des Vizekanzlers, der zugleich mit der Leitung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst betraut war. Als Nachfolger von Bruno Kreisky übernahm er 1983 das Amt des Bundeskanzlers und den Bundesparteivorsitz der SPÖ. Nach der Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten legte er 1986 das Amt des Bundeskanzlers und in weiterer Folge 1988 auch den Parteivorsitz der SPÖ zurück. Von 1971 bis 1983 und von 1986 bis 1988 gehörte er dem Nationalrat an.

Dr. Andreas Khol: Man muss bei der Legistik immer wissen, es gibt keine wertneutrale Legistik. Und das Problem ist, es wird ja immer wieder verlangt, es sollte das Parlament einen größeren legistischen Apparat haben. Dann ist aber die Frage, wer gibt den Legisten die Weisung, welche Regelungen sie umsetzen sollen ins Gesetz? Die österreichische Praxis hat das erkannt und daher gesagt, wir finanzieren eher die Bürokratien bei den Parlamentsklubs, sodass diese Bürokratien, den Werten des Parlamentsklubs entsprechend, ihre legistischen Vorhaben entwickeln und sich auch von außen Rat holen. Die Sozialdemokraten haben natürlich die exquisite Legistik der Arbeiterkammern, die sie sich holen. Und die ÖVP hat die Legistik aus dem Bereich der Wirtschaftskammer, die leider Gottes stark geschrumpft ist. Meines Erachtens ist es eine Fehlentwicklung gewesen, das einzusparen. Aber man holt sich von den Parlamentsklubs das Wissen von außen dazu. Ich fand also die Unterstützung der Klubsekretäre immer als erstklassig, und ich muss auch sagen, dass ich sehr viele Klubsekretäre aus anderen Fraktionen sehr schätzen gelernt habe. Felix Ehrnhöfer³⁸ von den Grünen war ein hervorragender Klubdirektor und Klubsekretär, Peter [Anm. Günther] Hofbauer³⁹ bei den Sozialdemokraten, Josef Moser⁴⁰ war Klubdirektor bei den Freiheitlichen, er ist jetzt Rechnungshofpräsident. Das waren alles erstklassige Leute. Meine eigenen Leute brauche ich nicht zu loben, also ich wurde exquisit bedient als Klubobmann und auch als ... es hat jeder, der für ein Sachgebiet

38 | Felix Ehrnhöfer (*1965) war von 1991 bis 2005 Klubdirektor des Parlamentsklubs der Grünen. Später war er als Generalsekretär der Architektenkammer und als stellvertretender Kabinettschef der Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein tätig.

39 | Günther Hofbauer (*1943) trat 1972 in den Dienst der Parlamentsfraktion der SPÖ und war von 1989 bis 2003 deren Klubdirektor.

40 | Josef Moser (*1955), Jurist und Beamter der Finanzlandesdirektion für Kärnten, wurde von Jörg Haider als Landeshauptmann von Kärnten zum stellvertretenden Leiter seines Sekretariats bestellt, und 1992, als Haider als Klubobmann in den Nationalrat wechselte, mit der Funktion des Klubdirektors des Freiheitlichen Parlamentsklubs betraut, die er bis 2003 ausübte. Nach vorübergehender Tätigkeit als Vorstandsdirektor der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG und Vorstandsmitglied der ÖBB-Holding AG wurde er 2004 vom Nationalrat zum Präsidenten des Rechnungshofes gewählt; dieses Amt übte er bis 2016 aus. 2017 kandidierte er für die ÖVP zum Nationalrat, legte sein Mandat aber zurück, nachdem er zum Bundesminister für Justiz bzw. zum Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz ernannt worden war. Nach dem Ausscheiden aus diesem Amt übte er von 2019 bis 2020 sein Abgeordnetenmandat im Nationalrat aus.



Andreas Khol im österreichischen Parlament: bei einer Enquete zum Thema Ältere Menschen (2013, li.), bei einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages der älteren Menschen (2012, re.)



Tag der offenen Tür im österreichischen Parlament (2005)

im Parlament zuständig ist, einen Parlamentsmitarbeiter, und das sind erstklassige Leute.

Interviewer: Die Parlamentsmitarbeiter im Sinne des Parlamentsmitarbeitergesetzes sind ja erst durch das Parlamentsmitarbeitergesetz 1992 eingeführt worden. Wie hat das die parlamentarischen Arbeitsmöglichkeiten verändert?

Dr. Andreas Khol: Also, der österreichische Nationalrat hat ja, im Gegensatz zu anderen Parlamenten, die Mitarbeiterstruktur jahrzehntelang sträflich vernachlässigt. Das hängt mit einem Parlamentsverständnis zusammen ... ich habe immer gesagt, für den Präsidenten Benya brauchen wir kein Parlament, sondern da gibt es ein Mehrheitsverhältnis und das können wir auch zu fünft ausmachen, wie sich das dann abspielt. Und der legendäre, nicht gesagte Satz „Haltets die Goschn da unten!“⁴¹ hat das sehr klar zum Ausdruck gebracht. Das war eben ein anderes Parlamentsverständnis. Die Parlamentsmitarbeiter waren der erste bescheidene Schritt, die Abgeordneten besser instand zu setzen.

Das Management der Unterlagen, das ständige Elektronisch-überschwemmt-Werden, das kann man ja alles nur kanalisieren durch die parlamentarischen Mitarbeiter. Und es hat sich inzwischen ja auch so eine Art Hierarchie, ein beruflicher Werdegang entwickelt. Bei den parlamentarischen Mitarbeitern geht es dann in die Ministerbüros, von dort geht es dann auch in die Landesregierungen, von dort geht es auch in die Klubs, in die Parlamentsklubs. Das sind auch Juristen oder Juristinnen, die sich bewährt haben und die für den Abgeordneten ganz wichtige Dinge erledigen,

41 | Der zitierte Satz findet sich nicht im Stenographischen Protokoll, ist aber offenbar vom Präsidenten des Nationalrates Anton Benya in einer Plenarsitzung vom Präsidium aus bei irrtümlich nicht abgeschaltetem Mikrofon gesagt worden. Über den konkreten Wortlaut gehen die Erinnerungen von Parlamentsbeamten, die in der Sitzung anwesend gewesen sind, auseinander: Dem ehemaligen Leiter des Stenographendienstes Ernst Krammer zufolge war der Satz nur an einen Abgeordneten gerichtet und lautete: „Hoit die Goschn, Trottell!“ (Interview mit Ernst Krammer vom 3. November 2015). Der ehemalige Parlamentsvizedirektor Sigurd Bauer erinnert sich an den Satz in jener Form, in welcher er auch von Medien kolportiert worden ist: „Hoits die Goschn, ihr Trotteln da unten!“ (Interview mit Sigurd Bauer vom 4. Mai 2018).

Terminkalender führen, Zusagen ... wobei natürlich, ich war in Wien tätig. Ich habe nie jemanden in Tirol gebraucht, weil ich immer in Wien tätig war und immer Zentralaufgaben hatte. Für Bundesländerabgeordnete ist es dann schon schwierig. – Wo haben sie ihren parlamentarischen Mitarbeiter – in Wien oder im Wahlkreis? Aber an sich ist es eine elementare und wichtige Verbesserung.

Interviewer: Als Präsident haben Sie eine Forderung der westösterreichischen SPÖ-Abgeordneten abgelehnt, Wahlkreisbüros zu finanzieren. Halten Sie das nach wie vor für gerechtfertigt? Würde das die Infrastruktur in unangemessener Weise vermehren?

Dr. Andreas Khol: Ja, also ich glaube, dass wir gerade bei den Bürokratien immer Gefahr laufen, Parteien zu finanzieren, und wir haben bereits eine sehr kostspielige Parteienfinanzierung, die den Bürgern nicht recht ist, und das wäre eine weitere Aufblähung gewesen.

Interviewer: Ich darf noch auf ein paar ganz wichtige Entscheidungen und Fortschritte in der Zeit Ihrer Präsidentschaft zurückkommen. In die Zeit Ihrer Präsidentschaft fällt unter anderem die Sanierung der Parlamentsrampe und die Adaption des Palais Epstein. Mit der Parlamentsrampe ist ein Besucherfoyer eingerichtet worden. Was war aus Ihrer Sicht die dafür leitende Erwägung, was war der damit verbundene Fortschritt für das Parlament in seinem Verhältnis zur Öffentlichkeit?

Dr. Andreas Khol: Also, Heinz Fischer hat schon begonnen, das Parlament für Besuchergruppen initiativ zu öffnen. Und außer den Gruppen von „Österreichs Jugend lernt Wien kennen“ – so kam ich das erste Mal ins Parlament – ist in der Zeit vor Heinz Fischer wenig an Besuchern gekommen. Heinz Fischer hat das bewusst geöffnet. Als ich übernommen habe, hat es im Jahr 60.000 Besucher gegeben, als ich übergeben habe, hat es 180.000 gegeben. Das war also das Foyer und der Zugang. Und das Interesse am Parlament, am Bauwerk, ist schon ein großes. Es ist ein wunderbares Bauwerk. Und ich hatte im Präsidenten des Bundesdenkmalamtes,

Rizzi⁴², und im Vorsitzenden der Jury, Boris Podrecca⁴³, Leute, die mir geholfen haben, meine politische Überzeugung umzusetzen, dass wir einen für alle erkennbaren Hauptzugang zum Parlament brauchen. Dass wir nicht in den Achselfalten des Parlamentes sozusagen ... die Klubeingänge sind die Eingänge ... sondern, dass eben nicht die Parteien das Parlament sind, sondern, dass es das Parlament als Gesamtinstitution gibt, und die Öffentlichkeit ein Recht hat, dort jederzeit hinzugehen.

Daher bin ich auch sehr froh, dass es gelungen ist, es so zu machen, dass man hineinkommt, ins Pressezentrum kommt, sich informieren kann, ohne Ausweis, ohne irgendetwas, und erst, wenn man in das Innere des Parlaments kommt, einen Ausweis vorweisen muss.⁴⁴ Wobei ich stolz darauf bin, dass es uns nach wie vor gelungen ist ... diese schikanösen Kontrollen, die anderswo notwendig sind, gibt es in Österreich nicht. Im Deutschen Bundestag müssen sie sich Wochen vorher anmelden, sonst kommen sie nicht hinein, als Besucher. Wenn der Präsident Lammert⁴⁵ sagt, komm mich besuchen, dann ist das keine Schwierigkeit, aber wenn man einfach in Berlin ist und sagt, ach, schauen wir mal hinein – das geht nicht. Also, das ist in Österreich gelungen. Auch der Tag der offenen Tür ist gelungen, der ist jetzt eine Institution. Und da ist interessant, die Leute kommen in Scharen und schauen sich das Ganze an. Und ich glaube, dass das ganz einfach wichtig ist, dass die Leute dieses Baukunstwerk, dieses Zentrum der Republik als ihr eigenes Haus sehen, und das ist ein bisschen gelungen.

Interviewer: Was hat die Adaption des Palais Epstein für Sie bedeutet?

42 | Wilhelm Georg Rizzi (*1947), Architekt und Kunsthistoriker, war von 1998 bis 2008 Präsident des Bundesdenkmalamtes.

43 | Boris Podrecca (*1940) ist ein international anerkannter Wiener Architekt.

44 | Aktuell (2025) kann man das österreichische Parlament nach Vorlegen eines gültigen Lichtbildausweises und einer Sicherheitskontrolle besuchen. Das seit Mitte der 2000er-Jahre bestehende Besucherzentrum wurde nach der Sanierung des Parlamentsgebäudes (2017 – 2023) modernisiert und wesentlich erweitert und steht den Gästen von Montag bis Samstag offen.

45 | Norbert Lammert (*1948) gehörte für die CDU von 1980 bis 2017 dem Deutschen Bundestag an, war von 2002 bis 2005 dessen Vizepräsident und anschließend bis 2017 dessen Präsident.

Dr. Andreas Khol: Kostelka und ich haben die Veräußerung des Palais Epstein⁴⁶ an eine japanische Bank knapp davor im Ministerrat verhindert. Der Farnleitner⁴⁷ hatte den Akt bereits in Umlauf gebracht. Es hat einen Konsens gegeben, das Palais Epstein wird für 120 Millionen Schilling verkauft, und eine japanische Bank kommt dort hinein. Und der Kostelka und ich haben gesagt: „Das geht nicht!“ Das Palais Epstein ist von Theophil Hansen, der hat auch das Parlament gebaut. Es hat eine Tradition. Dieser Epstein⁴⁸ ist ja eine großartige Person, widerspricht allen antisemitischen Klischees, er ist ja der fleischgewordene wohlhabende Wohltäter gewesen, der von seinen christlichen Angestellten betrogen wurde und in den Konkurs getrieben wurde. Und es war naheliegend – wir hatten Raumbedarf –, dass wir das Bauwerk sichern, nachdem es ja von seinen Nachmietern verunstaltet war. Der schlimmste Hausherr war der Stadtschulrat, der zum Schluss drinnen war ... der da über Stuccolustroputz hinweg das alles bewältigt hat. Da hat es Uhren gegeben auf dem Stuccolustro, Leitungen, dann hat es Türen gegeben, die wir später gefunden haben, die am Dachboden verräumt wurden, auf denen Tischtennis gespielt wurde. Die Russen haben das Haus gut gepflegt, muss ich sagen, aber ansonsten war das ein Haus der Tränen.

Es war einfach wichtig, das für die Republik zu erhalten. Da hat Heinz Fischer eine große Rolle gespielt, als Parlamentspräsident, der hat da mitgemacht. Und

46 | Das Palais Epstein, ein in den Jahren 1868 bis 1871 nach Entwurf von Theophil Hansen, dem Architekten des Parlamentsgebäudes, an der Ringstraße, neben dem Bauplatz für das Parlamentsgebäude, für die jüdische Bankiersfamilie Epstein errichtetes Palais, wurde auf Anforderung des unter Raumnot leidenden Parlaments in den Jahren 2004 bis 2005 renoviert und dient seither als parlamentarisches Nebengebäude.

47 | Hannes Farnleitner (*1939), Mitarbeiter der Wirtschaftskammer Österreich und von 1992 bis 1996 deren Generalsekretär-Stellvertreter, war von 1996 bis 2000 Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

48 | Gustav Ritter von Epstein (1828–1879) war ein bedeutender jüdischer Bankier und Industrieller, der sich neben seiner wirtschaftlichen Tätigkeit auch als Kunstsammler und Philanthrop betätigte. Durch den Börsenkrach von 1873 und Spekulationen seiner Angestellten wurde Epsteins Vermögen vernichtet; Epstein bemühte sich freilich, einen Konkurs seiner Bank zu vermeiden und seine Gläubiger auszubezahlen. Sein Palais musste er 1876 verkaufen, und er starb in bescheidenen Verhältnissen.



Andreas Wabl⁴⁹, der Grüne, der am Anfang immer dagegen war, der ist vom Rathaus am Schmäb geführt worden. Das Rathaus war ja dagegen, dass wir das übernehmen, und hat gesagt, da gibt es viele andere Gebäude, und der Wabl hat das aufgegriffen und er hat ... die anderen Gebäude hat es nicht gegeben, und zum Schluss war ein Fünfparteienkonsens, dass wir das Haus für das Parlament holen und dass wir die BIG beauftragen, und die hat ein phänomenales epochemachendes Restaurationsprojekt auf den Weg gebracht.

Ich muss sagen, die Bautätigkeit im Parlament und das Epstein, das gehört zu den interessantesten und wirklich in meiner Erinnerung besten Stücken, die ich vorzuweisen habe. Ich habe mich natürlich auch auf die Bautätigkeit intensiv vorbereitet. Es gibt von der Frau Hofbauer dieses Buch über Theophil Hansen, und es gibt eine ganze Reihe von Literatur – die habe ich gelesen, und das war für mich natürlich schon toll, da tätig gewesen zu sein. Und ich hoffe, dass die Nachwelt sagt, das ist nicht verunstaltet worden, was bei vielen Umbauarten der Fall ist.

49 | Andreas Wabl (*1951) gehörte dem Nationalrat von 1986 bis 1999 an und war von 1988 bis 1990 Klubobmann der Grünen.

Interviewer: Eine wichtige Innovation, die Sie noch als Klubobmann initiiert haben, war der Umstieg von der papiergebundenen auf die elektronische Form der Gesetzgebung, kurz: E-Recht. Was war für Sie die Motivation, das zu initiieren, und wie haben Sie aus Ihrer Sicht die Auswirkungen dieser elektronischen Unterstützung des Gesetzgebungsverfahrens erlebt?

Dr. Andreas Khol: Es hat zwei Gründe gegeben. Erstens, alle Abgeordneten wurden von der Parlamentsdirektion auf die PCs angewiesen und eingeschult. Das war sehr, sehr wichtig, und ich bin den Kollegen, die ich heute noch namentlich kenne, die mir damals die Grundbegriffe beigebracht haben, dankbar. Als ich Klubobmann wurde, wusste ich, wie das mit ... mein Klubobmann damals hat mit dem PC ... er kann es heute noch nicht, denn das hat immer jemand für ihn gemacht. Ich war ein kleiner Kofferlabgeordneter und habe alles am PC gemacht. Und mir war sofort klar, diese Millionen Stücke, das alles, das liest ja keiner mehr, und das ist auch nicht zugänglich. Das kann ich am PC viel schneller, kann es markieren, ablegen, und so weiter. Also, mir war klar, der PC, das ist die Zukunft, und jeder hat einen. Und dann kam das Sparbudget, dann kam ein Sparpaket, und ich musste im Nationalrat von einem Budget von ... in Euro waren es, glaube ich, 109 Millionen, musste ich 7 Millionen einsparen, und das ist mir gelungen mit der Umstellung auf die Elektronik. Und das konnte ich dann den Klubs, den anderen verdolmetschen, und das ist dann super gelaufen.

Interviewer: Haben Sie auch eine Auswirkung auf den Ablauf des Gesetzgebungsprozesses selbst wahrgenommen, zum Beispiel Beschleunigung?

Dr. Andreas Khol: Wesentlich mehr Information! Allein dass ich nicht mehr Aktenordner anschauen muss für das Begutachtungsverfahren, sondern dass ich klicke und das alles bekomme. Nein, da brauchen wir nicht drüber zu reden. Also die Qualität der Arbeit hat sich in geometrischer Reihe verbessert, durch die Elektronik, und keiner weint dem Papier mehr eine Träne nach.

Interviewer: Ein Blick auf die Uhr erinnert mich daran, dass ich zum Schluss kommen muss, zu meinem ganz großen Bedauern. Ich darf noch zwei Fragen sehr allgemeiner

Natur zum Abschluss stellen. Wie würden Sie die Rolle des Abgeordneten in der österreichischen Demokratie ...

Dr. Andreas Khol: Herr Dr. Schebeck, wir machen noch einen Termin.

Interviewer: Wir machen noch einen Termin, gut!

Dr. Andreas Khol: Wir machen noch einen Termin, weil ich habe so lange Antworten, und ich kann solche wichtigen Themen ... und mir ist das wichtig.



Rede des Nationalratsabgeordneten Andreas Khol während der konstituierenden Sitzung des Nationalrates (1994)

Gespräch

am 1. Juni 2015

Interviewer: Herr Präsident, die großen Fragen zuerst. Wie würden Sie die Rolle des Parlaments im politischen System Österreichs beschreiben?

Dr. Andreas Khol: Wir sind keine parlamentarische Demokratie. Das heißt, das Parlament ist nicht gerade eine lästige Zuwaage an die Regierung, aber nicht weit entfernt davon. Das heißt, die Wahlen, in denen Abgeordnete bestimmt werden, dienen eigentlich mittelbar der Regierungsbildung und der Feststellung des Kräfteverhältnisses, aber die wirklichen politischen Entscheidungen werden in den Regierungsfractionen, in den Ministerberatungen auf der Regierungsebene, erarbeitet. Natürlich gibt es das Ventil des Initiativantrages, aber dass Initiativanträge gegen eine Regierungskoalition zustande kommen und angenommen werden, oder dass eine Regierungsfraction oder die zwei, drei oder vier Regierungsfractionen einen Initiativantrag erarbeiten und gegen die Regierung durchsetzen, ist in Österreich eigentlich kaum denkbar.

Wir haben zwar in der Bundesverfassung die Gewaltentrennung, aber die wird komplett überlagert durch die Gewaltenverbindung durch die politische Partei. Es ist letzten Endes die Regierung, die mit dem Parlament wedelt, und nicht das Parlament mit der Regierung. Das ist meine Erfahrung aus wirklich vielen Jahrzehnten parlamentarischen Arbeitens. Ich bin seit dem Jahre '93 – also doch 13 Jahre – in jeder Sitzung der Bundesregierung gesessen und weiß daher, wo die Entscheidungen fallen, und kann den Stellenwert des Parlaments einordnen. Am meisten Einfluss hat in der österreichischen Praxis das Parlament im Justizausschuss. Der Justizausschuss ist eine Besonderheit, insofern als Österreich viele Jahre parteifreie Justizminister hatte, die an keiner Ministerratsvorbesprechung teilgenommen haben, keiner Fraktion zugeordnet waren und daher bei der Gesetzgebung auf die Vertreter der Regierungsfractionen angewiesen waren.

So hat sich da ein spezieller Gesetzgebungsprozess herausgebildet, dass also das Parlament – allenfalls mit EntschlieÙung – sagt, man möchte auf diesem oder jenem Gebiet eine Neuordnung haben, und hier einige Punkte erwähnt, damit dann die hervorragenden Juristen des Justizministeriums zusammen mit der General-

prokuratur⁵⁰ und diesem ganzen Justizpalast-Establishment, beraten durch Professoren, Lösungsvorschläge erarbeiten, dass aber letzten Endes die Justizsprecher der beiden Regierungsparteien in ganztägigen Klausuren unter Beiziehung der Experten und der Justizbeamten die Gesetzgebung im Ausschuss erarbeiten. Das ist aber wirklich ganz einmalig, und das wäre eigentlich ein Verfahren, wie es dem Idealbild der repräsentativen Demokratie entspräche.

In vielen anderen Bereichen wird die Gesetzgebung von übergeordneten politischen Interessen bestimmt, die dann technokratisch umgesetzt werden, oder es ist eine Feinzelisierung, die das Parlament vornimmt, wenn die Regierungsvorlage ins Haus kommt, dass man sich dann den Bericht der Volksanwaltschaft holt oder einen Rechnungshofbericht und sagt, da gibt es Anregungen zu diesem Problem und zu jenem und das dann durch einen Abänderungsantrag im Ausschuss hineinbringt. Also bei der Gesetzgebung hat natürlich das Parlament das letzte Wort, und es hat auch Möglichkeiten, Abänderungsanträge zu stellen, tut das auch. Es wird viel im Ausschuss erarbeitet, aber letzten Endes leben wir in einer Regierungsdemokratie. Aber meines Wissens ist das in Großbritannien genauso, und ich kenne eigentlich schon recht viele parlamentarische Wirklichkeiten, es ist in den meisten Fällen so.

Im englischen System ist das noch dadurch faktisch zum System erhoben, dass man dort in der Regierung zwar die Minister nach außen sieht, dass es aber dort auch noch Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre, parlamentarische Staatssekretäre gibt, also in der englischen Regierung ist faktisch ein Drittel der Unterhausfraktion der Regierungspartei zugleich auch in der Regierung.

Also, es ist nun einmal so, das sind hochkomplizierte Materien, und es ist fast ein Ding der Unmöglichkeit für einen Normaljuristen oder einen Normalabgeordneten, zum Beispiel eine tragende ASVG-Novelle zu entwerfen. Das ist so schwierig, dass man da wirklich diese Stäbe, die Technokratie braucht. Und die Willensbildung ist

50 | Die Generalprokuratur ist beim Obersten Gerichtshof eingerichtet und hat als Staatsanwaltschaft die Aufgabe, an den Obersten Gerichtshof eine sogenannte Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes zu erheben, womit sie eine gesetzeskonforme Strafrechtspflege sicherstellen soll.

dann ... unter Einbindung der Klubobleute, deswegen sitzen ja die Klubobleute in der Bundesregierung, das ist ja verräterisch, denn in der Regierung entscheidet man, und die Klubobleute, die da mitentschieden haben, können zwar in der Regierungssitzung sagen, das wollen wir anders haben oder da haben wir Schwierigkeiten, aber letzten Endes bedeutet das, dass sie die Garantie übernehmen, dass die Fraktionen parieren. Das ist die Realität, und das hat sich mit der Zeit verbessert.

Also, als ich 1983 ins Parlament eingetreten bin, waren die Klubs Abstimmungsmaschinen, das war überhaupt keine Frage. Daher hat es auch wenig Sitzungstage gegeben, weniger Ausschüsse, es gab eine einzige Oppositionspartei, das waren die Freiheitlichen⁵¹. Dann gab es die Grünen. Die Grünen haben aufgemischt. Aber es hat sich dann doch schrittweise entwickelt, dass diese Rubber-Stamp-Machinery, also diese Abnickmaschine ... dass da mehr Mitbestimmung daraus geworden ist. Heute haben die Bereichssprecher gerade bei Ministern, doch ein gewisses Gewicht. Aber da sind wir schon weiter gewesen.

In der Ära Schüssel gab es sozusagen die „Spiegel“ ... also ein Wirtschaftsminister von der einen Regierungspartei hatte in der Ära Schüssel den Wirtschaftssprecher der anderen Partei zum Pendant zum Ausverhandeln der Kompromisse. Heute ist das nicht mehr der Parlamentarier, sondern ein anderer Minister. Da ist das Parlament weniger wichtig geworden. Aber das ist ein Auf und Ab. An sich ist mein Schluss recht klar. Wir sind eine stark von der Regierung und damit von den Parteien dominierte parlamentarische Demokratie.

Interviewer: Es hat eine kurze parlamentarische Tagung gegeben, im November 1995, die Sie als Klubobmann ja aktiv mitgestaltet haben, in welcher die Regierungskoalition bereits aufgekündigt war und es daher zu einer freien Mehrheitsbildung im Nationalrat gekommen ist. Wie ist Ihnen das erschienen? Ist Ihnen das erschienen als ein Ideal der repräsentativen Demokratie oder war das das Chaos?

51 | Als die FPÖ nach der Nationalratswahl 1983 in eine kleine Koalition mit der SPÖ eintrat, verblieb als einzige Oppositionspartei im Nationalrat die ÖVP.

Dr. Andreas Khol: Das war das totale Chaos. Das war das totale Chaos, weil man ja nicht übersehen darf, dass die Fraktionen im Parlament unmittelbar vor der Wahl ausschließlich von Wahlinteressen dominiert sind und nicht von Gemeinwohlinteressen. Das ist dann wirklich das Bordell! Da geht es quer durch die Fraktionen: Wer bietet mehr? Das hat es ja mehrere Male gegeben, diese koalitionsfreie Zeit nach der Kündigung der Koalition bis zu den Neuwahlen. Und der Verfassungsgerichtshof hat Dinge aufgehoben, es musste repariert werden. Oder diese unsägliche Verbreiterung der Frühpensionsregelung⁵², die die Republik fast in ein Pensionschaos gestürzt hat, ist auch zustande gekommen eine Woche vor der Wahl, in der Kasinonacht des 24. September 2005 war das, nein: 2006 [Anm. 2008]. Fast 10 Jahre hat es gedauert, bis wir diese Schäden rückgängig machen konnten, und jetzt gibt es immer noch Sinnlosigkeiten wie einen privilegierten Mehrwertsteuersatz für Medikamente, für Heilmittel. Das ist in Wahrheit eine Subvention an die Sozialversicherung – und ähnliche Unsinnigkeiten kommen dann zustande. Also das sind keine Sternstunden, das sind eher Zerrbilder, die da erzeugt werden.

Interviewer: Es ist gelegentlich argumentiert worden, dass eine Minderheitsregierung, die ja dann nicht auf eine Mehrheit im Nationalrat gestützt wäre, eine Voraussetzung sein könnte für ein solches parlamentarisches Willensbildungsmodell. Erscheint Ihnen das im Sinne Ihrer Erfahrungen als vernünftige Annahme oder würden Sie da ebenfalls eher eine chaotische Entwicklung befürchten?

Dr. Andreas Khol: In Österreich würde ich da eine chaotische Entwicklung befürchten. Es wird ja jetzt schon rundherum junktimiert und erpresst. Gerade die Regierungen haben derzeit keine Zweidrittelmehrheit, also keine Verfassungsmehrheit, sie müssen sich also ständig eine dritte Partei suchen. Und da sieht man, was da so junktimiert wird, beziehungsweise wie sich Parteien prinzipiell weigern,

52 | Die Langzeitversichertenregelung, oft als „Hacklerregelung“ bezeichnet, wurde mit dem am 24. September 2008 vom Nationalrat beschlossenen Sozialrechts-Änderungsgesetz 2008, BGBl. Nr. 129, auf der Grundlage eines von SPÖ und FPÖ gemeinsam eingebrachten Antrages um drei Jahre verlängert. Diese Sitzung des Nationalrates stand im Zeichen der unmittelbar bevorstehenden vorgezogenen Nationalratswahl; an den in dieser Sitzung gefassten Beschlüssen wurde häufig die mit ihnen verbundene Budgetbelastung kritisiert.



da mitzumachen. Es ist zwar sehr wichtig, aber ich muss sagen, es könnte in Österreich wirklich die Welt untergehen, und es würden die Parteien trotzdem noch junktionieren. Also ich bin da sehr kritisch und auch sehr pessimistisch.

Interviewer: In der ÖVP wird gelegentlich die Position eingenommen, dass ein mehrheitsverstärkendes Verhältniswahlrecht oder überhaupt ein Mehrheitswahlrecht, jüngst diskutiert, die Willensbildung erleichtern könnte. Würden Sie diese Position teilen oder eher befürchten, dass dann die Kompromissfähigkeit in der Demokratie zu sehr in Mitleidenschaft gezogen würde?

Dr. Andreas Khol: Also hier muss man differenzieren. Es gibt aus der Not geborene mehrheitsähnliche Modelle, bekannt ist das italienische Modell, das aber jetzt abgeschafft wurde, oder das griechische Modell, wo die stärkste Partei, die bei den Wahlen mehr als 30 Prozent hat, dann die fehlenden Abgeordneten für eine Mehrheit sozusagen als Prämie drauf bekommt, um von Parteigeschäften unabhängig zu sein. Solche entscheidungsfördernden Wahlrechte können nur Notmaßnahmen sein und

funktionieren nirgends. Die Italiener haben es abgeschafft, sie haben das als Porcellum bezeichnet, als Schweinerei, weil man nicht versteht, dass, wenn eine Partei 30 Abgeordnete bei der Wahl bekommt, sie dann noch 30 dazu geschenkt bekommt.⁵³ Das versteht man nicht, und das ist ein System, das ich für das unsinnigste halte, und das habe ich am Parteitag auch als solches bezeichnet.

Es gibt dann Mehrheitswahlrechte, wo man auch differenzieren muss. Das englische Mehrheitswahlrecht, das auch das amerikanische ist, First-past-the-Post, besagt, es gibt Einerwahlkreise, das ist an sich eine gute Sache, und es treten Kandidaten an, und derjenige, der die relative Mehrheit erhält, ist gewählt. – Ein Wahlgang. Das ist das englische System, das dazu führt, dass zum Beispiel bei der letzten Wahl eine Partei, nämlich die Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs, eine anti-europäische Partei, mit 14 Prozent der Stimmen einen Abgeordneten hat, weil diese 14 Prozent quer durch die Parteiwahlkreise errungen wurden, und nur in einem Wahlkreis war dieser Kandidat der relativ stärkste. Dagegen hat mit einem Prozentsatz, der nicht einmal ein Drittel davon war, in Schottland die schottische Unabhängigkeitspartei alle 58 Wahlkreise bekommen, mit eben einem Bruchteil der Stimmen, den die andere Partei, die englische Partei, gemacht hat. Und das sind Ungerechtigkeiten, die man nicht versteht.

Ich halte es auch für demokratiepolitisch sehr bedenklich, wenn erstens kleinere Gruppen keine Chance haben, ins Parlament zu kommen. Die Alternative ist die Straße, und die Straße ist für die Demokratie kein heilsamer Ort. Also ich habe lieber die Auseinandersetzung im Parlament, ich habe die Grünen lieber im Parlament, mit allem Radau, den sie gelegentlich veranstalten, als als außerparlamentarische

53 | Das 2005 in Italien eingeführte Wahlsystem sah zwar die proportionale Verteilung der Mandate vor, garantierte der die Mehrheit erringenden Partei (bzw. dem die Mehrheit erringenden Parteibündnis) aber einen Mandatsanteil von 55 Prozent. Der italienische Politikwissenschaftler Giovanni Sartori (1924–2017) hat für dieses Wahlsystem den Begriff Porcellum geprägt, in Anlehnung daran, dass jener Minister der Regierung Berlusconi, welcher das Wahlgesetz selbst eingebracht hatte, es im Ergebnis als Porcata (ital. für Schweinerei) bezeichnet hatte. 2013 wurde der garantierte Mandatsanteil von 55 Prozent für den Wahlsieger vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt.

Opposition. Zweitens: Derartige Wahlrechte führen zu zentrifugalen Kräften, weil man dann sagt, die Tirolpartei ... wie in England: Die Schottlandpartei hat zwar sonst nirgendwo Anhänger, aber in Vorarlberg würde die Vorarlbergpartei wahrscheinlich alle Stimmen machen, und es wären andere Gruppen nicht mehr vertreten. Das wären dann Legitimierungsmängel und Repräsentationsmängel. Also ich halte das englische Wahlsystem für nicht gut.

Womit ich mich befreunden könnte, wäre das französische Wahlsystem, wo es zwei Wahlgänge gibt. Im ersten Wahlgang erhält derjenige Kandidat, der 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält, das sind auch Einerwahlkreise, das Mandat. Dann gibt es einen zweiten Wahlgang, und da tritt der stärkste gegen den zweitstärksten an. In der Praxis führt das zu vorgezogenen Koalitionsverhandlungen, und es machen sich dann die Parteien aus, in dem Wahlkreis ziehe ich meinen Kandidaten, der der zweitplatzierte ist, zurück, und ich empfehle meinen Leuten, den ersten zu wählen, wenn du das in einem anderen Wahlkreis machst.

Und dann wird das ausverhandelt, in der Regel ist also Rechts gegen Links ein Muster, und der Wähler hat dann die Möglichkeit, sich im zweiten Wahlgang für eine bestimmte Koalition zu entscheiden. Allerdings sind diese Absprachen, wer sich also der Wahl stellt und wer zugunsten eines anderen verzichtet, natürlich auch politische Absprachen, die wenig transparent sind und von vielen nicht verstanden werden. Da gibt es also auch Probleme.

Meines Erachtens wäre für Österreich ein Wahlrecht heilsam, das an die 120 Einerwahlkreise vorsieht und dann einen Proporzausgleich über eine bundeseinheitliche Liste, sodass also Parteien, die 30 Prozent der Stimmen haben und im Einerwahlkreis nur 15 Prozent der Kandidaten erreicht haben, die anderen 15 Prozent über die Bundesliste bekommen, sodass letzten Endes der Proporz hergestellt ist, aber auch der direkte Bezug: Der stärkste Kandidat im Wahlkreis erhält das Mandat. Der Nachteil dieses Wahlrechts ist, dass man nicht weiß, wie viele Mandatare man dann haben wird, denn um den Proporz herzustellen, muss man so viele Mandate schaffen, wie notwendig ist, um diese Prozentsätze abbilden zu können. Das wäre meiner Meinung

nach aber von der Gerechtigkeit her und von den österreichischen Traditionen her ein machbares Modell.

Interviewer: Dieses Modell ist ja in der Vorbereitung der Nationalrats-Wahlordnung 1992 auch diskutiert worden. Ich glaube, es war damals von 100 Einerwahlkreisen plus Proportionalausgleich die Rede ...

Dr. Andreas Khol: Das haben Josef Cap⁵⁴ und ich diskutiert.

Interviewer: Woran ist es damals gescheitert?

Dr. Andreas Khol: An der Zustimmung der Sozialdemokraten. Das mindert natürlich den Parteieneinfluss. Sie haben ja an den Antworten, die ich gegeben habe, gesehen, dass ich immer wieder betone, dass wir zwar viele verfassungsmäßige Kautelen⁵⁵ haben, wie die Gewaltenteilung, dass aber die Herrschaft der Parteien so stark ist, dass die eine große Gewaltenverbindung haben, und man wird die Parteien nicht zu Abstinenzlern machen. Also die Parteien stimmen ihrer Selbstentmachtung nicht zu.

Interviewer: Das führt eigentlich geradewegs zum nächsten großen Fragenkomplex. Das Einerwahlkreismodell hätte natürlich – es ist auch im Jahr 1992 unter dem Namen „Personalisierung des Wahlrechts“ diskutiert worden – eine stärkere Legitimation der einzelnen in diesen Einerwahlkreisen gewählten Abgeordneten zur Folge. Wie würden Sie die Rolle der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften, insbe-

54 | Josef Cap (*1952), Politikwissenschaftler, erregte als Vorsitzender der Sozialistischen Jugend auf dem SPÖ-Bundesparteitag 1982 großes Aufsehen, als er dem burgenländischen Landeshauptmann Theodor Kery drei kritische Fragen stellte, und wurde 1983 nach einem erfolgreichen Vorzugsstimmenwahlkampf in den Nationalrat gewählt, dem er bis 2017 angehörte. Von 1988 bis 1993 war er Zentralsekretär der SPÖ, von 1993 bis 1995 ihr Bundesgeschäftsführer. Von 2001 bis 2007 fungierte er als geschäftsführender Klubvorsitzender, von 2007 bis 2013 als Klubvorsitzender und von 2013 bis 2017 als Klubvorsitzender-Stellvertreter der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion.

55 | Der Begriff Kautel (Plural Kautelen) geht auf das lateinische Wort Cautela (Vorsicht, Vorsorge) zurück und steht für Sicherheitsvorkehrungen, in der Rechtssprache speziell für vertragliche Schutzklauseln.

sondere natürlich der Mitglieder des Nationalrates, im politischen System Österreichs beschreiben?

Dr. Andreas Khol: Die Rolle des Mitglieds des Nationalrates bzw. des Mitglieds des Bundesrates ist im Bereich der Gesetzgebung und der Mitgestaltung großer staatlicher Entscheidungen begrenzt, wie ich schon ausgeführt habe. Allerdings liegt die Funktion dieser Abgeordneten, sage ich jetzt einmal pauschal, ja nicht nur im Gesetzmachen und im Legitimieren von Regierungen, sondern die Abgeordneten haben eine ganz wichtige Mittlerfunktion bezüglich der Vorstellungen der Bevölkerung zu den einzelnen Fragen, sie haben eine wichtige Rolle, Grundsatzpositionen der Parteien in der Bevölkerung zu diskutieren, sie haben wichtige Funktionen in der regionalen Willensbildung und in der lokalen Willensbildung. Wenn in einer Ortsparteileitung der Nationalrat drinnen sitzt oder Bundesrat und eine Funktion hat – kein Mandat, aber eine Funktion –, so hat das eine gewisse Bedeutung, und es ist nicht von ungefähr, dass bis zu 30 Bürgermeister im Nationalrat oder Bundesrat sitzen. Die haben natürlich schon eine große Bedeutung und Funktion in ihren lokalen Kommunen. Sie sind auch der Mittler von Bürgerwünschen zur Verwaltung. Und in Bezug auf Informationsaufgaben, Interventionsaufgaben, Willensbildung, da haben diese Abgeordneten schon in der Stufe unter den Ministern, da haben diese Landesregierungsmitglieder, da haben diese Landtagsabgeordneten, Nationalratsabgeordneten, Mitglieder des Bundesrates doch eine gewichtige und bedeutsame Funktion. Also das sind auch sehr interessante Tätigkeiten, man ist ständig mit den Menschen, und man kann viel für die Leute tun. Und es ist auch interessanterweise so, dass das Image der Politiker gesamthaft gesehen relativ schlecht ist, aber den Abgeordneten, den man kennt, den schätzt man. Das ist meine Erfahrung.

Interviewer: Die vergleichende Politikwissenschaft hat verschiedene Modelle entwickelt, um die Rollenbilder und Rollenverständnisse der Mitglieder gesetzgebender Körperschaften im internationalen Vergleich zu strukturieren. Ein relativ einfaches, nur zwei Dimensionen umfassendes Modell unterscheidet zwischen Focus und Style. Style würde unterscheiden zwischen der Funktion des Abgeordneten als Treuhänder oder als ... also die englischen Bezeichnungen sind Trustee und Delegate. Es geht im

Wesentlichen darum, ist der Abgeordnete frei in der Vertretung von Positionen, oder empfängt er einen Auftrag, den er als solchen weitergibt? Das ist die Style-Dimension, und die Focus-Dimension blickt dann auf die Vertretung regionaler oder gesamtstaatlicher Interessen. Wenn man ein solches Vergleichskriterium heranzöge, wo würden Sie Österreich da einordnen?

Dr. Andreas Khol: Ein bisschen von allem. Der Abgeordnete ist ein bisschen von allem. Es gibt bei uns kein imperatives Mandat, das heißt, der Mandatar ist an keine Aufträge gebunden. Es ist auch ein Unterschied, ob ich einen Auftrag bekomme von der politischen Struktur, die mich trägt, dem Netzwerk, der Teilorganisation, der Gewerkschaft, der Betriebsgruppe, und einem Auftrag, den man von der Partei erhält. Es ist also jeder Abgeordnete in Österreich auf ein Parteiprogramm hin gewählt, und die Wählerinnen und Wähler wissen, dass das ein Parteiprogramm ist, und können nicht erstaunt sein, wenn der Abgeordnete für sein Parteiprogramm eintritt. Das kann natürlich in Konflikt geraten mit konkreten Wünschen einer Bürgerinitiative oder einer Gemeinde.

Der Abgeordnete allerdings, der österreichische Abgeordnete, ist in dieser Frage mehr an Aufträge der Partei gebunden als an Aufträge der Bürger beziehungsweise der Netzwerke, die ihn stützen oder sie stützen. Das hängt mit dem Nominierungsmechanismus zusammen – Parteilisten –, und das hängt damit zusammen, dass es eine starke Disziplin gibt. Je mehr man Vorzugsstimmen macht – also das wäre auch das Modell, das ich ... die 100 Einerwahlkreise mit starkem Vorzugsstimmensystem –, je mehr Vorzugsstimmen man macht, umso stärker wird der Abgeordnete zum Trustee seines Wahlkreises. Aber interessanterweise, also das extreme Wahlkreismodell in England, wo man ja glauben müsste, der Abgeordnete ist wirklich an die Aufträge seines Wahlkreises, der 50.000 Wähler umfasst, also ein kleiner Wahlkreis, gebunden, führt trotzdem dazu, dass es dennoch dort eine starke Klubdisziplin gibt und eine starke Parteibindung. Also das Vorzugsstimmensystem stärkt schon die Trustee-Funktion. Wie war die Fokusfunktion?



Andreas Khol am Rednerpult; auf der Regierungsbank im Hintergrund (v. li.) Landeshauptmann a. D. Josef Ratzenböck, Landtagsabgeordneter a. D. Franz Karl und Minister a. D. Karl Blecha (2010)

Interviewer: Der Fokus hat den regionalen oder den überregionalen, nationalen Vertretungsanspruch zum Gegenstand.

Dr. Andreas Khol: Ja, also die starke föderale Struktur, die aus den Landeshauptleuten und ihren Stellvertretern zugleich die Parteiohleute von großen Parteien macht, und das Faktum, dass die Landesparteien die Listen machen, führt dazu, dass der Landeshauptmann faktisch der Vorgesetzte der Abgeordneten ist. Es würde sich keiner so bezeichnen, aber wenn der Sausgruber gepfiffen hat, sind die Vorarlberger gesprungen – das ist eine ganz klare Sache! Wenn der Wallnöfer gepfiffen hat, sind die Tiroler gesprungen. Ich kann mich an viele schmerzvolle Stunden als Klubobmann erinnern, als ich erfahren habe, die Steirer machen Revolution, weil sie mit der Gesetzgebung nicht einverstanden sind. Erinnern Sie sich an den Drakenankauf und das Misstrauensvotum⁵⁶, das die steirischen Volksparteiabgeordneten gegen einen Volkspartei-

56 | Gemäß Art. 74 des Bundes-Verfassungsgesetzes kann der Nationalrat der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder durch Entschliebung das Misstrauen aussprechen; in diesem Fall hat der Bundespräsident die Bundesregierung bzw. das betroffene Mitglied der Bundesregierung des Amtes zu entheben. In der parlamentarischen Praxis finden Misstrauensanträge, wie sie die Oppositionsfraktionen als Zeichen der Missbilligung einbringen, in der Regel keine Mehrheit, weil die Bundesregie-

minister initiiert haben⁵⁷? Also da sind dann schon diese regionalen Interessen, nämlich von den Ländern, sehr, sehr stark.

Interviewer: Ist das in der ÖVP stärker ausgeprägt als beispielsweise in der SPÖ, oder haben Sie das überall wahrgenommen?

Dr. Andreas Khol: Das ist in der ÖVP stärker ausgeprägt. Die Wiener haben das nicht. Also das große Schwergewicht der sozialdemokratischen parlamentarischen Abgeordneten ist Wien. Es gibt kein anderes Land, das so stark ist und so überwiegend sozialdemokratisch. Und die Wiener haben es nicht notwendig, auf solche Dinge zurückzugreifen, da ist das politische System so, dass die Wiener SPÖ über die Koalitionsregierung immer wieder verfügen kann, wo immer sie vertreten ist. Also, das ist eher ein Krebsübel bei der Volkspartei.

Interviewer: Sie haben zuvor auf die Wahrnehmung, auf das Image der Politiker im Allgemeinen in der Bevölkerung verwiesen, gleichzeitig aber auch darauf, dass die Wahrnehmung der einzelnen lokalen oder regionalen Interessenvertreter und politischen Vertreter eine andere ist. Wie würden Sie die Einschätzung des Parlaments in der Öffentlichkeit beschreiben? Was war da Ihre Wahrnehmung, hat sich das über die Jahre verändert oder ist das gleich geblieben?

Dr. Andreas Khol: Solange das Parlament von Idealvorstellungen geprägt war und nicht real hinterfragt werden konnte, hat das Parlament genau jene Rolle gehabt, die

rung von den Mehrheitsfraktionen unterstützt wird. Erst einmal ist es tatsächlich zu einem Misstrauensvotum gekommen, nämlich am 27. Mai 2019, als der Nationalrat der Bundesregierung Kurz das Vertrauen entzogen hat.

57 | Die Bundesregierung Sinowatz schloss 1985 einen Vertrag über den Ankauf von 24 gebrauchten schwedischen Abfangjägern von Typ Saab J-35 Draken, die nach Generalüberholung und Modifikation zwischen 1987 und 1989 übergeben wurden. Der steiermärkische Landeshauptmann Josef Krainer sprach sich gegen die alleinige Stationierung der Draken in Graz und Zeltweg aus, worauf die steiermärkischen Abgeordneten der ÖVP im Nationalrat am 30. September 1987 gegen den für die Stationierung verantwortlichen Bundesminister für Landesverteidigung Robert Lichal einen Misstrauensantrag einbrachten.

das Bauwerk signalisiert: schneeweiß, goldener Schnitt, prachtvolle Architektur, in sich ruhend, bedeutsam – man ist stolz darauf. Je mehr man das Parlament kennt, desto mehr gilt der Satz: Wenn man weiß, wie man die Würste macht, dann schmecken sie einem nicht mehr. Also je mehr man sieht, wie es da drinnen zugeht, und wie unbeeinflussbar von all den Kritiken die Fraktionen sich *sub specie*⁵⁸ des Fernsehers verhalten, umso geringer ist das Ansehen der Politiker. Und das Ansehen der Politiker ist rasant heruntergegangen, das kann man am Vertrauensindex, der ja jetzt schon über Jahrzehnte publiziert wird, genau sehen. Das Ansehen des Politikers ist stark heruntergegangen. Es ist heute kaum mehr möglich, begabte junge Leute guten Gewissens zu motivieren, ein Mandat anzustreben, weil es keine Sicherheit gibt, eine rücksichtslose Konkurrenz, ein instabiles Parteiensystem, ein geringes öffentliches Ansehen, keine soziale Sicherheit. Man muss das einfach entwickeln.

Als ich ins Parlament eingetreten bin, 1983, hat es einen geregelten Bezug gegeben, eine sehr attraktive Pension, ein stabiles Parteiensystem, dass man, wenn man keine silbernen Löffel gestohlen hat, mit seiner Wiederwahl rechnen konnte, und ein halbwegs geregeltes Aufstiegskriterium, also zu Ausschussvorsitzenden und eventuell in Regierungspositionen. Das hat sich in den Jahren von 1983 bis 2003, also in diesen 20 Jahren, markant geändert. Die Pension wurde abgeschafft, die Funktionskosten des Abgeordneten streng geregelt, streng überprüft, die Wiederwahl ist in keiner Weise gesichert. Elemente der Vorwahlen und der Vorzugsstimmen verstärken noch diese Unsicherheit und das der ständigen öffentlichen Kontrolle Ausgesetztsein und die ständige Vernaderung, denn wir haben Parteien, die systematisch vernadern. Das macht den Beruf völlig unattraktiv.

Wozu soll ich mir das antun? Kein freies Wochenende, mein Familienleben voll unter dem Scheinwerfer. Wenn ich die Zeitungen aufschlage, muss ich immer befürchten, irgendeiner hat mich gesehen beim Nasenbohren. Oder ... ja, das sind die Dinge, und es ist immer schwieriger, gute Abgeordnete zu finden.

58 | Die lateinische Phrase „*sub specie*“ kann mit „unter dem Gesichtspunkt“ oder „in Anbetracht“ übersetzt werden.

Interviewer: Das österreichische Parlament ist immer schon von einer Sozialstruktur seiner Mitglieder geprägt gewesen, die öffentlich Bediensteten und Mitarbeitern von Sozialversicherungsträgern, also aus gesicherten und politiknahen Umgebungen kommenden Personen, ein überproportionales Gewicht eingeräumt hat. Sehen Sie das widergespiegelt in der Einschätzung der Bevölkerung? Würden Sie erwarten, dass ein der Sozialstruktur der Bevölkerung eher entsprechendes Parlament im öffentlichen Erscheinungsbild besser gestellt wäre?

Dr. Andreas Khol: Also ich glaube, dass das Erscheinungsbild nicht besser wäre, wenn es ein genaueres Abbild der Bevölkerung wäre. Nur, das Parlament ist schon lange kein Beamtenparlament mehr. Seitdem die Regelung eingeführt wurde, dass der Beamte so viel arbeiten muss, wie er an Prozent seines Gehaltes weiter bekommt, und das mit der Stechuhr kontrolliert wird und es einen eigenen Ausschuss gibt im Parlament, der das genau überwacht, ist die Bonanza, ich bin Sektionschef und Abgeordneter, ich bin Ministerialrat und Abgeordneter und verdiene damit gleich viel wie ein Minister und habe noch die soziale Sicherheit ... das war einmal der Fall, und das galt auch für die fast staatlichen Stellen, also Kammern, Versicherungen et cetera. Damals gab es ein solches Parlament, und das gibt es nicht mehr.

Man muss zur Ehre der Beamten sagen, die waren in der Regel sehr sachkundig. Also eine Abgeordnete Partik-Pablé⁵⁹ von den Freiheitlichen, die Richterin war und den Beruf auch ausübte und zugleich im Parlament war, das hat zwar den Aposteln der Gewaltenteilung irgendwie widersprochen, aber sie hat einen guten Job gemacht. Sie hat als Richterin einen guten Job gemacht und einen guten Job im Parlament gemacht. Das ist heute nicht mehr möglich. Und es ist auch nicht mehr attraktiv.

Daher haben wir jetzt auch faktisch ... wir haben an Freiberuflern immer wenige gehabt ... Von den großen Parteien haben die Freiheitlichen viele Freiberufler, die anderen Fraktionen nicht mehr. Wo sind die Universitätsprofessoren? – nicht mehr.

59 | Helene Partik-Pablé (*1939) wurde nach einem berufsbegleitenden rechtswissenschaftlichen Studium Richterin und als Untersuchungsrichterin im Wiener AKH-Skandal österreichweit bekannt. Von 1983 bis 2006 gehörte sie für die FPÖ dem Nationalrat an; 2006 wechselte sie zu der von Jörg Haider neu gegründeten politischen Partei BZÖ.

Wo sind die Diplomaten? – Nicht mehr. Und wir haben sehr viele Parteiangestellte, wo es diese Unvereinbarkeiten nicht gibt und wo es faktisch zum Amt gehört, dass man da drinnen sitzt, und wo es auch wichtig ist, dass man die Immunität des Parlaments hat. Das ist ja ein Benefit, ein nicht in Geld ausgedrücktes Privileg, das für viele sehr, sehr wichtig ist, weil sie die Freiheit des Wortes überall haben. Hier ist also der Immunitätsausschuss inzwischen auch kritischer geworden.

Also ich glaube, dass das Parlament kein Abbild der Gesellschaft ist, und es würde sich aber die Reputation nicht ändern, wenn es das wäre. Wir haben eine Übervertretung von Bauern, beispielsweise, wir haben eine Übervertretung von Kammerleuten – das sind nicht die schlechtesten Abgeordneten.

Interviewer: Sie haben auf die Entwicklung des Vertrauensindex hingewiesen, der über die Jahre und Jahrzehnte hin eine Abnahme des Vertrauens nachweist, welches die Bevölkerung Politikern entgegenbringt. Sehen Sie darin die Gefahr einer Delegitimierung des politischen Systems, und was kann dagegen getan werden? Was kann und soll speziell das Parlament dagegen tun?

Dr. Andreas Khol: Also ich glaube, dass diese Delegitimierung in der Tat schon lange eingetreten ist. Dass man also den Politikern alles Mögliche zusinnt und dass man ehrenhafte Handlungsweisen eigentlich nicht erwartet. Dass man ihnen zusinnt, dass sie alle ein Dienstauto haben, dass sie alle Privilegien haben, dass sie alle üppige Saläre und üppige Pensionen haben. Das ist so eine Art pauschales Vorurteil gegen Politiker, und gegen Vorurteile kann man sehr, sehr wenig machen.

Das Erstaunen eines Tiroler Bauern, als ich aus meinem Privatauto, einem Skoda Octavia – weil ich viele Kinder habe, habe ich einen Kombi-Skoda – auf einem Alpenvereinsparkplatz ausgestiegen bin und mit den Kindern eine Bergtour gemacht habe ... und der sagt: „Bischt du der Khol?“ Sage ich: „Ja, der bin ich.“ „Desch gibt's net...“ „Sag, wieso gibt's des net?“ „Ja mit so an Auto! Du fahrscht an Schkoda, das billigste aller Autos, ja bischt du deppert!“ So, also ich entsprach nicht dem Bild, das man sich von einem, damals war ich Klubobmann, gemacht hat. Der kommt mit einem Mercedes, und der

geht auch nicht auf den Berg, sondern der geht Golf spielen. Damit ist, glaube ich, alles gesagt.

Interviewer: Ich maße mir an, eine kurze Anekdote einzuwerfen. Ich habe einmal einen Parlamentarier aus Niger durch unser Parlament geführt. Der war sehr enttäuscht, als er gehört hat, dass bei uns nicht alle Abgeordneten so wie in seinem Land, ein Dienstauto haben.

Dr. Andreas Khol: Ja, das glaube ich sofort. Das nimmt man bei uns an, und es ist so, dass die Abgeordneten von den Bürgern sehr oft als Teil der politischen Klasse gesehen werden – die Landtagsabgeordneten weniger, aber die Nationalratsabgeordneten schon eher.

Interviewer: Ihrer Erfahrung nach, gibt es eine politische Klasse in Österreich, oder gibt es ein hohes Maß an Durchlässigkeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik in soziologischer Perspektive?

Dr. Andreas Khol: Es gibt ein ganz klares Karrieremuster. Die Leute fangen in der Regel in bürgergesellschaftlichen Organisationen an. Und diese bürgergesellschaftlichen Organisationen – Sie sagen zivilgesellschaftliche – führen direkt in den Gemeinderat und führen direkt in die anderen Räte. Wir haben hier das System der „Personalräte“, könnte man es übergeordnet sagen, also Betriebsrat, Personalvertretung, Kammerfunktionäre. Da ist eine Durchlässigkeit gegeben. Und aus diesen Ratsfunktionen, also aus diesen bürgergesellschaftlichen Organisationen, Gemeinderat, Kammerrat, Landtagsabgeordneter, Nationalrat, entstehen sehr durchlässige Karrieremuster. Und ich sehe das immer wieder, dass wir Leute über die Österreichische Hochschülerschaft oder über die Betriebsräte oder die Personalvertretungen in die Funktionen bekommen.

Also ich halte das System für von unten nach oben absolut durchlässig, und wenn zum Beispiel ein 22-Jähriger zielbewusst sagt, ich würde mich gerne in der Politik engagieren, dann gibt es so viele Möglichkeiten, sehr schnell die Leiter emporzusteigen.



Enquete der Bundesjugendvertretung, (2012, 3. v. li.) Andreas Khol
in seiner Funktion als Präsident des Seniorenrates



Andreas Khol bei der parlamentarischen Enquete zum Thema ältere Menschen,
im Hintergrund li. Bundesratspräsident Reinhard Todt (2013)

Interviewer: Jenseits dieser vertikalen Durchlässigkeit gibt es, gerade auch in den letzten 20, 25 Jahren, das Phänomen der „Quereinsteiger“: in der ÖVP Prof. Brunner zum Beispiel, in der SPÖ Josef Broukal. Was war Ihre Erfahrung mit diesem Modell? War das eine Bereicherung für das Parlament, oder waren das eher Fremdkörper?

Dr. Andreas Khol: Die meisten Politiker haben als Quereinsteiger angefangen. Manche haben die Ochsentour gemacht, also durch die Institutionen, aber ... ich war ein Quereinsteiger, als ich vom Wallnöfer gefragt wurde, ob ich da das Mandat übernehmen würde, ich war Universitätsprofessor. Der Prof. Ermacora, der Ludwig Steiner, der Rupert Gmoser, es waren alles Quereinsteiger. Der Quereinsteiger ist eine Gesetzgebungsperiode Quereinsteiger, und wenn er verlängert wird, ist er ein Abgeordneter wie jeder andere, und das sind meistens sehr gute Leute, meistens sehr gute Leute – der Gerhart Bruckmann⁶⁰ ist auch ein typischer Quereinsteiger gewesen. Und wenn sie die Regeln des Spieles lernen, und das ist für Quereinsteiger oft sehr schwierig, weil das sind in der Regel ... man nimmt sie, weil sie bereits in der Öffentlichkeit bekannt sind, weil sie besondere Fertigkeiten haben. Kommen sie dann in einen Parlamentsklub, gibt es dort eine Hierarchie, die durch Seniorität bestimmt ist, und für jeden, der in einen Parlamentsklub kommt, gilt die Regel: Zuerst hinten anstellen und für die anderen die Wurstsemmeln holen.

Man wird nicht als Ausschussvorsitzender geboren. Und ich kann mich erinnern, wie es für den Stephan Koren⁶¹ schwierig war, als er nach dem Ministeramt hinüberging

60 | Gerhart Bruckmann (1932–2024) war von 1968 bis 1992 Professor für Statistik an der Universität Wien, gleichzeitig von 1968 bis 1973 auch Direktor des Instituts für Höhere Studien in Wien und von 1972 an wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Als Mitglied des Club of Rome erlangte er auch international hohes Ansehen. Der österreichischen Öffentlichkeit wurde er durch seine Wahlhochrechnungen bekannt, die er im ORF selbst präsentierte. Von 1986 bis 1994 und von 1999 bis 2002 übte er für die ÖVP ein Mandat im Nationalrat aus und fungierte dort zuletzt als ihr Seniorensprecher.

61 | Stephan Koren (1919–1988), Wirtschaftswissenschaftler und Universitätsprofessor für Nationalökonomie, wurde von Bundeskanzler Josef Klaus 1967 als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt berufen und bekleidete von 1968 bis 1970 das Amt des Bundesministers für Finanzen. Von 1970 bis 1978 war er Abgeordneter zum Nationalrat und Obmann des Parlamentsklubs der ÖVP. Von 1978 bis zu seinem Tod im Jahr 1988 wirkte er als Präsident der Oesterreichischen Nationalbank.

und sich dann im Ausschuss bewegen musste. Er hat dann schon seine Karriere gemacht, aber das ist ... ja, da gehört eine gewisse Charakterstärke dazu. Aber an sich sind Quereinsteiger in allen Bereichen sehr willkommen und in der Regel eine Bereicherung.

Interviewer: Welche Fertigkeiten muss nach Ihrer Erfahrung ein Abgeordneter mitbringen?

Dr. Andreas Khol: Ein Abgeordneter muss kognitive Kompetenz und affektive Kompetenz haben. Ich fange mit der affektiven Kompetenz an. Ein Abgeordneter, der prinzipiell die Leute nicht mag, sondern das Angesprochenwerden und das Kommunizieren als Arbeit betrachtet und nicht als etwas, was er gern hat, der sich zu einem Heurigen setzt und nicht gern hat, wenn sich jemand zu ihm dazusetzt, der ist von vornherein nicht sehr kompetent. Also „LeutIn wählts mi, i mog euch a net“, ist wirklich kein geeignetes Erfolgsrezept.

Man muss eine gewisse Offenheit und auch einen gewissen Eros haben, dass man etwas tun will, etwas für andere tun will. Und man muss die Fähigkeit haben, zu kommunizieren, und zwar aktiv und passiv. Das heißt also, Information aufzunehmen, zuzuhören, den Leuten das Gefühl zu geben, dass man sie ernst nimmt, und sie auch ernst nehmen, und dann auch diese Information zu verarbeiten und weiterzugeben. Das ist auch eine affektive Kompetenz.

Und die dritte affektive Kompetenz ist das Arbeiten in Gruppen zu lernen. Daher sind alle Arten von bürgergesellschaftlichen Organisationen eine wichtige Vorschule für einen Politiker, weil man dort lernt: Erstens, die Mehrheit entscheidet, zweitens, die Mehrheit kann man bilden. Da gibt es Wege, wie man das Ganze macht. Und wenn man überstimmt ist, ist man an die Entscheidung trotzdem gebunden. Das sind so gewisse Grundmuster, die man für die Politik braucht und die man möglichst früh einübt.

Daneben kommen natürlich Techniken, also das Reden-können, und ein Parlamentarier ist nun einmal ein Mundwerksbursche, das heißt, er muss reden können, er

muss oder sie muss dem Auditorium entsprechend reden können und jede Form der Kommunikation beherrschen. Das muss geübt sein, das kann man lernen.

Ich muss sagen, dass beispielsweise die Redekultur und die Fähigkeit der Abgeordneten, im Nationalrat zu reden, viel, viel besser geworden ist. Als ich angefangen habe, sind die Leute mit Zetteln hinausgegangen, heutzutage geht fast niemand mehr mit Zetteln hinaus, und wenn doch mit Zettel, dann nur als Stütze. Die meisten reden frei, es wird nicht mehr abgelesen. Im 83er-Jahr war das Ablesen üblich. Auch die Redezeitbeschränkung⁶² hat da eine heilsame Wirkung gehabt. Ein jeder ist bald draufgekommen, drei Minuten sind schnell vorbei, und von der Botschaft, die ich absetzen muss, muss ich den ersten Satz genau wissen, den letzten, und was ist der eine Gedanke, den ich unterbringen will, ja? Und jede Begrüßungsformel und Bezugnahme auf den Vorredner ist eine Minute, die weg ist und die vergeudet ist. Das ist also die Verhaltenstechnik, die muss man haben.

Man muss heutzutage als Abgeordneter auch die Schrift ... also man muss auch präzise formulieren können, schreiben können, mitteilen können, das Internet beherrschen, diese ganzen Kommunikationsmethoden.

Und dann die kognitive Kompetenz: Man muss natürlich schon das ganze System kennen, und es ist sehr hilfreich, auf einem Sachgebiet wirklich Fachmann zu sein. Also, wenn man die Materien, die im Nationalrat anstehen, kennt, weiß man, dass der Klubobmann immer Leute sucht, die wirklich in der Lage sind, in einem Gesetzgebungsprozess Dinge zu finden, zu vertreten, durchzubringen. Und auch die Verhandlungstechnik kann man lernen. Also, das ist schon ein anspruchsvolles Bild.

62 | Bis zur GOG-Novelle 1996 waren die Möglichkeiten, die Redezeit der Abgeordneten in den Debatten des Nationalrates zu begrenzen, sehr beschränkt: Gemäß § 57 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 konnte die Redezeit jedes Abgeordneten auf nicht weniger als 20 Minuten je Debatte begrenzt werden, und auch solche Beschlüsse wurden nur selten gefasst. Erst als ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre die durchschnittliche Dauer der Sitzungen des Nationalrates immer mehr zunahm und viele Sitzungen über Mitternacht hinaus andauerten, wurde die Forderung nach Redezeitbegrenzungen immer häufiger erhoben. Die GOG-Novelle 1996 führte ein umfassendes System der Redezeitbegrenzungen ein, das auf einer Verbindung von individueller Begrenzung der Redezeit mit kontingentierter Zuteilung von Redezeiten an die parlamentarischen Klubs beruhte.

Was dazukommt, natürlich, ist die persönliche Organisation – das Organisieren des Briefverkehrs, das Organisieren des Mailverkehrs, das Organisieren der Informationsaufnahme. Der Abgeordnete wird ja mit Informationen überflutet. Da haben sie jetzt die parlamentarischen Mitarbeiter, das ist sehr gut, dass man das kanalisieren kann. Allerdings sind die Ansprüche wesentlich größer geworden. Früher hat man einen Brief bekommen und hat drei Wochen Zeit gehabt, ihn zu beantworten, bevor man gerügt wurde. Heute kriegt man ein Mail, und wenn man es nicht am nächsten Tag beantwortet hat, kommt schon das zweite Mail: „Sie Trottel, ich habe immer gewusst, die Politiker tun alle nichts, ich habe Ihnen ein Mail geschrieben, Sie haben nicht gehört oder nicht gemacht, Sie können mich am Arsch lecken.“ – Solche Sachen habe ich gesehen und die bekommt man, ja. Der Internetbenutzer hat auch eine rohe Sprache. Aber wenn man antwortet, kommen liebevolle Briefe zurück, liebevolle Mails zurück. Also, das zu organisieren und auch erreichbar zu sein, Termine wahrzunehmen ... der Abgeordnete hat heute den Laptop, der Abgeordnete hat heute die parlamentarischen Mitarbeiter, der Abgeordnete hat eine Klubstruktur, und das zu beherrschen ist notwendig, und man muss auch am Wochenende in den Laptop schauen.

Interviewer: Sie haben über die parlamentarische Redekultur und ihre Entwicklung gesprochen und so in einem Nebensatz gesagt, das Eingehen auf den Vorredner sei unter Umständen schon verlorene Zeit. Inwieweit ist die parlamentarische Redekultur Debattenkultur, Diskussionskultur, interaktiv, oder inwieweit besteht sie in der Präsentation von Positionen, die vorbereitet worden sind?

Dr. Andreas Khol: Also, wenn ich sagte, das Eingehen auf den Vorredner, dann meinte ich das Apostrophieren, mein Vorredner hat dieses und jenes gesagt. Ich meinte, dass er das weglässt und sagt, zum Argument entgegne ich das und das. Das sind die seltenen Höhepunkte parlamentarischer Debatten, dass es so passiert. In der Regel reden die Redner bezugslos, weil sie nicht wissen, was der Vorredner gesagt hat, und sie sind sehr oft nicht in der Lage, zu improvisieren und mit der Redezeit auszukommen. Das ist sehr, sehr schwierig. Aber bei Dringlichen Anfragen gibt es eine solche interaktive Auseinandersetzung mit den Argumenten des Ministers beziehungsweise des Vorredners. Daher kommen bei den Dringlichen auch immer die besten Redner der Klubs zum Zug.

Sonst gilt sehr oft der Grundsatz, es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jeder und noch nicht von jedem. Ich habe das ohnehin das letzte Mal schon gesagt, dass am Präsidium die größte Gefahr des Einschlafens besteht, weil man immer wieder die gleichen Sachen hört. Und wenn der zehnte Redner eines Klubs sagt, die Österreichische Volkspartei wird diesem Gesetz gerne zustimmen – das haben schon neun vorher gesagt, also das ist keine Überraschung mehr. Und abgedruckt wird es sowieso nicht, und die Protokolle liest auch kein Mensch.

Schön wäre es, so wie im englischen Unterhaus: zack, zack, zack. Das ist aber auch dort eine Sternstunde in der Question Time, bei uns ist das eher bei den Dringlichen der Fall. Aber solche Dispute gibt es, und es gibt viel mehr gute Redner, als es sie je gegeben hat.

Interviewer: Wenn Sie Ihre parlamentarische Erfahrung Revue passieren lassen, wer waren denn die besten, die eindrucksvollsten Redner, an die Sie sich erinnern können?

Dr. Andreas Khol: Ach, das ist sehr schwierig. Ein sehr guter Redner war der Günter Stummvoll⁶³. Der beste Redner von der Regierungsbank aus, der nie ins Manuskript geschaut hat, war der Wolfgang Schüssel, der hervorragend formuliert hat, druckreif formuliert hat. Peter Schieder⁶⁴ hat hervorragend geredet, gestochen geredet. Schwierig, ich müsste die Namen anschauen.

63 | Günter Stummvoll (*1943) war von 1966 bis 1991 für die Vereinigung Österreichischer Industrieller, zuletzt als Leiter der Abteilung Sozialpolitik, tätig und von 1992 bis 2000 Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich. Als Mandatar der ÖVP gehörte er von 1980 bis 1983 dem Bundesrat und von 1983 bis 1990 sowie von 1991 bis 2013 dem Nationalrat an; von 2000 bis 2008 war er Klubobmann-Stellvertreter des ÖVP-Parlamentsklubs. Von 1988 bis 1991 fungierte er als Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen.

64 | Peter Schieder (1941–2013), beruflich als Journalist tätig, war Vorsitzender der Sozialistischen Jugend, als er 1970 erstmals in den Nationalrat berufen wurde. Dieses Mandat legte er 1973 zurück, um die Funktion des amtsführenden Stadtrates für Umwelt in Wien zu übernehmen, die er bis 1984 ausübte. Von 1984 bis 1988 war er Zentralsekretär der SPÖ und bis 2006 Abgeordneter zum Nationalrat, wo er von 1994 an als außenpolitischer Sprecher der SPÖ fungierte. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war er von 1995 bis 2002 als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion tätig, und von 2002 bis 2005 war er Präsident der Versammlung.



Interviewer: Sie haben die Fachkompetenz der Abgeordneten erwähnt und darauf hingewiesen, dass diese Fachkompetenz sie natürlich wichtig macht für den Klubobmann in der Zuordnung von Agenden. Welche infrastrukturelle Unterstützung haben die Abgeordneten in der Entwicklung und in der Vertiefung ihrer Fachkompetenz, und wie hat sich diese Unterstützung verändert in der langen Zeit Ihrer parlamentarischen Tätigkeit?

Dr. Andreas Khol: Noch zur vorigen Frage. Ein erstklassiger Redner war der Peter Westenthaler⁶⁵. Der war immer gut vorbereitet in seiner frühen Zeit, gut vorbereitet. Sein Klub hat immer hervorragende Quellenarbeit in den Archiven geleistet, und er hat immer frei geredet auch und war sehr witzig und spritzig. Also, dann habe ich

65 | Peter Westenthaler (*1967) war für die FPÖ von 1991 bis 2000 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates und von 1999 bis 2002 Abgeordneter zum Nationalrat, von 2000 an auch Klubobmann der FPÖ. Nach der Knittelfelder Delegiertenversammlung 2002 legte er seine politischen Funktionen zurück, engagierte sich aber ab 2005 für das von Jörg Haider neu gegründete Bündnis Zukunft Österreich und war von 2006 bis 2008 dessen Bündnisobmann. Von 2006 bis 2013 gehörte er für das BZÖ dem Nationalrat an, von 2006 bis 2008 als Klubobmann, danach als Klubobmannstellvertreter.

eigentlich alle Fraktionen durch. Bei den Grünen ... der Van der Bellen⁶⁶ war schon ein lustiger Redner, der hat mir schon gut gefallen.

Ja, die Abgeordneten in Österreich haben spartanisch angefangen, sind jetzt etwas besser ausgerüstet, aber im Vergleich zu einem deutschen Abgeordneten sind sie unterprivilegiert, im Vergleich zu einem englischen Abgeordneten sind sie überprivilegiert. Also, der deutsche Abgeordnete hat im Wahlkreis ein Büro und in Berlin ein Büro und hat wissenschaftliche Mitarbeiter, die amerikanischen Senatoren und Congressmen haben ganze Stäbe. Dort sind die Parlamente auch wesentlich bedeutsamer.

Bei uns muss man sagen, was die Bewegung innerhalb Österreichs betrifft – Fuhrpark –, ist das österreichische Parlament unterentwickelt. Eine Fahrbereitschaft, so wie es sie in Bonn gibt, dass man für eine Fahrt ein Auto anfordern kann und gefahren wird, das gibt es bei uns nicht. Bei den Bahnverbindungen sind die Bewohner der Westachse privilegiert. Also alles, was mit einem Railjetnetz erreichbar ist, ist hervorragend bedient, bei allem, was in Nebentälern ist, ist es schon eher sehr schwierig. Was die Auftragsvergabe an Dritte angeht, Forschung, Vorarbeiten, Zuarbeiten: Nichts! Da gibt es keine Mittel dafür, da ist auch nichts vorgesehen. Und es sind auch die persönlichen Spesen streng verrechnungspflichtig, werden wirklich minutiös überprüft und sind spartanisch, das ist keine Frage. Es ist auch in den langen Jahren, seitdem wir diese Regelung haben, seit '97, kein Missbrauch bekannt, also Spesenmissbrauch gibt's nicht.

Das Europäische Parlament zum Beispiel ist großzügigst ausgestattet, und die Abgeordneten verdienen an den Reisekosten gewaltig. Wenn sie das so wollen, fahren sie mit einem Mercedes und kriegen eine Businessclass vergütet. Sie fahren mit einem Mercedes Diesel, der 10 Jahre alt ist, nach Brüssel und retour, und sie kriegen für jede Fahrt ein Businessclassticket vergütet, das sie ja nicht vorlegen müssen.

66 | Alexander Van der Bellen (*1944), von 1980 bis 1999 Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, war von 1997 bis 2008 Bundessprecher der Grünen und gehörte von 1994 bis 2012 dem Nationalrat an; von 1999 bis 2008 war er Obmann des Grünen Klubs. Von 2012 bis 2015 gehörte er dem Wiener Landtag und Gemeinderat an. Seit 2017 ist er Bundespräsident der Republik Österreich.

Also solche Sachen gibt es bei uns alle nicht.

Es ist die persönliche Ausstattung mit einem parlamentarischen Mitarbeiter ein großer Schritt gewesen. '98 war es, glaube ich.

Interviewer: '92.

Dr. Khol: ...'92 schon eingeführt worden. Das ist eine große Erleichterung für die Abgeordneten, dass sie Büros bekommen haben. Als ich angefangen habe, '83, hat es kein Büro für einen Abgeordneten gegeben. Das einzige, was er gehabt hat, war ein Postfach, sonst nichts. Das waren die sogenannten Kofferlabgeordneten, die haben alles im Kofferl gehabt. Das ist alles besser geworden und wird jetzt mit dem Ausbau des Parlaments wahrscheinlich noch besser werden. Also wir gehen da einen Mittelweg, es hat sich entwickelt, Missbrauch ist eigentlich nicht bekannt. Das ist ein großer Vorzug.

Überhaupt das, was wir bei der Bezügepyramide⁶⁷ eingeführt haben ... die All-in-Bezüge bewirken auf der einen Seite, dass im internationalen Vergleich bei uns die Abgeordneten hohe Bezüge haben, weil nicht bekannt ist, dass es keine Diäten gibt, dass es bei den Reisekosten eine spartanische Regelung gibt, dass beim Porto und beim Büroaufwand und ... Das kann ein deutscher Abgeordneter alles auf eine Rechnung setzen, das zahlt ein österreichischer Abgeordneter alles aus seinen Bezügen. Das ist also von der Vergleichbarkeit her ein Nachteil, denn alle anderen Parlamente haben keine All-in-Bezüge. Wir haben All-in-Bezüge – transparent, vergleichbar, okay – aber im Binnengefüge heißt es immer: Die Österreicher sind so gut bezahlt. Wenn man dann drauf kommt, wie das wirklich ist, relativiert sich das sehr stark.

67 | Mit dem Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. Nr. 64/1997, wurde für öffentliche Funktionärinnen und Funktionäre in Bund und Ländern ein einheitliches Bezügeschema geschaffen und eine Bezugs-obergrenze eingeführt. Je nach der mit einer Funktion verbundenen Verantwortung sind die Bezüge gestaffelt, weshalb von einer Bezügepyramide gesprochen wird. Als Ausgangsbetrag wird der 1997 mit 100.000 Schilling (7.267,28 Euro) brutto festgelegte Monatsbezug eines Abgeordneten zum Nationalrat herangezogen. Die übrigen Organe, deren Bezüge geregelt werden, erhalten einen bestimmten Prozentsatz dieses Ausgangsbetrages. Heute liegt der Wert des Ausgangsbetrages bei 10.351,39 Euro.

Interviewer: Wenn man die Zuordnung der Infrastruktur vergleichend betrachtet, dann gibt es ja im Wesentlichen drei Säulen: die Zuordnung an die parlamentarischen Fraktionen, an die Abgeordneten und an die Verwaltung. Wo liegt in Ihrer Erfahrung da Österreich im Vergleich? Wo liegt da der Schwerpunkt?

Dr. Andreas Khol: Bei den Klubs, eindeutig. Die Parlamentsverwaltung hat ... also der legislative Dienst ist rudimentär und, wie wir gesehen haben, bei der Ausarbeitung dieses direkten Demokratiepaketes stark kritisiert worden, stark kritisiert worden. So einen richtigen legislativen Dienst, wo der Abgeordnete oder ein Klub der Opposition sagen kann, arbeitet mir eine Vorlage aus, gibt es nicht. Und die Mehrheitsfraktionen haben kein Interesse daran, dass es den gibt, denn die haben traditionellerweise entweder die Kammern oder die Regierung zur Verfügung.

Die Klubs sind relativ gut ausgestattet. Die Klubs haben also doch eine Infrastruktur mit Klubdirektor als Kutscher am Kutschbock des parlamentarischen Zusammenlebens, und sie haben mit den ausgesuchten parlamentarischen Experten für die Sachgebiete sehr gute Facharbeiter, das muss man sagen. Also ich kann das nur aus der Zeit der Regierungsarbeit sagen, ich war vier Jahre schon auch in Opposition, aber die Regierungsarbeit war doch der größte Teil meiner Arbeit.

Man muss sich hier vorstellen, dass an jedem Donnerstag die Ministerratstagesordnung kommt mit unter Umständen 10, 15 Vorlagen, die am nächsten Montag bereits beurteilt werden müssen. Das heißt, am Donnerstag kommt das Ministerratmaterial, der Klubdirektor teilt dieses Ministerratmaterial den Sachbearbeitern im Klub zu, die müssen das durchlesen, durcharbeiten, müssen schnell ein Gutachten erstellen: Das ist in Ordnung, da ist das falsch, da ist das ... Der Klubdirektor muss dann übers Wochenende eine Liste erstellen für den Parteiobmann beziehungsweise den Klubobmann, wie beurteilen wir die Vorlagen, die wir nicht gekannt haben: Zustimmung. Protokollanmerkung. Rückstellung. Was haben wir für Wünsche, et cetera? Und da gibt es dann eine dicke Gesprächsunterlage, und die wird dann in der Ministerratsvorbesprechung jeder Regierungsfraktion mit Klubobmann und Regierungsleuten besprochen. Also da braucht es wirklich schnelles Fachwissen,

das ist eine große Verantwortung, denn sonst geht die Regierung nicht. Daher haben die Klubs oft sehr viele Mitarbeiter.

Interviewer: Die Stärkung der Infrastruktur der einzelnen Abgeordneten ist durch das Parlamentsmitarbeitergesetz 1992 entscheidend vorangetrieben worden. Haben Sie im Laufe der parlamentarischen Tätigkeit, die Sie ausgeübt haben, noch weitere wesentliche Entwicklungsschritte der Verbesserung der individuellen Arbeitsmöglichkeiten wahrgenommen?

Dr. Andreas Khol: Der epochale Schritt war der Laptop. Also ich glaube, das Parlament hat da eine fantastische Lehrfunktion eingenommen. Die Abgeordneten hätten sich nicht von selber die Laptops besorgt, aber dadurch, dass die Parlamentsdirektion die Laptops zur Verfügung gestellt hat, dann sehr schnell alles umgestellt hat und alle Klubs mitgemacht haben ... Wenn wir nicht diese Laptops von der Parlamentsdirektion und die Einschulung durch die Herren Schwarzwald und wie sie alle heißen, die uns angelernt haben, gehabt hätten, wäre es auch nie dazu gekommen, dass wir ein faktisch papierloses Parlament zustande gebracht haben. Das ist alles zurückzuführen auf die Laptops und auf die Lernwilligkeit der Abgeordneten und der Klubs. Das war schon ein gewaltiger Schritt, und jetzt haben sie alle Tablets. Also das ist schon eine sehr gute Sache.

Interviewer: Wenn Sie auf Ihre parlamentarische Tätigkeit zurückblicken, wer waren da für Sie die prägenden Persönlichkeiten?

Dr. Andreas Khol: Die prägenden Persönlichkeiten im Parlament. – Sicher der Felix Ermacora, das war auch mein Lehrer und Habilitationsvater. Wen ich sehr geschätzt und bewundert habe, war der Ludwig Steiner – Diplomat und außenpolitischer Sprecher. Auch die Sachkunde eines Fritz König⁶⁸ und das Engagement eines Fritz König waren beeindruckend. Ja, und natürlich Alois Mock mit seiner Hingabe

68 | Fritz König (1933–2022), als Wirtschaftsjurist in verschiedenen Unternehmen tätig, war von 1960 bis 1972 Bundesobmann der Jungen ÖVP und gehörte – mit Unterbrechungen in den Jahren 1994 bis 1996 – von 1970 bis 1999 dem Nationalrat an; von 1995 bis 1996 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. In den Jahren 1986 bis 1990 war er Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs.

an jedes Detail. Der Alois Mock war natürlich schon ein großartiger Lehrer und Lehrmeister, dem ich als Generalsekretär der EDU von 1978 bis 1991 ... also eigentlich während seiner gesamten Regierungszeit habe ich ein sehr persönliches Verhältnis zu ihm gehabt und eine Sekretariatsstellung, da habe ich sehr profitiert davon.

Interviewer: Wenn Sie auf die anderen parlamentarischen Fraktionen blicken, welche Parlamentarier haben da das Parlament besonders geprägt?

Dr. Andreas Khol: Na ja, ich würde sagen, bei den Sozialdemokraten die legendären Klubobleute, also der Josef Cap war sicher ... Kostelka, Cap, Schieder und Heinz Fischer, das waren schon Leute, die mit Leib und Seele im Parlament tätig waren und das Haus stark geprägt haben.

Der Peter Schieder, der Vater des Abgeordneten Andreas Schieder⁶⁹, hat schon auch mit seiner Rolle im Europarat wichtige Funktionen ausgeübt und auf die Republik und das Parlament sehr gut geschaut.

Bei den Freiheitlichen ein Mephisto erster Ordnung war der Abgeordnete Stadler⁷⁰,

69 | Andreas Schieder (*1969) gehörte für die SPÖ von 1997 bis 2006 dem Wiener Landtag und Gemeinderat und von 2006 bis 2008 sowie von 2013 bis 2019 dem Nationalrat an. 2008 wurde er zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt berufen, von 2008 bis 2013 war er Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen. Von 2013 bis 2017 war er Klubvorsitzender, von 2017 bis 2018 geschäftsführender Klubvorsitzender der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion. Nach dem Scheitern seiner Bewerbung um den Wiener Landesparteivorsitz der SPÖ im Jahr 2018 kandidierte er 2019 für das Europäische Parlament, dem er seither als Leiter der SPÖ-Delegation angehört.

70 | Ewald Stadler (*1961), Jurist, gehörte von 1989 bis 1994 für die FPÖ dem Vorarlberger Landtag und von 1994 bis 1999 dem Nationalrat an, wo er auch als geschäftsführender Klubobmann des FPÖ-Parlamentsklubs fungierte. Von 1999 bis 2001 war der Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung, von 2001 bis 2006 Volksanwalt. 2006 wurde er neuerlich für die FPÖ in den Nationalrat gewählt, trat aber aus der FPÖ aus und kandidierte 2008 für das BZÖ, als dessen Mandatar er bis 2011 dem Nationalrat angehörte, um dann das dem BZÖ durch die Erhöhung der Abgeordnetenanzahl gemäß dem Vertrag von Lissabon zufallende Mandat im Europäischen Parlament anzunehmen. Mitglied des Europäischen Parlaments blieb er bis 2014, auch nachdem er 2013 aus dem BZÖ ausgeschlossen worden war.



(v. li.) Heinz Fischer, Andreas Khol und Bernhard Vogel

hochqualifiziert, aber unglaublich destruktiv. Wer mir dort positiv in Erinnerung geblieben ist, ist sicherlich der Peter Westenthaler, der ja Partner war, als wir beide Klubobleute in der kleinen Koalition waren. Ich muss auch sagen, dass ich an den Parlamentarier Jörg Haider⁷¹ eine gute Erinnerung habe. Es gibt ja viele Haider, aber

71 | Jörg Haider (1950–2008) begann seine politische Karriere in der FPÖ als Vorsitzender des Rings Freiheitlicher Jugend und zog 1979 als jüngster Abgeordneter in den Nationalrat ein, dem er zunächst bis 1983 und in weiterer Folge von 1986 bis 1989 sowie von 1992 bis 1999 angehörte; in den beiden letztgenannten Perioden war er auch Klubobmann der FPÖ. Von 1983 bis 1986 war er Mitglied der Kärntner Landesregierung. Auf dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ löste er 1986 Norbert Steger im Bundesparteivorsitz ab, woraufhin Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ beendete. Die folgenden Nationalratswahlen brachten jeweils Stimmengewinne für die FPÖ, was vor allem auf die „populistische“ Politik Jörg Haiders zurückgeführt wurde. 1989 wechselte er als Landeshauptmann nach Kärnten, verlor dieses Amt jedoch 1991 nach einer umstrittenen Äußerung im Landtag aufgrund eines Misstrauensvotums. 1999 wurde er neuerlich zum Landeshauptmann gewählt und bekleidete dieses Amt bis zu seinem Tod. Nach der Nationalratswahl 1999 verhandelte er mit Wolfgang Schüssel eine Regierungskoalition auf Bundesebene, überließ das Amt der Vizekanzlerin und den Parteivorsitz jedoch Susanne Riess-Passer. Seine von Kärnten aus geübte Kritik an der Bundesregierung führte zu einer außerordentlichen FPÖ-Delegiertenversammlung in Knittelfeld 2002

der im Parlament war eigentlich ein interessanter Politiker. Auch die Abgeordnete Riess-Passer⁷² war eine beeindruckende Person.

Bei den Grünen ist es sicherlich Van der Bellen, auch Klubdirektor Ehrnhöfer, das waren schon sehr einflussreiche und gute Leute. Eine Abgeordnete Stoitsits⁷³ mit ihrem Engagement, auch ein Voggenhuber⁷⁴, auch die Puntscher-Riekmann⁷⁵ war ja kurz im Nationalrat, das waren schon interessante Personen. Ich glaube, ich habe sie alle.

und zum Rücktritt Riess-Passers. Nachdem bei der vorzeitigen Nationalratswahl 2002 die FPÖ starke Stimmenverluste erlitten hatte, wurde die Koalition mit der ÖVP zwar erneuert, 2005 gründete Haider aber eine neue Partei unter der Bezeichnung Bündnis Zukunft Österreich, welche die Regierungszusammenarbeit fortsetzte, und spaltete damit die FPÖ. Sein Tod bei einem Verkehrsunfall am 11. Oktober 2008 beendete eine wechselvolle und umstrittene politische Karriere.

72 | Susanne Riess-Passer (*1961), Juristin, war Pressereferentin der FPÖ, als sie 1991 in den Bundesrat entsandt wurde, dem sie bis 1998 angehörte. Von 1995 bis 1996 war sie auch Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Delegationsleiterin der FPÖ. Von 1999 bis 2000 war sie für wenige Monate Abgeordnete zum Nationalrat. Seit 1996 geschäftsführende Bundesparteibfrau der FPÖ, wurde sie im Jahr 2000, im Zusammenhang mit der Bildung der Regierungskoalition mit der ÖVP und dem Rückzug des bisherigen Bundesparteibmannes Jörg Haider nach Kärnten, zur Bundesparteibfrau der FPÖ gewählt. Von 2000 bis 2003 war sie Vizekanzlerin und Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport. Nach der Knittelfelder Delegiertenversammlung 2002 legte sie ihre Parteifunktionen zurück, 2005 trat sie aus der FPÖ aus. Seit 2004 ist sie Generaldirektorin der Wüstenrot-Gruppe, eines österreichischen Finanzkonzerns.

73 | Terezija Stoitsits (*1958), Juristin und Ministerialbeamtin, gehörte für die Grünen von 1990 bis 2007 dem Nationalrat an, wo sie u. a. den Vorsitz im Menschenrechtsausschuss führte. Von 2007 bis 2013 war sie – als erste grüne Politikerin – Volksanwältin.

74 | Johannes Voggenhuber (*1950) hatte im Rahmen der Salzburger „Bürgerliste“ sein politisches Engagement begonnen und als Vorsitzender des sogenannten Hainburger Einigungskomitees zur gemeinsamen Kandidatur der Grünen und Alternativen bei der Nationalratswahl 1986 beigetragen. Von 1990 bis 1996 war er Abgeordneter zum Nationalrat, 1990 bis 1992 auch Klubobmann der Grünen, von 1995 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Ursprünglich Kritiker des österreichischen EG- bzw. EU-Beitritts, entwickelte er sich zu einem Befürworter der europäischen Integration und wirkte u. a. in den Jahren 2002 bis 2003 am Europäischen Verfassungskonvent mit.

75 | Sonja Puntscher-Riekmann (*1954), Politikwissenschaftlerin, war von 1987 bis 1989 wissenschaftliche Referentin des Grünen Klubs im Parlament und 1994 für einige Monate Abgeordnete zum Nationalrat. Ab 2002 war sie Universitätsprofessorin für politische Theorie und Ideengeschichte, von 2003 bis 2011 Vizerektorin der Universität Salzburg.

Interviewer: Noch ein ganz anderes Thema, das allein ein ganzes Gespräch füllen könnte, ich weiß, es geht nicht, aber ich wollte es zumindest kurz angesprochen haben und darf Sie um eine kurze Einschätzung dazu bitten. Sie haben ja inmitten Ihrer parlamentarischen Tätigkeit die große Veränderung erlebt, die durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union für ganz Österreich, für das politische System und natürlich auch für das Parlament eingetreten ist. Wie haben Sie diese Veränderung, besonders auf das Parlament bezogen, erlebt?

Dr. Andreas Khol: Also, ich muss vorschicken, dass ein Grund, warum ich in die Politik gegangen bin ... und auch mein Habilitationsthema war ein europäisches Thema, meine Praxis habe ich beim Europarat in Straßburg gemacht, ich war europäischer Personalvertreter, ich war begeisterter Europäer und bin es heute noch ... Also die Zeit von '87 bis zum Beitritt '94 war natürlich eine Zeit der hinreißenden Mitgestaltungsmöglichkeiten, einer fast uneingeschränkt kritiklosen Einstellung gegenüber der Europäischen Union, und es war, als ich eingetreten bin, '83, noch ein unerreichbar scheinendes Ziel, dass wir da einmal Mitglied sein werden.

Und wenn man die Staatswerdung der Zweiten Republik sieht, war ja Österreich zu keiner Zeit, bis zum Eintritt in die Europäische Union, international gefestigt und anerkannt. Die Erste Republik hat einen einzigen Freund gehabt, das war Italien, sonst niemanden. Für alle anderen in der Umgebung waren wir die Erbfeinde beziehungsweise ein Land, das keine Bedeutung hatte. Und in der Zweiten Republik haben wir mit der Neutralität einen Hilfsstatus erreicht, der uns gesichert hat, aber abgesichert waren wir dadurch überhaupt nicht, sondern es hat ja jeder im Geheimen genau gewusst, sollte es zu einer Ost-West-Auseinandersetzung kommen, werden die Russen versuchen, die Faustpfänder wieder in die Hand zu nehmen, die sie getauscht haben mit den Amerikanern, und die Amerikaner werden natürlich sofort Tirol, Salzburg und Vorarlberg wieder besetzen, um den Brenner und die Alpenübergänge zu sichern, die Russen werden sofort die Brucker Pforte ... also das haben wir alle gewusst, das österreichische Bundesheer hatte die Aufgabe, sozusagen fünf Stunden oder sechs Stunden standzuhalten, bis die Amerikaner kommen, bis die NATO kommt. Das hat niemand ausgesprochen, heute kann man diese Dinge ja aus-

sprechen. Daher war für mich die Absicherung „vollberechtigtes Mitglied in der Europäischen Union“ immer eine großartige Sache.

Ich war auch beim EWR⁷⁶ entscheidend in den Ausschussarbeiten mit dem Peter Schieder gemeinsam, auch der Beitritt in die Europäische Union, das waren alles Initiativanträge oder Gesetzeswerke, bei denen ich der Antragsteller war, zusammen mit dem Peter Kostelka und anderen. Das war eine tolle Zeit, und es war ganz großartig.

Als wir dann in die Mühen der Ebene kamen, ist natürlich schon das Europäische Parlament immer stärker geworden, und es haben sich Entwicklungen angebahnt, die ich dann zunehmend kritisch beurteilt habe. Also, die Subsidiarität ist zwar ein Prinzip des Amsterdamer Vertrags⁷⁷ geworden, ist aber kaum praktiziert. Das Europäische Parlament hat einen Allmachtsanspruch, und wenn es nach dem Europäischen Parlament geht, braucht es eigentlich keine staatlichen Parlamente mehr, das machen sie alles mit, das erledigen sie alles. Und auch in meiner Zeit als Nationalratspräsident habe ich schon, als Österreich den Vorsitz hatte, eine Subsidiaritätskonferenz gemacht⁷⁸. Das muss 2003 oder 2004 [Anm. 2006] gewesen sein, und da haben wir schon auch Konfrontationen mit dem Europäischen Parlament gehabt, im Hinblick darauf, dass die Souveränität der staatlichen Gesetzgebungsorgane zu be-

76 | Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wurde 1992 zwischen den zwölf damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und den sieben damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) geschlossen und trat 1994 in Kraft. Es sollte eine möglichst weitgehende Teilnahme der EFTA-Staaten am EG-Binnenmarkt ermöglichen. Für Österreich, Finnland und Schweden, die dem EWR 1994 bis zum EU-Beitritt am 1. Jänner 1995 angehörten, stellte die EWR-Mitgliedschaft eine Vorstufe zur EU-Mitgliedschaft dar.

77 | Der Vertrag von Amsterdam wurde 1997 zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften geschlossen und trat 1999 in Kraft. Durch den Vertrag von Amsterdam wurde dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft das Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beigelegt.

78 | Der österreichische EU-Ratsvorsitz veranstaltete gemeinsam mit dem österreichischen Parlament und dem Bundesland Niederösterreich am 18. und 19. April 2006 in Sankt Pölten die Europäische Subsidiaritätskonferenz 2006 „Europa fängt zu Hause an“.

rücksichtigen ist. Und da sind die Bemühungen des Deutschen Bundestags und die Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes für uns natürlich schon sehr, sehr wichtig.

Also diese anmaßende Feststellung des Europäischen Parlaments, na ja, 70 Prozent der staatlichen Gesetzgebung sind ohnehin nur Durchführungsgesetzgebung zu europäischen Vorlagen, die stimmt erstens nicht und zweitens ist sie anmaßend. Ich unterstütze daher auch das Vorhaben von David Cameron⁷⁹, das hat auch die Angela Merkel⁸⁰ unterstützt, das Europäische Parlament und die europäische Normsetzungswut hintanzuhalten.

Ich komme gerade aus einer Ministerratsvorbesprechung, wo man von einer Reisebürovorschrift geredet hat, wo plötzlich das Reisebüro dann auch dafür zuständig gewesen wäre, ob der Regenschirm am Strand funktioniert oder nicht. Also unglaublich bürokratische Dinge – gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut getan!

Also ich glaube, meine Kritik ist heute insofern akzentuiert, dass eine gute Balance zwischen europäischer Regelung und staatlicher Kompetenz noch nicht gefunden ist, und dass man sich da mühsam bewegen muss. Das Zweite ist, dass es natürlich in der Europäischen Union ein Messen mit zweierlei Maß gibt. Das heißt also, die Budgetdisziplin, die man beispielsweise von Österreich fordert, wo man von Brüssel aus, sehr, sehr streng hereinregiert ... na ja, der Herr Moscovici⁸¹ gegenüber Herrn Hollande⁸² ... also für die Franzosen gilt das offensichtlich alles nicht. Und da merkt man dann schon, dass Frankreich, Deutschland eine gewichtige, heraus-

79 | David Cameron (*1966) war von 2005 bis 2016 Parteiführer der Konservativen Partei und von 2010 bis 2016 Premierminister des Vereinigten Königreichs.

80 | Angela Merkel (*1954) war von 2000 bis 2018 Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union und von 2005 bis 2021 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

81 | Pierre Moscovici (*1957), französischer sozialistischer Politiker, war von 2014 bis 2019 als EU-Kommissar für die Bereiche Wirtschaft, Währung, Steuern und Zollunion zuständig.

82 | François Hollande (*1954), französischer sozialistischer Politiker, war von 2012 bis 2017 Staatspräsident der Französischen Republik.

gehobene Rolle spielen, dass allenfalls Polen in dieses Konzert dazugenommen wird – die Engländer haben sich selber herausgenommen, die Spanier sind derzeit krank und die Italiener auch. Und da merkt man schon, dass, wenn wir unsere Interessen wahren wollen, wir zwangsläufig dazu getrieben werden, uns bei den Deutschen anzuhängen, und das ist nicht immer ein gutes Rezept.

Wolfgang Schüssel hatte noch in den Jahren 2000 und folgende – nach den Sanktionen – die Möglichkeit, die sogenannten Like-minded Countries zu organisieren. Da hatten wir so eine Abstimmungsgruppe, die Balten, die mittel- und osteuropäischen Neumitglieder, Österreich, das waren an die 13, 14 Länder, und das hat ein gewisses Gegengewicht gegeben zu diesen direktoralen Vorstellungen von Deutschland und Frankreich. Und diese Entwicklung sehe ich jetzt schon auch sehr kritisch, dieses Messen mit zweierlei Ellen. Und ich bin für die Disziplin, aber dann muss sie für alle gelten. Und man darf ja nicht übersehen, die große Schuldenpolitik, die Verletzung der Maastricht-Kriterien⁸³, war eine Abmachung zwischen Chirac⁸⁴ und Schröder⁸⁵, die, beide im Hinblick auf Wahlen, die 3 Prozent Budgetdefizit bewusst überschritten haben und gesagt haben: „April, April, das gilt nicht!“ Und es ist nichts passiert. Die dafür vorgesehenen Sanktionen wurden nicht ergriffen, und damit war das ganze System ein Papiertiger. Und dann kam diese hemmungslose Verschuldung.

Interviewer: Wenn ich noch diese abschließende Frage formulieren darf: Wie hat sich der Beitritt zur Europäischen Union auf die Arbeit des österreichischen Parlaments ausgewirkt?

83 | Die mit dem Vertrag von Maastricht 1992 vereinbarten und daher als Maastrichtkriterien bezeichneten Konvergenzkriterien umfassen fiskalische und monetäre Vorgabewerte, welche eine Harmonisierung der Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaftsräume in der EU gewährleisten sollen. U. a. soll das jährliche Haushaltsdefizit der Mitgliedstaaten nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.

84 | Jacques Chirac (1932–2019) war ein gaullistischer bzw. konservativer französischer Politiker und von 1995 bis 2007 Staatspräsident der Französischen Republik.

85 | Gerhard Schröder (*1944) war von 1999 bis 2004 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von 1998 bis 2005 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Andreas Khol: Marginal, marginal. Man hat jetzt eine Geschäftsordnungsnovelle gemacht, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bei uns reden können.⁸⁶ Das wird man sehr bald als Fehler erkannt haben, es sei dann, man korrigiert die Eingangsfeststellung, dass wir im Monat vier Parlamentsplenumstage haben und nicht mehr. Reden wollen alle, sie kommen nicht zu Wort – und was sollen jetzt die Europäer bei uns auch noch reden? Die Wechselwirkung der Ausschüsse gibt es kaum. Dieses Subsidiaritätsverfahren ist eigentlich recht leblos geblieben. Man erarbeitet zwar Stellungnahmen, aber die werden im Europäischen Parlament nicht wirklich ernst genommen und auch bei den europäischen Organen nicht. So eine Stopptaste, wie es einmal vorgesehen war, gibt es faktisch nicht. Im Kirchenrecht würde man sagen, das sind zwei societates perfectae, geschlossene Systeme, die sich selber als perfekt sehen. Die Europäer haben für die staatlichen Parlamente faktisch überhaupt nichts übrig, und der österreichische Nationalrat sieht das Europäische Parlament als eine ferne Wolke. Also, der Einfluss ist gering.

Interviewer: Soviel es noch zu fragen und soviel mehr es auf Ihrer Seite noch zu sagen gäbe, darf ich für heute ganz herzlich danken.

86 | Gemäß § 74b Abs. 6 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 idF BGBl. Nr. 62/2015 kann bei der Erörterung von EU-Themen im Nationalrat jeder Klub ein in Österreich gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments namhaft machen, das an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnimmt und sich einmal mit einer Redezeit von maximal 5 Minuten zum Wort melden darf.

Zum Weiterlesen: Ausgewählte Schriften von Andreas Khol

- ♦ Krise der Parteien – Krise der Demokratie?, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, S. 391–414
- ♦ Neokonservatismus: Was unterscheidet ihn von traditionellem Konservatismus?, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, S. 103–126
- ♦ Österreich und Europa im Annus Mirabilis Europae 1989, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, S. 813–842
- ♦ Konturen einer neuen Sicherheitspolitik: Von der Neutralität zur Solidarität, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1992, S. 47–86
- ♦ Demokratieabbau durch EU-Regierungsgesetzgebung?, in: Österreichische Parlamentarische Gesellschaft (Hg.), Festschrift 75 Jahre Bundesverfassung, Wien 1995, S. 271–288
- ♦ Die internationale Parteienzusammenarbeit – Die Beziehungen der Österreichischen Volkspartei zu ihren Schwesterparteien und ihre Mitarbeit in den internationalen Parteienzusammenschlüssen, in: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.), Volkspartei: Anspruch und Realität – Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, S. 367–400
- ♦ Mein politisches Credo – Aufbruch zur Bürgersolidarität, Wien 1998
- ♦ Durchbruch zur Bürgergesellschaft, Wien 1999

- ♦ (Mit Alexis Wintoniak) Die Europäische Demokratische Union (EDU), in:
Hans-Joachim Veen (Hg.), Christlich-demokratische und konservative Parteien
in Westeuropa, Band 5, Paderborn 2000, S. 405–458
- ♦ Die Wende ist geglückt – Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi,
Wien 2001
- ♦ Gespräch mit Robert Menasse über das österreichische politische System, in:
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2001, S. 229–252
- ♦ Föderalismus und Regionen im vereinten Europa, in: Günter Buchstab (Hg.),
Vita activa – Vita contemplativa – Politik denken und gestalten, Festschrift für
Bernhard Vogel zum 70. Geburtstag, Düsseldorf 2003, S. 31–42
- ♦ Koalitionsabkommen in der Regierungspraxis, 1994–2007, in:
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, S. 141–158
- ♦ Wozu heute noch Grundsatzprogramme?, in:
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, S. 61–72
- ♦ Veritas filia temporis – die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit, in:
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2009, S. 379–398
- ♦ Christliche Werte und die Zukunft Europas, in:
Die politische Meinung, 472, 2009, S. 50–54
- ♦ (Mit Karl Blecha und Christa Chorherr) Fressen die Alten den Kuchen weg? –
Das Alter neu denken, Wien 2012

- ♦ Auf dem Weg in eine neue Republik?, in:
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2012, S. 3–16
- ♦ Zehn Punkte für die Neuordnung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse im österreichischen Nationalrat, in:
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2012, S. 369–380
- ♦ (Mit Herwig Hösele) Auf die Stärken unseres Landes bauen –
Mit der Kraft der Bürgersolidarität, Wien 2016
- ♦ Die Europäische Union bleibt unsere Zukunft – Das Vereinte Europa als Ideal
und Ziel der Zukunft nach dem Zweiten Weltkrieg, in:
Österreichisches Jahrbuch für Politik 2016, S. 101–120
- ♦ Was blieb vom Österreich-Konvent?, in: Thomas Köhler/Christian Mertens (Hg.),
Manifest – Zu Österreichs Dritter Republik, Wien 2017, S. 114–120
- ♦ Schweres Erbe – ständiger Auftrag, in: Stefan Karner/Peter Ruggenthaler (Hg.),
1938 – Der „Anschluss“ im internationalen Kontext, Graz 2020, S. 305–317

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Text: Günther Schefbeck

Redaktion: Sabina König, Tamara Oberleiter, Susanne Roth

Grafische Gestaltung: 4.2 – Corporate Identity | Nadja Bučovnik, Sara Pleschounig, Pia Wiesböck

Fotos:

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Robert Zolles: S. 61

© Parlamentsdirektion/Carina Ott: S. 85

© Parlamentsdirektion/Hertha Hurnaus: S. 2, 6, 99

© Parlamentsdirektion/Mike Ranz: Coverfoto, S. 4, 15 (li. u., re. u.), 18, 23 (li. o., unten), 31 (unten), 48 (li. o., re. o.), 53, 67, 73 (beide), 79

© Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger: S. 43, 55

© Bettina Mayr-Siegl: S. 23 (re. o.), 31 (oben), 48 (unten)

© Fotostudio Haslinger: S. 39

© ÖNB/Wenzel-Jelinek Margret: S. 11

© Willibald Haslinger: S. 15 (oben)

Druck: Parlamentsdirektion

ISBN: 978-3-901991-59-2

Wien, im November 2025

Die Interviews mit Andreas Khol fanden am 26. Mai 2015 und am 1. Juni 2015 statt.

Die Reihe wird laufend um weitere Interviews ergänzt; das Erscheinen der Bände folgt keiner Reihung oder Kategorisierung, sondern unterliegt dem Zufallsprinzip, da sie jeweils nach Fertigstellung als Publikationen aufgelegt und unter www.parlament.gv.at zum Download zur Verfügung gestellt werden. Bitte beachten Sie auch den Podcast „Geschichte(n) aus dem Parlament“, der ebenfalls auf diesen Interviews basiert, sowie die zusammenfassende Publikation „Erlebter Parlamentarismus. Das österreichische Parlament im Spiegel persönlicher Erinnerungen.“



Weitere Bände der Reihe:

Band 1: Heinz Fischer

Band 2: Andreas Khol

Band 3: Gerulf Stix

Band 4: Heide Schmidt

Band 5: Freda Meissner-Blau

Band 6: Jürgen Weiss

Band 7: Anna Elisabeth Haselbach

Band 8: Erhard Busek

Band 9: Karl Blecha

Band 10: Willi Brauneder

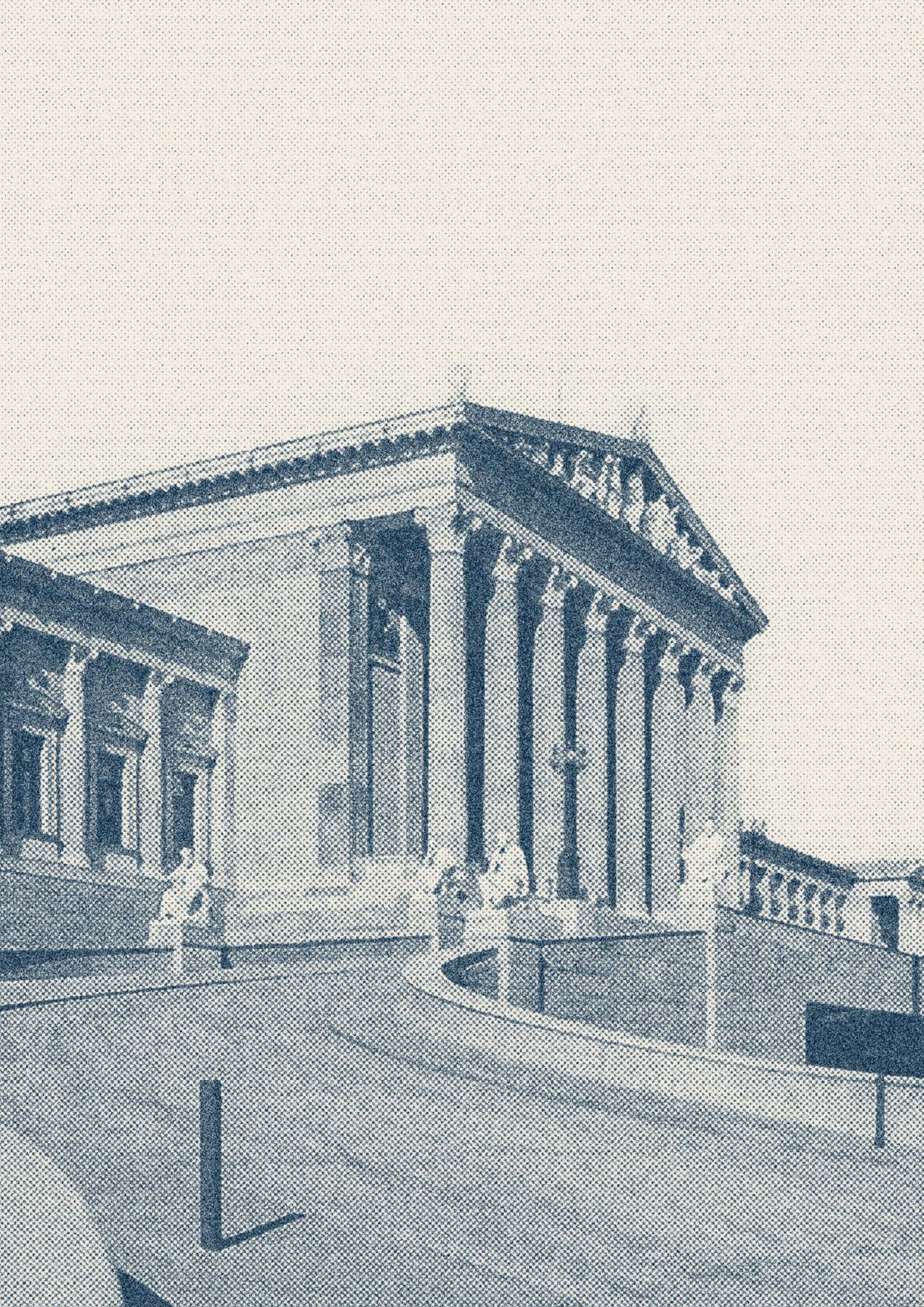
Band 11: Michael Krüger

Band 12: Peter Kostelka

Band 13: Terezija Stoisits

Band 14: Paul Kiss

Band 15: Karl Smolle



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ bietet neue, spannende Einblicke hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs in Interviews mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach und zeichnen so ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament.